

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 72. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 9. Februar 2012, 15.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen	1 - 70
Herr Dr. Manfred Bloser gemäß Beweisbeschluss 17-226	

* Hinweis:

Die wesentlichen Korrekturen des Zeugen Dr. Manfred Bloser (Anlage) sowie die inhaltlichen Ergänzungen des Zeugen wurden in das Protokoll eingearbeitet.

(Beginn: 15.58 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich eröffne unsere Sitzung. **Einziger Tagesordnungspunkt** ist:

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:

Dr. Manfred Bloser
gemäß Beweisbeschluss 17-226

Vor Eintritt in die Tagesordnung muss ich die Medien nicht bitten, ihre Film-, Ton- und Bildaufnahmen einzustellen, weil sie gar nicht da sind. Wenn sie da wären, wäre es unzulässig.

Ich möchte die Zuschauer auf der Tribüne darauf hinweisen, dass es ihnen nicht erlaubt ist, Fotoapparate, Filmkameras, Videokameras oder Ähnliches in den Sitzungssaal mitzunehmen, und auch nicht, Handys zu nutzen, und zwar weder zur Erstellung von Aufnahmen noch zum Telefonieren. Deshalb möchte ich Sie bitten, die Handys auszuschalten.

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Manfred Bloser**

Herr Dr. Bloser, ich begrüße Sie sehr herzlich in unserer Runde zur Ausschusssitzung. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung anfertigen, allein zu dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird dann, nachdem das Protokoll genehmigt ist, wieder gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-226, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Für die heutige Vernehmung hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit Schreiben vom 4. Januar 2012 eine Aussagegenehmigung erteilt. Die liegt dem Ausschuss als MAT A 207 vor.

Ich muss Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer

vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, so bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Nach diesen Vorbemerkungen darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit Ihrem vollständigen Namen, dem Alter vorzustellen. Ich möchte Sie zugleich fragen, ob die für die Ladung verwandte Adresse noch korrekt ist.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich fange mit dem Letzten an: Die Adresse ist noch korrekt. Mein vollständiger Name ist Manfred Heinz Bloser, geboren am 15.02.1942. Daraus können Sie entnehmen, dass ich bald meinen 70. Geburtstag feiere, falls ich hier gesund wieder rauskomme.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das sehe ich zuversichtlich. - Dann wollen wir mit der Vernehmung zur Sache beginnen. Dem Ausschuss geht es ja insbesondere darum, zu klären, ob es auf dem Wege zu der zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom Juli 1983, nämlich den Salzstock Gorleben untertägig und keinen anderen Standort obertägig zu prüfen, irgendwelche Manipulationen gegeben hat.

Darüber hinaus beschäftigt sich der Ausschuss mit den Umständen, die im Jahre 1977 zur Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung geführt haben, den Standort Gorleben zur Untersuchung der Bundesregierung anzubieten, und aktuell insbesondere mit der Frage, inwiefern das Erkundungskonzept in den Jahren 1997 und 98 eventuell verändert worden ist.

Wenn Sie wünschen, dann haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Wenn Sie das nicht möchten, würde ich direkt mit meiner Frage beginnen.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Vielen Dank. - Ich habe nicht vor, ein Eingangstatement zu machen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Dann beginnen wir gleich mit den Fragen.

Wir kommen zunächst noch mal zu einem Sachverhalt, der im Moment gar nicht so sehr im Fokus der Befragungen des Ausschusses steht, aber in einem anderen Teil sehr wohl gestanden hat, und zwar ist das ein Gespräch oder eine Sitzung in der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Hannover [sic!] am 11. Mai 1983. Da hat man gesprochen über die Erstellung des zusammenfassenden Zwischenberichts über die bisherigen Ergebnisse der Standortuntersuchung in Gorleben. Es waren eine Reihe von Personen aus den unterschiedlichen Häusern und unterschiedlichen Institutionen dabei. Sie waren auch dabei, ausweislich der von Herrn Dr. Illi von der PTB verfassten Mitschrift, und zwar als Vertreter des BMI. Dem Untersuchungsausschuss liegt diese Mitschrift vor, einmal als Reinschrift - das ist MAT A 52/1 (neu) (neu) - und als Handschrift unter MAT A 52. Waren Sie bei diesem Gespräch dabei? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich kann mich sehr gut an dieses Gespräch erinnern, alldieweil das etwa, sage ich mal so, nach zwei bis drei Monaten war, nachdem ich eigentlich mit der Aufgabe der Entsorgung betraut worden war. Ich habe früher was anderes gemacht. Deshalb finden Sie auch in dieser schriftlichen Aufzeichnung nur meinen Namen, aber keine Aussage meinerseits. Das war für mich alles neu. Ich habe

das alles natürlich mit Interesse gehört, selbstverständlich, und ich hatte natürlich nicht die Absicht, jetzt sage ich mal, als Debütant irgendwelche dummen Fragen oder Bemerkungen zu machen, was, glaube ich, selbstverständlich ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist sicherlich so. Könnten Sie mir sagen, warum Sie eigentlich an dieser Sitzung teilgenommen haben?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Na, das war so, dass ich natürlich dieses Aufgabengebiet sehr frisch übernommen hatte, und ich war natürlich sehr informationsbegierig. Ich wollte natürlich alles wissen, was da los war, und diese ganze Struktur war ja äußerst komplex. Es gab diese verschiedenen Ministerien, die da zuständig waren, insbesondere, was ich zunächst mal gar nicht verstanden hatte, dass der BMFT die Federführung da hatte und wir gewissermaßen immer alles ausbaden mussten, was möglicherweise von Duphorn und anderen Kritikern dann gesagt worden war. Also, das habe ich zunächst erst mal gar nicht verstanden. Deshalb war ich natürlich auch sehr interessiert, überhaupt mal das ganze Umfeld kennenzulernen. Auch die BGR war für mich, sage ich mal, noch nicht so vertraut und auch die DBE und all diese Dinge. Ich denke, Sie können das nachfühlen, wenn man als Newcomer irgendwo reinkommt, dass man begierig ist, alle mal kennenzulernen und mal zu sehen: „Wie läuft es denn?“, und sich ein Bild zu machen. Hinzu kam natürlich, dass gerade danach ich ja auch schwerpunktmäßig Gorleben bearbeiten sollte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist alles sicher so, Herr Dr. Bloser, das verstehe ich sofort und dass man neugierig ist, sich in einen neuen Sachverhalt einzuarbeiten. Wir haben in der 10. Sitzung hier vernommen Herrn Professor Röthemeyer von der PTB. Der hat uns gesagt, dass Sie und Herr Dr. Matting als Vertreter des BMI eher unerwartet in der Sitzung am 11. Mai aufgetaucht seien oder erschienen seien, zugegen gewesen seien. Frau Kollegin Vogt hat da Herrn Röthemeyer gefragt:

Bestätigen Sie ..., dass es ein unerwartetes Erscheinen war?

Und der Zeuge Professor Röthemeyer hat gesagt:

Das bestätige ich in der Tat.

Also, uns ist hier der Eindruck vermittelt worden, als wenn das sehr überraschend gewesen wäre für die weiteren Mitglieder dieser Runde, dass Sie, also BMI, nun auch da waren. Warum war das so? Oder: War das so?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich glaube nicht, dass das so war. Das ist eigentlich nicht Stil des Ministeriums gewesen, unerwartet irgendwo reinzuplatzen. Ich glaube, „reinplatzen“ habe ich irgendwo gelesen. Es ist vielmehr so, dass natürlich das abgesprochen war, obgleich möglicherweise die PTB natürlich im internen Kreis mit BGR und DBE erst mal alleine diesen Bericht verhandeln wollte. Das will ich ja gar nicht ausschließen. Ich habe diese Sitzung auch nicht organisiert, sodass ich gar nicht weiß, welche Absprachen da vorher stattgefunden haben. Ich gehe auch davon aus, dass das vom BMFT organisiert worden war. Wie ich eingangs sagte: Der BMI wurde immer zugezogen, um die heißen Kartoffeln oder die heißen Kohlen da rauszuholen. So war mein Empfinden. So war meine Wahrnehmung. Ich kann also jetzt aber nichts bezeugen als Tatsache, sondern ich sage hier ganz ausdrücklich: So war meine Wahrnehmung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Kannten Sie Vorentwürfe dieses Zwischenberichts? Denn es wird ja über diesen Zwischenbericht gesprochen und über die Frage, in welcher Fassung der denn letztendlich dann weiterverwertet werden sollte. Kannten Sie Vorentwürfe? Haben Sie mit Ihren Kollegen im BMI oder aus der Bundesregierung mal über diesen Vorbericht gesprochen? Haben Sie sich irgendwie vorbereitet auf diese Sitzung?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich die Vorberichte gesehen habe. Ich habe sie mit Sicherheit, glaube ich, auch gar nicht gelesen. Ich habe sie auch, glaube ich, gar nicht gehabt. Was ich hatte, war der endgültige Bericht. Ich war mir, glaube ich, auch gar nicht im Klaren darüber, dass es da irgendwelche, sage ich mal, Unstimmigkeiten geben könnte zwischen den Ministerien und der PTB damals, obwohl ich natürlich wusste, dass ein Gespräch stattfinden sollte mit der PTB, wo eben über den Inhalt dieses Berichtes ge-

sprochen worden war. Aber, wie ich eingangs sagte, ich war relativ neu in diesem Geschäft. Ich habe also, sagen wir, die ganzen Vorläuferexemplare, alles das, was davor war, eigentlich gar nicht - - wenn ich sage, nicht gesehen, ist das vielleicht nicht ganz wahrheitsgemäß. Aber ich habe sie nicht bewusst zur Kenntnis genommen, um es mal so zu sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Haben Sie im Vorfeld dieses Gesprächs irgendwie ein Vorgespräch gehabt, so eine Vorbesprechung, also Mitarbeiter BMI oder Mitarbeiter Bundesregierung, um zu sagen: „Wir müssen in die eine oder die andere Richtung; das und das soll dabei rauskommen, bei diesem Gespräch“? Das macht man ja manchmal, wenn man in so eine Besprechung geht.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, wenn es irgendwelche Vorgespräche gab, war ich nicht dabei.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wenn Sie nicht dabei waren, erübrigt sich praktisch meine nächste Frage. Also, hat jemand versucht, Einfluss zu nehmen auf Sie? Haben Sie da irgendwas mitgekriegt? Haben Kollegen gesagt, da muss aber jetzt unbedingt das und das rauskommen bei diesem Gespräch?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Wie ich sagte: Ich bin neugierig - ergebnisoffen, neugierig - reingegangen. Ich wollte alle Informationen, die ich bekommen konnte, aufnehmen, war also nicht irgendwie, jetzt sage ich mal, mit einer Vormeinung behaftet, belastet. Ich habe auch zu niemandem was gesagt, was da rauskommen sollte. Mir selbst hat aber auch niemand gesagt: Das Ergebnis muss so oder so ausschauen. Es ist sicherlich so möglich, dass, sage ich mal, gerade in der kurzen Phase vor diesem Gespräch gerade dieser kritische Punkt mit den alternativen Standorten diskutiert worden war, wobei ich aber auch, muss ich wiederholt sagen, da gar keine konkrete Meinung hatte, weil das für mich noch relativ neu war.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dr. Matting, der ja ebenfalls ein Vertreter des BMI war, soll laut der Mitschrift von Dr. Illi

zufolge geäußert haben, dass BMI nicht wolle, dass andere Standortvorschläge in den Bericht eingehen. Ich zitiere:

Matting: BMI will nicht, daß andere Standortvorschläge in den Bericht eingehen.

Seite 9. - Hat es entsprechende Hinweise gegeben und, wenn ja, warum? Also, warum wollte BMI das nicht?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Zunächst darf ich mal sagen: Diese sogenannte Mitschrift von Herrn Illi ist so ein typisches Papier, was, sage ich immer, bei den Behörden und auch in Ministerien existiert oder gemacht wird, wenn eine Besprechung ist, dass man versucht, stichwortartig festzuhalten, was irgendeiner sagt oder gemeint haben könnte. Ich habe ja dieses Stichwort von Herrn Illi gelesen, und aus meiner Sicht ist das mitnichten ein Protokoll oder ein Vermerk, sondern allenfalls eine Gedächtnisstütze für das, was die Beteiligten dort vorgetragen haben. - Das zum Ersten.

Zum Zweiten: Weshalb war das so, dass die Bundesregierung nicht wollte, dass in dem Bericht die Frage alternativer Standorte thematisiert wurde? Ich habe das so wahrgenommen - das war für mich sehr überzeugend -, dass ich natürlich wusste, dass dort im Wendland große Proteste waren gegen das nukleare Entsorgungszentrum, gegen die Wiederaufarbeitungsanlage, gegen das Endlager und gegen das Zwischenlager. Man konnte sich also jetzt leicht vorstellen, wenn man jetzt noch alternative Standorte nehmen würde, um möglicherweise - sage ich mal, wie das jetzt so schön heißt; der Begriff war damals noch nicht geprägt - das beste Endlager zu finden, hätte man flächendeckend in der Bundesrepublik - die DDR war ja noch nicht zur Bundesrepublik gehörig - bohren und erkunden müssen. Man hätte sich also vorstellen können, was das für einen Aufwand gegeben hätte.

Das Zweite¹ war natürlich, dass die Frage eine Rolle spielte, dass ja überhaupt gar keine Ergebnisse vorlagen, die das hätten begründet rechtfertigen können, alternative Standorte zu suchen, jedenfalls nicht von den Erkundungsergebnissen in Gorleben her, sondern hier war das so - das war auch eindeutige Meinung aus meiner Sicht - ,

dass hier das BfS Sorge hatte, falls Gorleben ungeeignet sein könnte, dass dann die ganze Entsorgung, also die Endlagerung radioaktiver Abfälle für längere Zeit problematisch sein würde und nicht gelöst werden könnte; denn man muss ja - jetzt wird es etwas länger, wenn Sie gestatten, wenn ich das ausführe - zurückgehen auf den Entsorgungsbeschluss von 1979.

1979 - Sie kennen das ja alle - haben die Länder ja beschlossen, vorrangig für die Entsorgung zu sorgen, und insbesondere den Bund, sage ich mal, beauftragt und gedrängt, tätig zu werden, und haben ja auch einen strengen Fahrplan gehabt. Ich darf nur noch mal so zwei Daten nennen. Das war also: 1986 sollte klar sein, ob die direkte Endlagerung als alternativer Entsorgungsweg zur Wiederaufarbeitung gangbar ist, und Ende der 90er-Jahre sollte feststehen, ob Gorleben geeignet ist oder nicht. Ende der 90er-Jahre; man muss sich das jetzt mal vorstellen. So war also ein erheblicher Druck natürlich vorhanden, sicherzustellen, dass ein Endlager da sein sollte. Von Gorleben war da nicht die Rede. Es sollte ein Endlager da sein. Von daher hatte natürlich das BfS auch Sorge, weil ja hier insbesondere nun auch die politische Aussage die war - von Alt Bundeskanzler Schmidt ja noch übergegangen zu Kohl -, die Energieversorgung weitestgehend durch Kernenergie sicherzustellen. Man wollte natürlich hier auch dann eben diese offene Flanke, nämlich die ungelöste Entsorgung, dadurch nicht noch komplizieren, dass man dann, wenn Gorleben ungeeignet wäre, kein anderes Endlager zur Verfügung stellen könnte, man noch nicht mal einen alternativen Standort hätte. Das war der Grund, weshalb Matting - würde ich mal behaupten; jedenfalls habe ich das so verstanden - gesagt hat: Die Ministerien wollen das nicht.

Im Übrigen war das ja auch nicht, glaube ich, nur Dr. Matting, sondern es war, glaube ich, einhellige Meinung der Ministerialen, die damals da waren. Wenn ich dann wieder sage - - Ich war relativ neu. Ich habe das, sage ich mal, weniger befördert, weder in der einen noch in der anderen Richtung. Für mich war natürlich dann auch entscheidend, was die Geowissenschaftler gesagt haben; denn bis dato war das ja praktisch mehr oder weniger alles eine Frage der Geowissen-

¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Zweite“, setze „Dritte“, Anlage

schaften, was da, sage ich mal, gemacht worden ist. Die Frage der Sicherheit, der Langzeitsicherheit konnte man ja noch gar nicht stellen. Man hatte ja noch gar keine Daten gehabt, um diese Frage überhaupt substantiiert beantworten zu können. Das war also praktisch alles offen. Insofern, wenn man jetzt das Wort „Sicherheit“ gebraucht, muss man immer sagen: Es ging nur um die Entsorgungssicherheit, nicht um die nukleare Sicherheit, den Schutz - ² radioaktiver Strahlung.

Jetzt weiß ich - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich frage einfach noch mal nach. Wir haben ja noch eine Weile. Herr Dr. Bloser, wenn ich dieser Argumentation folge, die Sie gerade zu Recht angeführt haben, wo Sie gesagt haben: Na ja, wenn Gorleben denn nicht geeignet wäre, hätte man ja irgendwo anders eine Entsorgungsmöglichkeit letztendlich finden können, und die Konzentration nur auf den Standort Gorleben birgt dann ja doch einige Gefahren - - Das ist ja gerade auch ein Anliegen dieses Ausschusses, genau das herauszuarbeiten, also ob es da politische Manipulationen gegeben hat im Zusammenhang mit der Auswahl dieses Standortes in Gorleben.

Ich will vielleicht noch eine Frage anschließen; bezieht sich auch auf eine Vernehmung von Herrn Professor Röthemeyer, die wir hier am 11. Mai durchgeführt - - Nein, ist gar nicht wahr. Ich weiß gar nicht, wann wir die durchgeführt haben. In der Vernehmung von Professor Röthemeyer in der 10. Sitzung auf jeden Fall, da hat er nämlich gesagt, dass er diesen Hinweis aus dem BMI - BMI will nicht, dass andere Standorte in den Bericht eingehen - als Weisung aufgefasst habe, also als beamtenrechtlich relevanten Sachverhalt sozusagen.

Dann haben wir aber von Ihnen ein Schreiben an Professor Röthemeyer vom 6. August 85 zu den Formulierungsvorschlägen für die Antworten an das Verwaltungsgericht Stade zu den Fragen hinsichtlich der PTB-Erwähnungen zu alternativen Standorten. Das ist MAT E 4, Band 35, Paginierung 006 bis 009. Da zitiere ich jetzt raus:

Die ... Weisung an die PTB gibt es nicht. Die Bundesregierung hat 1983 vielmehr die PTB gebeten, die

Bewertung des Salzstockes Gorleben im Zusammenhang mit der Erstellung des zusammenfassenden Zwischenberichtes nicht mit der Frage nach Untersuchung anderer Standorte zu verknüpfen.

Röthemeyer, wie gesagt, hat diese Aussage des BMI als Weisung aufgefasst. Sie haben - 85 jedenfalls - geschrieben, es war gar keine Weisung. Was war es denn nun, und wie hat man denn nun gedacht? Also, wenn man sich wirklich nur auf Gorleben kapriziert, war das nicht einigermmaßen risikobehaftet?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, zunächst mal ist es natürlich entsorgungsrisikospezifisch gewesen, sich nur auf Gorleben zu beschränken. Das habe ich ja eben ausgeführt. Insofern hätte es natürlich eine Lücke da gegeben, was die Endlagerung betrifft, wenn sich Gorleben in der Zwischenzeit als ungeeignet erwiesen hätte.

Was die Frage der Weisung anbetrifft, denke ich mal, dass der Begriff der Weisung von Herrn Röthemeyer hier nicht beamtenrechtlich oder verwaltungsrechtlich gemeint ist. Ich kenne Herrn Röthemeyer seit langer Zeit. Er war ja Kollege bei mir damals noch im Innenministerium. Er war da tätig in der Reaktorsicherheit, und bei der Reaktorsicherheit war es immer so, dass, wenn ein Kernkraftwerk genehmigt werden sollte, die Länder eine bundesaufsichtliche Stellungnahme anforderten. Die wurde dann auch vom BMI oder BMU dann - weiß ich nicht mehr so genau; da war ich nicht mehr tätig - ³ Aber in diesem Bereich oder im BMI war das so. Da redete man immer von Weisung. Aber es war keine Weisung im verwaltungsrechtlichen Sinne, sondern nur eine bundesaufsichtliche Stellungnahme. Dafür waren die Länder dann immer dankbar, dass sie die kriegten, weil wir vorher ja auch Gremien eingeschaltet haben etc.

Aber beamtenrechtlich, verwaltungsrechtlich eine Weisung erfordert natürlich noch viel mehr. Die erfordert nämlich dann natürlich auch mal Vorgespräche auf den Ebenen, die dann angewiesen werden sollen. Diese formalen Gespräche haben überhaupt gar nicht stattgefunden. Das heißt, von einer Weisung kann gar nicht die Rede sein. Er

² Ergänzung des Zeugen: streiche „-“, setze „vor“, Anlage

³ Ergänzung des Zeugen: streiche „-“, setze „in diesem Bereich.“, Anlage

kann natürlich persönlich das als Weisung wahrgenommen haben. Aber wenn Sie den Begriff verwaltungsrechtlich und beamtenrechtlich nehmen, würde ich meinen, obwohl ich kein Jurist bin - ⁴ Aber im Laufe meiner Verwaltung, denke ich mal, habe ich da eine gewisse Kenntnis bekommen, die vielleicht nicht so profund ist wie bei Juristen hier in Ihrem Kreise. Aber eine Weisung in dem Sinne war das nicht.

Wenn es eine Weisung gewesen wäre, wenn er meinte, es sei eine Weisung gewesen im Sinne, sage ich mal, einer bindenden Aussage - ich darf darüber gar nicht mehr nachdenken und gar nichts mehr sagen -, hätte er ja remonstrieren können beim BMU. Es war ja doch so, dass, sage ich mal, Herr Röthemeyer fast auf Augenhöhe mit den Ministerialen dort war. Er hätte also durchaus sagen können: Nein, da wende ich mich noch mal an den Staatssekretär oder an den Minister, wenn das so ist. - Das alles ist ja nicht passiert.

Ich darf auch daran erinnern, dass ja auch weitere Berichte dann erfolgt sind. Es gibt beispielsweise eine Fortschreibung dieses Berichtes von 1983, Gesamtbewertung, also Fortschreibung des zusammenfassenden Zwischenberichtes über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung Gorleben vom Mai 1983. Da hat das BfS eine Presseerklärung rausgegeben, ein Infoblatt vom 15. Oktober 1990. Da wird also alles noch mal gesagt, was damals in dem Zwischenbericht von 1983 drin ist und was man zusätzlich nicht ⁵ bekommen hat. Sie werden dort keinen Hinweis finden über die Notwendigkeit der Untersuchung alternativer Standorte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich wende mich noch mal einem anderen Bereich zu. Ich bin mir ganz sicher, dass dieser Fragenkomplex in den weiteren Vernehmungen noch eine Rolle spielen wird. Herr Dr. Matting soll nämlich ausweislich dieser Mitschrift von Herrn Dr. Illi zufolge auch geäußert haben:

Es will niemand eine Aussage aus der PTB herauspressen, die nicht fundiert ist, aber die Aussagen

könnten auch positiver gefasst werden.

Da fragt man sich jetzt eben auch besorgt, ob das BMI möglicherweise da Einfluss nehmen wollte auf wissenschaftliche Bewertungen. Zunächst möchte ich Sie mal fragen: Können Sie sich erinnern, dass Matting so eine Aussage gemacht hat?

Zeuge Dr. Manfred Blosser: Daran kann ich mich nicht erinnern. Ich will aber auch damit nicht die Aussage von Herrn Illi schmälern. Das kann ich nicht. Es kann ja sein, dass Herr Illi die so wahrgenommen hat, oder er wird sie so wahrgenommen haben. Es ist allerdings so, dass keiner was herausgepresst hat aus dem BfS. Es ging lediglich um diese Frage: Soll denn die Frage der Untersuchung alternativer Standorte in dem Bericht erscheinen? - Man hat einfach aus der Überlegung heraus, die ich Ihnen geschildert habe, a) es gibt keine Befunde, die gegen die Eignungshöflichkeit sprechen - - Es ging ja immer nur noch um die Eignungshöflichkeit, nicht um die Eignung; die sollte ja erst später nachgewiesen werden. Zweitens sage ich mal, dass es darum ging, jetzt nicht an allen Standorten möglicherweise Widerstand zu erzeugen, und drittens ⁶ war natürlich auch relevant die Frage: Wer soll das denn machen? Die Geologen waren alle ausgelastet. Wir hatten ja auch praktisch gar keine Kapazität.

Jetzt kann man natürlich spekulieren, weshalb Herr Illi, der ja sagt, es wäre eine seiner schrecklichsten Sitzungen gewesen, das so empfunden hat. Aber das mag ich jetzt hier nicht tun wollen. Es ist ja auch so, dass die ganze technische Fachwelt, soweit sie in den Behörden jetzt verankert war - - Ich weiß, dass es andere Stimmen gab ⁷, aber beispielsweise DBE, BGR, BfS von der fachlichen Seite dieses Votum ja auch geteilt haben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich nähere mich noch einmal der Frage der alternativen Standorte. Da hat es ja laut unserer Akten dann doch auch eine gewisse Entwicklung, sage ich mal, in Dokumenten ge-

⁴ Ergänzung des Zeugen: streiche „-“, setze „trifft das nicht zu.“, Anlage

⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „nicht“, setze „noch an Erkenntnissen“, Anlage

⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „drittens“, setze „b)“, Anlage

⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „b“, setze „b -“, Anlage

geben, die die Bundesregierung verfasst hat oder die wir in unseren Akten finden; vielleicht lieber so rum.

Zum einen gibt es einen Auszug aus einem von Herrn Ollig, BMFT, am 19. Juni 1981 verfassten Sprechzettel für den Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Ich zitiere:

Die Bundesregierung hat ... ihre Auffassung wiederholt, daß im Interesse einer ausreichenden Standortvorsorge auch an weiteren Standorten Eignungsuntersuchungen im Hinblick auf die Errichtung eines Endlagers durchgeführt werden sollten.

Das ist MAT A 108, Band 5, Paginierung 053039.

Dann gibt es einen Auszug aus der Beschlussvorlage des BMI von Herrn Dr. Fröhlich vom 5. Juli 1983 für die Kabinettsentscheidung vom 13. Juli 1983. Da kann man lesen:

Die Bundesregierung sieht derzeit keine Notwendigkeit, neben Gorleben weitere Standorte erkunden zu lassen.

Das ist MAT A 96, Band 16, Paginierung 088570 bis 088576.

Dann gibt es ein Schreiben von Ihnen an Herrn Diplomingenieur Messerschmidt vom 21. August 1986 zur gefestigten Planung, nur den Salzstock Gorleben und keine alternativen Standorte zu erkunden. Darin steht:

Insgesamt lässt sich sagen, daß die Erkundungsergebnisse zum Salzstock Gorleben so gut sind, daß daher keine Veranlassung besteht, weitere Standorte zu erkunden.

Das ist MAT E 13, Band 18, Paginierung 474 bis 476.

Da lässt sich ja eine gewisse Entwicklung sozusagen nachvollziehen. 81 hieß es dann also noch, es müssen noch alternative Standorte erkundet werden. Seit 77 war Gorleben im Gespräch. Dort hat sich eigentlich relativ schnell ein gewisser Widerstand gegen diesen Erkundungswunsch gebildet, sodass das, was Sie anfangs ausführten und sagten: Na ja, wenn wir jetzt gesagt hätten, auch noch andere Standorte, dann wäre an vielen Standorten in dieser Republik sozusagen dieser Widerstand ausgebrochen - - Also, das passt ja dann nicht ganz, weil man da ja schon vier Jahre lang gesucht hat.

Dann hat sich weiter- und weiterentwickelt, dass man gesagt hat: Nein, nur noch der Standort Gorleben soll untersucht werden. Aber ich meine, 86 gab es ja eigentlich auch noch keine profunden Ergebnisse. Das hatten Sie auch eben mal angeführt. Von daher: Könnten Sie das erläutern, wie sich ein solcher Verlauf erklären lässt?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, der Vermerk von Herrn Ollig, der war 1981; da kann ich nichts zu sagen. Das war, wie gesagt, vor meiner Zeit. Ich habe das immer so gesehen - ich denke mal, das ist auch geowissenschaftlich direkt erklärbar -: Wenn Sie einen Standort aussuchen - und es wurden ja nachher auch mal Untersuchungen von der BGR noch gemacht, welche potenziellen Standorte eventuell infrage kommen könnten -, dann gehen Sie natürlich erst mal nur von dem aus, was Sie im Archiv finden. Also, irgendwo sind da mal so kleine Bohrungen gemacht worden. Man weiß so Strukturen in der Nachbarschaft. Das heißt, die BGR hatte zunächst mal Datenmaterial, was sie ausgewertet hat. Das hat dann - so wie ich das aus den Akten entnommen habe - dazu geführt, dass verschiedene Standorte ausgewählt worden sind, wobei nachher Ministerpräsident Albrecht sich für den Standort Gorleben entschieden hat.

So. Das war die erste Situation, dass man also wenig Daten hatte, wo man noch nicht genau sagen konnte: Wird sich denn eigentlich die Hoffnung auf Eignung auch noch stärker erhärten?

Dann wurden Bohrungen gemacht, und die Bohrungsergebnisse waren dann so, dass man sagen konnte, auch wenn es die Gorlebener Rinne gab, im Ergebnis, dass also hier weiterhin eine begründete Aussicht auf Eignung besteht. Diese Aussagen haben sich dann noch weiter erhärtet, als man dann Tiefbohrungen gemacht hat, bevor man die Schächte abgeteuft hat. Man hat ja vor dem Abteufen der Schächte noch Tiefbohrungen gemacht, Bohrkerns gezogen, sodass man also schon relativ viel wusste über die Beschaffenheit des Salzstockes, sodass man dann sagen konnte: Okay, wir bewerten das Ganze ja und schlagen jetzt vor, auch den Salzstock Gorleben untertägig zu erkunden.

Ich weiß nicht: Ist das jetzt so übergekommen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja. Das lassen wir jetzt mal so stehen. Ich habe

hier auch die Aufgabe, da so eine Einführung zu geben in die verschiedenen Fragenkomplexe. Ich bin mir sicher, dass es auch dazu noch im Weiteren Nachfragen geben wird, Herr Dr. Bloser.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Frau Vorsitzende, ich frage das auch nur deshalb, weil natürlich das Ganze komplizierte technische, geowissenschaftliche Vorgänge sind, wobei ich natürlich dann auch der Gefahr unterliegen kann, aus Betriebsblindheit vielleicht Dinge, sage ich immer, verkürzt nur darzustellen.

(Ute Vogt (SPD): Wir sind im Stoff!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir beschäftigen uns hier schon einen geraumen Zeitraum mit dieser Problematik. Wenn die Frau Kollegin Vogt sagt, wir sind im Stoff, dann ist das wohl tatsächlich so.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, da habe ich auch keine Zweifel. Da habe ich keine Zweifel, ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann kommen wir auf einen Fragekomplex, der richtet sich auf die Frage der sogenannten Salzrechteproblematik, also die Frage: Was kann eigentlich erkundet werden von diesem Salzstock? - Am 14. April 1982 gab es die Beantragung des Rahmenbetriebsplans, und zunächst wurde dort vorgesehen, den gesamten Salzstock zu erkunden. Eine vollständige Erkundung erwies sich dann aber aus rechtlichen Gründen als nicht möglich. Der Bund besaß eben nicht alle erforderlichen Salzrechte. Andreas Graf von Bernstorff und die evangelischen Kirchengemeinden weigerten sich, diese dem Bund zum Zwecke der Erkundung zu übertragen.

Daraufhin kam es dann Anfang der 90er-Jahre dazu, dass das BfS eine Umfahrung der entsprechenden Gebiete in Erwägung gezogen hat. Das kann man unter anderem nachlesen in MAT E 5, Band 30, Paginierung 300 und 301. Da gibt es einen Entwurf eines Schreibens von Dr. Tittel, BfS, an Dr. Jaritz, BGR, vom 29. August 1991, und da wird gesagt:

Dies betrifft insbesondere die Frage der Umfahrung der unzugänglichen Flächen. Bisher fehlt noch eine Begründung dafür, daß ein nördliches bzw. südliches Umfahren dieser Be-

reiche innerhalb des Salzstocks nicht möglich ist.

Ich frage Sie: Welche Konsequenzen wurden denn diskutiert bezüglich dieses Umstandes, dass eben nicht alle Salzrechte vorhanden sind? Was hat man für Möglichkeiten überlegt, dennoch sozusagen die Erkundung - und, wenn ja, wie - des Salzstocks Gorleben voranzutreiben?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, ich kann die Frage mit den Salzrechten natürlich bloß aus meiner - sage ich mal - naturwissenschaftlichen, technischen Variante darstellen, weniger aus der rechtlichen; denn die rechtliche - sage ich mal - war für mich gewissermaßen immer nur Mittel zum Zweck. Ich habe mich immer gefreut, wenn die Juristen Wege gefunden haben, möglicherweise zu den Salzrechten zu kommen. Es war gar keine Frage, dass natürlich insbesondere ich auch froh war oder beglückt gewesen wäre, wenn Graf Bernstorff seine Salzrechte verkauft hätte - das ist doch ganz klar -, gerade noch, sage ich mal, zu Beginn der 80er-Jahre. Zu Beginn der 80er-Jahre war das ja so, dass die ganze Planung für den Zubau von Kernkraftwerken aus heutiger Sicht ja total illusionär war. Das heißt im Klartext natürlich für die Entsorgung, dass natürlich mit sehr viel mehr Abfällen gerechnet wurde, als das Mitte der 80er-Jahre war und noch später.

Die Frage der Eignungshöflichkeit war natürlich auch daran zu messen, ob genügend geeignete Salzpartien zur Verfügung gestanden hätten oder stehen werden, um die Abfälle dort reinzubringen; denn es war ja nicht dann geplant, da noch ein weiteres Endlager insbesondere für hochradioaktive Abfälle zu bauen.

Dazu kam auch, dass im Laufe der Jahre dann ein weiterer Standort, nämlich das Endlager Konrad, weiterentwickelt wurde, sowohl von den Planfeststellungsunterlagen her, nachdem also feststand, dass Konrad grundsätzlich geeignet sein könnte, leicht- und mittelradioaktive Abfälle aufzunehmen, sodass dann also von dem Zeitmaßstab her ein Teil dieser Abfälle dorthin konnte. Insofern war der Salzstock Gorleben bei einer Eignung natürlich entlastet hinsichtlich des Volumens. Das heißt also, diese anfängliche große Herausforderung, Anforderung, es müssen soundso viel Kubikmeter dort runtergebracht werden, die bestand dann gar nicht

mehr. Das kann man gut daran festmachen, dass zu Beginn - und jetzt muss ich wieder auf den Entsorgungsbeschluss zurückkommen, wo gesagt worden war, Ende der 90er-Jahre soll das Endlager Gorleben, nein, Entschuldigung, soll ein Endlager betriebsbereit sein, was natürlich dann auf Gorleben zu beziehen war, weil das ja nun erkundet wurde -, dass man da natürlich gesagt hatte - Ende der 90er-Jahre und jede Menge Abfall aufgrund dieser damaligen Planung -: Wir müssen, so die Bergleute, mehrschichtig arbeiten. Wir schaffen das nicht in einer Schicht, sondern wir müssen sogar - - Wenn ich mich richtig erinnere, haben die teilweise drei Schichten gefahren, also praktisch rund um die Uhr oder drei mal sechs; das wären dann also 18 Stunden. Das wurde dann reduziert im Laufe der Zeit auf zwei und Mitte der 90er-Jahre oder in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre dann praktisch nur noch auf eine Schicht. Und dann nachher, praktisch bei dem Ausstiegsbeschluss 1998/99, also unter Bundeskanzler Schröder, da ging es ja nur noch darum, das moratoriumsgemäß zu installieren, damit da eben keine bergrechtlichen Schäden und Personenschäden auftraten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Diese Zusammenhänge haben wir auch im Verlaufe des Untersuchungsausschusses schon mehrfach von verschiedenen Zeugen so gehört. Ich möchte aber noch mal eine Frage stellen, weil es ja hier eben in diesem Ausschuss darum geht, zu gucken: Hat es Unregelmäßigkeiten gegeben? Hat man versucht, sich so gerade am Rande des Rechtes vorbeizubewegen? - Und deshalb will ich Sie konfrontieren mit der Stellungnahme des BfS „Vorgehensweise bei der untertägigen Erkundung des Salzstocks Gorleben“ vom 23. Juli 1993. Und da kann man lesen - ich zitiere -:

Eine Beschränkung der Erkundung auf die dem BfS derzeit zugänglichen Bereiche im Nordosten des Salzstocks erfordert eine Umplanung, die von der Bergbehörde als ein neues Vorhaben eingestuft werden könnte. Für ein solches Vorhaben würde die Bergbehörde einen neuen obligatorischen Rahmenbetriebsplan gemäß § 52 Abs. 2 a BBergG fordern, für dessen Zulassung ein Planfeststellungsverfahren mit UVP

- also Umweltverträglichkeitsprüfung - erforderlich wäre.

Die rechtlichen Grundlagen im Berggesetz hatten sich ja 83 geändert. Seit 1990 galt ja die Umweltverträglichkeitsprüfung, und diese beinhaltete auch eine verpflichtende Öffentlichkeitsbeteiligung. Meine Frage an Sie nun: Sollte eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit entsprechender Öffentlichkeitsbeteiligung verhindert werden?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, dazu kann ich nichts sagen, weil ich bei diesen Gesprächen, Überlegungen nur mittelbar vielleicht beteiligt war, wenn man eben geowissenschaftlichen oder technischen Sachverstand brauchte. Das war, glaube ich, eher eine rechtliche Frage; würde ich jedenfalls aus heutiger Sicht so sehen. Ich weiß nicht, ob da was in den Akten ist, wo ich da mal was gesagt haben sollte. Aber da bezog sich das sicherlich nicht auf irgendwelche rechtlichen Aspekte. Ich darf - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie können sich auch nicht daran erinnern, dass es solche Diskussionen letztendlich bei Ihnen im Hause gab bzw. dass man gesagt hat: „Na ja, schlimmstenfalls müsste man einen neuen Antrag auf einen Rahmenbetriebsplan stellen“ oder so was?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, es gab natürlich da Überlegungen, wie man das Verfahren einigermaßen schlank machen kann. Ich meine, jede Behörde, die was bauen will - Planfeststellungsbeschluss oder so was -, die sucht natürlich nicht danach, das Ganze zu komplizieren und möglicherweise viele Verwaltungsverfahren dann durchzuführen, insbesondere dann, wenn man möglicherweise schon eine Genehmigung hat, einen Rahmenbetriebsplan genehmigt hat, den weiter dann noch zu komplizieren durch weitere Dinge. Insofern war das für mich verständlich.

Für mich war eigentlich nur die Frage entscheidend: Wird dadurch die Eignungshöflichkeit und später möglicherweise die Sicherheitsaussage beeinträchtigt? - Und das habe ich nicht gesehen. Ich kann das auch gerne noch erläutern, wenn Sie das wollen, weshalb ich das nicht gesehen habe.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich frage mal weiter. Vielleicht können Sie das

dann in dem Zusammenhang tatsächlich noch mal erläutern; denn es gab ja 1993 durchaus kritische Stimmen bezüglich der Idee einer Umfahrung des unzugänglichen Teils. Ich kann entnehmen kritische Aussagen im Protokoll einer Besprechung zwischen BGR und BfS vom 30. Juni 1993 - ich zitiere -:

Darüber hinaus weist BGR darauf hin, daß beim Umfahren gegen das in den Sicherheitskriterien der RSK enthaltene Minimierungsgebot (Hohlraumminimierung) verstoßen wird.

...

Eine Umfahrung der Grundstücke bedeutet ein geologisches Risiko und kann zu Verzögerungen führen. Um entsprechend der bisherigen Planungen vorgehen zu können, müssen die Salzrechte bis Mitte 1995, dem Zeitpunkt des Einreichens des Hauptbetriebsplans für 1996/1997, vorliegen.

...

Die Eignungshöflichkeit ist gemindert. Die Abweichung von der einvernehmlich festgelegten Vorgehensweise bei der Erkundung wird als problematisch angesehen.

Das ist das Protokoll einer Besprechung zwischen BGR und BfS vom 30. Juni 1993. Wir finden das unter MAT E 9, Band 54, Paginierung 335 bis 341.

Also, es gab ja eben nicht nur diese rechtliche Fragestellung, sondern tatsächlich auch eine hinsichtlich einer möglicherweise sicherheitstechnisch relevanten Bedeutung dieser Frage.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, das sehe ich genauso. Ich meine, es ist natürlich klar, dass, wenn es um technische, naturwissenschaftliche, geowissenschaftliche, geophysikalische Fragen geht, man da unterschiedliche Sichtweisen haben kann und dass man die dann ausdiskutiert. Es ist in der Tat so - da hat natürlich dann die BGR auch recht -: Der Salzstock Gorleben hat ja einen Vorteil: dass er, wie die Fachleute sagen, unverritz war. Es heißt, er war nicht durchlöchert worden wie ein Käse. Wenn man natürlich jetzt etwas umfährt, was aber gar nicht zum eigentlichen Erkundungsbereich gehört, dann schafft man natürlich Hohlräume, möglicherweise Wegsamkeiten, die natürlich

dann den Nachweis für die Langzeitsicherheit, sprich: dass da keine radioaktiven Stoffe austreten können und da keine Wasserwegsamkeiten sind etc. etc. - - führen⁸ dann natürlich möglicherweise zu Schwierigkeiten⁹.

Die Idee ist ja insgesamt, dass man eben ein ungestörtes geologisches Gebilde vorfindet, schönes Salz, was nicht gestört ist durch irgendwelche Bohrungen, nicht durch andere Schichten etc. Und das führt natürlich dann dazu, wenn man also so was macht, dass dann die BGR, die damals davon ausgegangen ist: „Wir wollen so wenig Löcher machen wie nur möglich“, dann ihre Bedenken geäußert hat. Aber im Ergebnis hat die BGR ja doch die Vorgehensweise da mitgetragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Aber die Frage ist, die wir auch klären wollen, wie denn umgegangen worden ist mit Kritikern. Und da hat uns der Zeuge Henning Rösel zum Beispiel gesagt in unserer Sitzung vom 10.11.2011, dass aus seiner Kenntnis sein damaliger Kollege Wosnik als Bergmann eine Äußerung dahin gehend getätigt habe, dass Wosnik im Diskussionsprozess eine Zeit lang die Auffassung vertreten habe, dass dies, nämlich eben die Beschränkung der Erkundung auf den dem BfS derzeit zugänglichen Bereich im Nordosten des Salzstocks, einen neuen Rahmenbetriebsplan erforderlich machte. Und dazu sagte der Zeuge Henning Rösel:

Diese Auffassung hat er nach meiner Kenntnis später revidiert. Er hat zwar Bedenken weiter geäußert oder auf Risiken hingewiesen, aber die Vorgehensweise nach Nordosten hat er dann später nicht mehr infrage gestellt.

Weiterhin hat der Zeuge Henning Rösel in der Sitzung dargelegt, dass Herr Röthemeyer von BfS und Professor Herrmann von der Universität Göttingen ebenfalls bezüglich der Vorgehensweise allein nach Nordosten Bedenken geäußert hätten, und dazu sagte Herr Rösel dann: Aber das sind keine Bedenken, die grundsätzlicher Natur sind dahin gehend, dass die Vorgehensweise infrage gestellt wurde.

Das ist der Auszug aus dem endgültigen Protokoll Nr. 60 unserer Sitzung vom

⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „- - führen“, Anlage

⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „zu Schwierigkeiten“, setze „erschweren“, Anlage

10.11.2011. Meine Frage an Sie ist jetzt eben: Wie ist denn aus Ihrer Erinnerung mit solchen kritischen Stimmen umgegangen worden? Hat man die angehört? Hat man sie ernst genommen? Hat man sie zur Seite geschoben? Inwiefern sind denn diese Bedenken, diese Kritik, inwiefern ist sie denn eingeflossen in die Überlegungen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Wir hatten selbstverständlich die Fachaufsicht über das BfS. Aber die Fachaufsicht war natürlich nicht so, dass wir uns als Obergutachter und Entscheider in solchen technisch-wissenschaftlichen Fragen empfunden hätten, sondern hier war das natürlich das originäre Interesse und auch Aufgabe des BfS, Diskussionen wissenschaftlicher Art, auch wenn sie kontrovers waren, natürlich selbst zum Konsens zu bringen, und das ist ja auch geschehen. Von daher kann ich mich nicht erinnern, dass ich da eingegriffen hätte.

Ich kann mich nur daran erinnern, dass natürlich einmal die Frage da auftauchte, dass eine Konzeptänderung, wie das offenbar von Herrn Röthemeyer gesehen wurde, wie ich dem Internet entnommen habe, dass diese Konzeptänderung also nicht eine Konzeptänderung war - so habe ich es verstanden -, sondern in der Tatsache eine Änderung der Vorgehensweise; denn ursprünglich war vorgesehen - und zwar muss ich das wieder oder müssen wir das wieder im Zusammenhang sehen -, dass natürlich Ende der 90er-Jahre - ¹⁰Endlager - die Eignungshöflichkeit für Gorleben ¹¹ja doch festgestellt werden ¹²sollte - ¹³führte das ja dazu, dass man also nicht nacheinander erkundet hat, sondern gleichzeitig in mehreren Schichten. Dann hat man also gleich - war ursprüngliche Vorgehensweise - nach vielen Richtungen und in diesem Falle also gleichzeitig vorgesehen gehabt, nach Nordosten und nach Südwesten zu gehen.

Weil aber in der Zwischenzeit sich erstens die Menge der Abfälle durchaus verringert hatte, sodass man sagen konnte: „Möglicherweise können wir sogar auf Südwesten verzichten“ - möglicherweise - und zweitens der Zeitdruck nicht mehr da war - denn es

gab gar nicht mehr so viele Abfälle; die Kernenergie hat ja auch nicht den Ausbau erfahren, der ursprünglich geplant war -, war das Ganze entspannt, sodass man sagen konnte: Okay, wir machen das nacheinander. - Und da war es natürlich logisch, dass man zunächst mal nicht jetzt also den problematischen Bereich, nämlich dort, wo wir die Salzrechte nicht hatten, erkunden wollte, sondern dorthin ging, wo es möglich war, und das war dann eben nach Nordosten. Und in der Zwischenzeit - so war jedenfalls immer mein Verständnis - versucht man auf allen Wegen natürlich, Graf Bernstorff zu bewegen, seine Salzrechte zu veräußern, zumindest diese Rechte, die es erlauben, zumindest dort zu erkunden. Wenn es alleine darauf angekommen wäre, nur noch die Eignungshöflichkeit oder die Eignung festzustellen, wenn es also absolut notwendig gewesen wäre, dort auch zu erkunden, und alles andere wäre paletti gewesen - so habe ich mir das jedenfalls vorgestellt -, dann wird auch Graf Bernstorff in seiner gesamtstaatlichen Verantwortung möglicherweise nicht sagen: Nein, ich will nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Dann verlassen wir auch diesen Komplex mal. Und ich würde noch einmal abschließend anreißen wollen, bitte, Studien der BGR zu potenziellen Ersatzstandorten. Denn Anfang der 90er-Jahre wurden ja durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie, also BMFT - 94 gab es da eine Umbenennung in BMBF, also Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie -, und das BMU bei der Bundesanstalt für Geologie [sic!] und Rohstoffe zwei Studien zum Thema Endlagerung stark wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle in tiefengeologischen Formationen Deutschlands in Auftrag gegeben. Das war einmal 1991 durch das BMFT in Auftrag gegebene Studie „Untersuchte und bewertete Regionen in nichtsalinaren Gesteinsformationen“; die Studie wurde im November 94 von der BGR fertiggestellt. Und dann die vom BMU 1992 in Auftrag gegebene Studie behandelte die Untersuchungen und Bewertungen von Salzformationen. An der Erarbeitung - sage ich für das Protokoll und auch für die Kolleginnen und Kollegen - dieser Studie war unter anderem unser Zeuge Dr. Paul Krull, den wir am 9. - - das stimmt nicht - den wir noch vernehmen werden, beteiligt. Die

¹⁰ Ergänzung des Zeugen: setze „ein“, Anlage

¹¹ Ergänzung des Zeugen: setze „war“, Anlage

¹² Richtigstellung des Zeugen: streiche „werden“, setze „worden“, Anlage

¹³ Ergänzung des Zeugen: streiche „-“, setze „zur Verfügung stehen“, Anlage

Studie wurde ja von der BGR im August 1995 fertiggestellt.

Hinweis auch für die Kolleginnen und Kollegen: Die Studien liegen dem Untersuchungsausschuss, soweit ersichtlich, jeweils nur als zweiter Entwurf vor, und zwar als MAT A 186, Band 8, Paginierung 26702 bzw. Paginierung 267202 ff. Die endgültigen Fassungen sind aber im Internet auf den Seiten der BGR veröffentlicht und werden gerne im Anschluss als MAT B verteilt. - Habe ich irgendwas falsch gesagt?

(Zuruf)

- MAT A 136. Da habe ich irgendwas Falsches gesagt. Also nicht 186, sondern 136.

In einer Pressemitteilung des BMU vom 28. August 1995 heißt es - ich zitiere -:

Die Studien waren vorsorglich für den Fall in Auftrag gegeben worden, daß sich der Salzstock Gorleben entgegen den bisherigen Erkundungsergebnissen doch als ungeeignet für ein Endlager erweisen sollte.

In der Koalitionsvereinbarung zur 12. Legislaturperiode wurde 1990 zwischen CDU/CSU und FDP eine Erkundung möglicher weiterer Standorte für hochaktive, stark wärmeentwickelnde Abfälle vorgesehen.

Zitat Ende.

Für die Studien wurden ja Literatur und Archivdaten für das gesamte Bundesgebiet unter geowissenschaftlichen Gesichtspunkten ausgewertet. Felduntersuchungen fanden nicht statt.

Jetzt sage ich noch eben die Stelle, wo wir die Pressemitteilung gefunden haben: Das war MAT E 9, Band 54, Paginierung 051 bis 053.

Und jetzt frage ich Sie, Herr Dr. Bloser, auch nach dem, worüber wir uns jetzt fast eine Stunde schon unterhalten haben: Aus welchem Grund wurden denn nun diese Studien in Auftrag gegeben, also jetzt doch wieder alternative Standorte?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Daran kann ich mich noch sehr gut erinnern, weil ich nämlich selbst, also gemeinsam mit meinem Kollegen Lummerzheim, damals vom BMFT, daran mitgewirkt habe, dass wir das machen. Wir waren aber nicht alleine - sage ich mal - Verursacher, sondern es gab - ich meine,

mich richtig zu erinnern -, glaube ich, auch so einen Fraktionsbeschluss der FDP, der besagte, man solle doch auch nicht vergessen, alternative Standorte zu untersuchen für den Fall, dass Gorleben nicht geeignet sei. Also was ganz Vernünftiges eigentlich, sodass wir das gleich mit aufgegriffen haben und dann diese Studie bei der BGR in Auftrag gegeben haben.

Es gab danach - ich kriege jetzt da mal die Daten nicht mehr, wann das war - dann noch mal weitere Aufträge von Herrn Lummerzheim und mir, vielleicht auch nur einzeln vom BMFT oder vom BMU - das weiß ich jetzt nicht mehr so genau; jedenfalls hatten wir uns da immer kurzgeschlossen und das gemeinsam natürlich gemacht - gab es natürlich dann weitere Untersuchungen, nicht nur Salz zu untersuchen, sondern auch andere Formationen und nach der Wiedervereinigung sogar - sage ich mal - die DDR mit einzubeziehen. Das heißt also, diese Untersuchungen sind alle gemacht worden. Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob nicht sogar Ihre damaligen Kolleginnen und Kollegen im Umwelt- oder Innenausschuss diese ganzen Studien übermittelt bekommen haben, auch diese ganzen Berichte. Das ist alles - sage ich ja mal - dem Parlament zur Verfügung gestellt worden, zumindest immer den Ausschüssen. Also, das kann man nachlesen. Teilweise habe ich an diesen Ausschusssitzungen ja mit teilgenommen. Also, wie gesagt, das kennen Sie aber alles. Da brauche ich, glaube ich - kann ich Schluss machen erst mal.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wissen Sie, warum die Koalitionsvereinbarung eine Erkundung alternativer Standorte vorgesehen hat? Also, wissen Sie, aus welcher Motivation das passiert ist?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Entschuldigung. Wenn ich Koalitionsvereinbarung gesagt habe, dann war das nicht ganz richtig. Ich glaube, es war ein Fraktionsbeschluss.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, es war schon eine Koalitionsvereinbarung.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: War eine Koalitionsvereinbarung?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, ja, es war die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und FDP, 12. Legislaturperiode; da stand das drin.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ach so, ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich bin jetzt eben neugierig, von Ihnen zu erfahren, ob Sie wissen, warum das da reingefunden hat. War Ihre Hausleitung da möglicherweise irgendwie beteiligt? Wissen Sie das? Können Sie dazu irgendwas sagen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich kann dazu nur sagen, dass ich da nicht beteiligt war.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Okay. Hätte ja sein können, dass Sie da irgendwas zu sagen können. Das ist ja eine spannende Geschichte.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja. Aber ich fand es gut - wenn ich das sagen darf -, all-dieweil - das sage ich mal - wir natürlich dann zumindest die politische Unterstützung dafür hatten, eben zumindest dieses Paperwork dann zu machen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Was natürlich auch auffällt, ist, dass BMFT eine Studie über nichtsalinare Strukturen beauftragt, das BMU dann eine über salinare Strukturen. War das abgesprochen? War das Zufall? War das - wie auch immer -: der eine das eine und der andere das andere? Wie darf ich das verstehen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, das weiß ich jetzt nicht mehr, weshalb wir das so gemacht haben. Ich meine, es war so: Also, zunächst mal war ja das BMFT das federführende Ressort für Gorleben, also bis, glaube ich, weit in die 80er-Jahre hinein. Ich habe das eigentlich nie verstanden; das habe ich ja eben schon gemacht¹⁴. Das machte mich auch unzufrieden, dass wir eigentlich immer nur die Büttel für das BMFT sein sollten. Ich glaube, das ist eine ganz verständliche menschliche Reaktion. Zwischenzeitlich hatte das BMFT aber auch keine Lust mehr gehabt, jeweils in dem Haushalt des BMFT die

Mittel zu veranschlagen, die natürlich die untertägige Erkundung kostete; das ging ja dann auch in die Millionen. So war dann, glaube ich, nachher - sage ich mal - durchaus auch Bereitschaft, dass das BMFT diese Geschichte, also diese Haushaltsverantwortung, an das BMU - glaube ich, war es schon - abgetreten hat. Aus meiner Sicht war das - sage ich mal - natürlich erfreulich, all-dieweil - vielleicht finden Sie das als Ego-manie - aber zumindest das Fachreferat als solches natürlich doch eine stärkere Einflussnahme hatte, sowohl bei der DBE als auch - würde ich mal sagen - beim BfS.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: In einer Vorlage - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Entschuldigung. Ich habe dann ja - - Wie gesagt, ich kann jetzt nicht mehr sagen, was alles sonst noch der Grund war. Voraussichtlich war es so gewesen - wenn ich mich richtig erinnere -, dass dazu - - Ach ja, das war der Faden, weshalb ich das gesagt habe: Dadurch, dass wir, also das BMU, auch die Verantwortung für Gorleben insoweit übernommen hatten - der BMFT war da weitestgehend draußen -, stand das Salz natürlich - ich sage mal - uns oder mir natürlich näher als die anderen Formationen. Die anderen Formationen waren dann eher schon wieder ein Gegenstand von Forschung, sodass es also von daher logisch war, dass das eher dann vom BMFT gemacht wurde. Ich glaube, das waren die damaligen Überlegungen. Aber das waren einfach so Gespräche, die geführt wurden. Die haben eine gewisse innere Logik, wie ich versucht habe, jetzt darzulegen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wenn wir jetzt mal gucken, also, die Bewertung, Ihre Bewertung in einer Vorlage vom 19. Mai 95 an Bundesministerin Merkel. Da haben Sie den wesentlichen Inhalt der Studien zusammengefasst und haben unter anderem ausgeführt, dass salinare Strukturen nur in Norddeutschland untersucht wurden, da es Salzvorkommen in den süddeutschen Bundesländern nicht gibt, und haben dann ausgeführt - ich zitiere - das alles zitiere ich aus MAT A 136, Band 8, Paginierung 267143; das ist die Vorlage BMU, Bloser, Referat RS III 6, an Frau Ministerin über Staatssekretär Jauck -, da haben Sie dann ausgeführt:

¹⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „gemacht“, setze „gesagt“, Anlage

Die BGR-Betrachtungen haben ergeben, daß keine der untersuchten Salzstrukturen alle Anforderungen optimal erfüllt und die Ausbeute an untersuchungswürdigen Salzstrukturen als nicht gerade sehr positiv bewertet wird. Dies bestätigt die Auffassung des Bundes, daß es den idealtypisch optimalen Standort nicht gibt, sondern es vielmehr darauf ankommt, daß die Schutzziele an dem ausgewählten Standort - z. B. bei Gorleben - erfüllt werden.

Zitat Ende. - Dann weisen Sie weiter darauf hin, dass laut BGR - ich zitiere weiter -

für die Einschätzung einzelner Parameter bei manchen Strukturen gegenwärtig der Kenntnisstand für eine hinreichend untermauerte Vorauswahl nicht ausreicht und weiterführende Untersuchungen eine andere Bewertung ergeben könnten.

Beide Studien erhielten dann vereinbarungsgemäß

kein „Ranking“ (Reihung)

- das ist wieder ein Zitat -

der untersuchten Strukturen. Voraussetzung dazu ist u. a. die vorherige Festlegung eines „Ranking“ der Vorauswahlkriterien, was ebenfalls ... nicht erfolgt ist.

Insgesamt haben Sie festgestellt - und jetzt wieder ein Zitat -:

Zu den Berichtsentwürfen ist ferner festzustellen, daß verschiedene Formulierungen mißverständlich sind, zu Fehlinterpretationen Anlaß geben würden und von der BGR zu überarbeiten sind. Von daher ist vorgesehen, die Entwürfe nicht nach Außen zu geben.

Daran schließen sich jetzt natürlich eine Menge Fragen an. Es ist einmal die Frage: Warum gab es kein Ranking? Zum Zweiten ist es sicherlich auch die Frage: Wie sieht das denn aus mit den Vorauswahlkriterien? Waren die irgendwo aufgeschrieben? Wer hat die erfunden? Wie ist damit umgegangen worden? Und zum Dritten: Wie ist das mit der Transparenz sozusagen des Regierungshandelns in Bezug auf die Veröffentlichung oder Nichtveröffentlichung dieser Berichte?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, ich darf mit dem Letzten anfangen. Es ist ja doch so gewesen, dass dieser endgültige Bericht veröffentlicht worden ist. Die Frau Ministerin Merkel als Umweltministerin hat damals eine Pressekonferenz gemacht und diese Berichte vorgestellt. Diese Vorentwürfe, kann ich jetzt nicht mehr sagen, weshalb die nicht veröffentlicht werden sollten oder wurden. Aus meiner Sicht ist es nicht üblich, diese Vorentwürfe zu veröffentlichen, sondern es wird der endgültige Bericht veröffentlicht. Und ich denke mal, dass die Vorentwürfe aber da auch keinen Sprengstoff enthalten hätten; denn es ging ja gar nicht um die Frage: „Müssen wir jetzt einen alternativen Standort zu Gorleben untersuchen, weil Gorleben nicht eignungshöflich sein könnte?“ oder dergleichen mehr, sondern es war ja eine vorsorgliche Maßnahme für den Fall, den wir ja denklogisch nicht ausschließen konnten, dass weitere Erkundungsergebnisse dazu führen könnten: Gorleben ist nicht geeignet. Dazu wollte man da was machen.

Dass kein Ranking gemacht worden ist, das ergibt sich einfach vor dem Hintergrund, dass die Informationsdichte zu den einzelnen Standorten natürlich sehr unterschiedlich war. Das heißt, wenn Sie da einen Standort haben, wo Sie bloß 20 Meter gebohrt haben, dann können Sie den nicht vergleichen mit einem Standort, wo Sie schon 200 Meter oder 2 000 Meter drin sind, weil sich dann ein ganz anderer Wissenstand ergibt. Und es kann durchaus sein, dass bei dem ersten Anschein der Standort mit 2 000 Metern, wenn Sie da gebohrt haben, ungünstiger erscheint, und dann wählen Sie den aus, wo Sie nur 20 Meter gebohrt haben. Und dann bringen Sie da auch eine Bohrung runter auf 2 000 Meter, dann stellen Sie fest: Mein Gott, das ist ja noch viel schlimmer als bei dem anderen. - Von daher wäre so ein Ranking irreführend gewesen nachher praktisch dann für eine Entscheidung, wenn man sie mal hätte treffen wollen. Und ein Ranking war ja auch gar nicht notwendig.

Jetzt habe ich aber den ersten Teil, glaube ich, Ihrer Frage - - Ach so, mit der Vorauswahl. Ja, das muss ich sagen: Das hat die BGR gemacht. Die BGR, das war der geowissenschaftliche Sachverstand der Bundesregierung. Da sind wir natürlich - denke ich ja mal, mit Recht - davon ausgegangen, die Jungs machen ihre Arbeit auch schon gut. Die haben natürlich dann auch Dinge mit einbezogen, die vernünftig waren.

Ich würde mal sagen, beispielsweise wenn Karlsruhe - sage ich mal - eine gute Formation gewesen wäre, hätten die nicht vorschlagen, in Karlsruhe eine Bohrung niederzubringen oder den als alternativen Standort vorzusehen. Also da gab es, denke ich ja mal, vernünftige Gründe, das zu tun. Ich glaube, die waren - - Ich bin mir nicht sicher, ob die nicht im Bericht genannt worden sind. Das weiß ich jetzt nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Bloser, Gorleben wird aber nur in diesen Studien gar nicht untersucht.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ach ja, richtig, ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Und diese Presseerklärung des BMU vom 28.08.95 - also, Sie sagten ja eben, dass die Bundesministerin sich dann erklärt hat gegenüber der Presse -, da wird Folgendes verlautbart - ich zitiere -:

„Die Untersuchungsergebnisse der BGR zeigen für mich, daß es keinen Grund gibt nach Ersatzstandorten zu suchen. Gorleben bleibt erste Wahl.“ ...

Und weiter:

Auf der Basis der ihr zur Verfügung stehenden Daten und unter Einschluß der Erkundungsarbeiten am Salzstock Gorleben kommt die BGR zu dem Ergebnis, daß aus geowissenschaftlicher Sicht keine Notwendigkeit besteht, Ersatzstandorte zu Gorleben zu untersuchen. ... Daher empfiehlt die BGR, die Arbeiten zur Erkundung von Gorleben fortzusetzen.

Das ist MAT E 9, Band 54, Paginierung 051 bis 053.

Wie konnte die Bundesministerin jetzt sozusagen sagen: „Gorleben bleibt erste Wahl“, wenn Gorleben in den Untersuchungen gar nicht beteiligt war?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, da weiß ich auch nichts zu zu sagen. Von mir stammt dieser Satz nicht. - ¹⁵Aber vielleicht darf ich nachführen: Ich meine, ich erinnere mich da noch so hundertprozentig, weil natürlich -

sage ich einmal - die Telefone dann wieder nicht stillstanden, und das ist gewissermaßen - - Man könnte jetzt Anekdoten dazu erzählen. Deshalb erinnere ich mich da so genau. Aber ich glaube, das brauche ich jetzt hier nicht zu tun.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Aber ich habe richtig verstanden, dass diese Untersuchungen, die dort durchgeführt worden sind, ohne Bohrungen sozusagen stattgefunden haben?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja. Erstens war in den Berichten ja gar nicht von Gorleben die Rede. Gorleben war ja gar nicht Gegenstand der Berichte. Insofern - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Warum eigentlich nicht?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Weil die Frage sich ja auf alternative Standorte zu Gorleben erstreckte. Zu Gorleben hatte man ja entschieden: Da untersuchen wir jetzt mal, ob die Eignungshöflichkeit auch sich bestätigt. Die Alternativstandorte waren ja eben alternative - sagen wir - Rückzugsmöglichkeiten für den Fall, dass Gorleben sich nicht als geeignet erweisen sollte. Von daher bestand gar keine Veranlassung, Gorleben mit einzubeziehen.

Jetzt komme ich noch mal auf das Ranking zurück. Jetzt könnte man natürlich sagen: Ja, das wäre doch schön gewesen, wenn man das einbezogen hätte, hätte das Ranking machen können. Aber bei Gorleben, da waren wir ja schon sehr viel weiter im Kenntnisstand. Da hatten wir ja schon die Schächte abgeteuft. Wir hatten doch schon - - Also, ich weiß nicht, ob da schon Erkundungsbohrungen - ich glaube, noch nicht - gestoßen worden sind oder so. Das war also auf einer Teufe von etwa 800 Metern.

Kurzum: Man hatte dort einen ganz anderen Erkenntnisstand als bei den anderen Standorten. Man hätte - - Es hätte gar keinen Sinn gemacht, Gorleben mit einzubeziehen, wie gesagt, weil man da auch gar kein Ranking hätte machen können und wollen, weil das aus wissenschaftlichen Gründen sinnlos gewesen wäre.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann habe ich tatsächlich noch eine ab-

¹⁵ Ergänzung des Zeugen: streiche „-“, setze „“, wie ich glaube“, Anlage

schließende Frage. Und zwar hat am 11. November 2010 Dr. Appel in der öffentlichen Sitzung unseres Ausschusses als Zeuge Folgendes gesagt - ich zitiere -:

Seit 1995 gibt es Kriterien, die durchaus geeignet gewesen wären, auch den Standort Gorleben zu bewerten. ...

Wenn man sich die Kriterien anschaut, die die BGR entwickelt hat, dann stellt man fest, dass wichtige Kriterien, und zwar solche, die sogar dann zur Ausscheidung untersuchungswürdiger Standorte - das war das Ziel dieses Kriterienkatalogs oder dieses Vorgehens - sich auf das Deckgebirge des Salzstockes, der Salzstöcke, die betrachtet worden sind, beziehen. Und es wird auch deutlich, wenn man sie auf den Standort Gorleben anwendet, dass der Standort Gorleben nicht zu den untersuchungswürdigen Standorten gezählt hätte.

Das war das Stenografische Protokoll in seiner endgültigen Fassung der 23. Sitzung am 11.11.2010 auf der Seite 204.

Das passt jetzt wieder irgendwie nicht zusammen, also die Aussage von Dr. Appel zu der Aussage, letztendlich der Pressemitteilung des BMU - ich zitiere noch mal -:

Die Untersuchungsergebnisse der BGR zeigen für mich, dass es keinen Grund gibt, nach Ersatzstandorten zu suchen. Gorleben bleibt erste Wahl.

Deshalb noch mal die Frage an Sie: Wissen Sie, wie denn die BGR jetzt sozusagen zu dieser Aussage gekommen ist, die die Bundesministerin dann referiert hat?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich glaube mal, wir müssen jetzt - wir dürfen die verschiedenen Zeitfragen jetzt nicht miteinander vermengen. Die Aussage von Dr. Appel, dass man hätte anders vorgehen sollen, bezog sich ja praktisch auf die Vorgänge - ich sage mal - bis 1977 oder 79.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Appel hat gesagt, dass es seit 95 Kriterien gibt. Also, der Zeitraum ist schon in Ordnung. Dr. Appel hat hier im Untersuchungsausschuss gesagt: Seit 95 gibt es Kriterien, die geeignet gewesen wären, auch den Standort

Gorleben zu bewerten. - Das ist schon so. Also, das hat er hier jedenfalls gesagt.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, dann - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich konfrontiere Sie damit jetzt und frage Sie, wie Sie das sozusagen aus der Kenntnis der Zusammenhänge von 95 - - ob Sie es bestätigen können oder ob Sie es eher kritisieren möchten.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, als ich angefangen habe, in den Bereich der Entsorgung zu gehen, da gab es die Sicherheitskriterien. Die waren 1983, glaube ich, oder 82 erarbeitet worden. Da war aber die Wahl, was Gorleben anbetrifft, also ja schon längst gefallen. Davor gab es natürlich - jedenfalls wurde immer gesagt; aber, wie gesagt, das kann ich nicht aus eigenem Erleben, aus eigenen Erfahrungen bestätigen noch verneinen -, soll es Kriterien gegeben haben, die bei der Auswahl von Standorten - es gab ja mehrere neben Gorleben, die mal in der Diskussion waren - zugrunde gelegt worden sind.

Ich weiß nicht, ob er - - Andere Kriterien, die Herr Appel jetzt meint, kenne ich nicht. Ich kenne Herrn Appel, den ich sehr schätze als sehr sachbezogenen Wissenschaftler, natürlich auch später, als 98/99 das Moratorium ausgesprochen wurde, aber auch schon vorher. Und seine Kritik richtete sich eigentlich im Prinzip immer gegen die Verfahrensweise, also nicht gegen das eigentlich Technisch-Wissenschaftliche, sondern wie man insgesamt umgegangen ist, das, was nachher praktisch Einfluss gefunden hat in die Ergebnisse des AkEnd. Und von daher - -

Mir ist auch nicht bekannt, dass Herr Appel sich substantiiert gegen den Salzstock Gorleben gewandt hat im Hinblick darauf, dass er sagte: Hier liegen Befunde vor, die sprechen gegen die Eignung. - Das ist mir nicht bekannt. Ist auch später nicht gesagt worden. Wenn es gesagt worden wäre, wäre es ja schon - Entschuldigung, wenn ich jetzt, sage ich einmal, dialektisch werde - Pflicht auch schon der nachfolgenden Umweltminister gewesen, gar keine Zahlungen zu Gorleben mehr in den Haushalt einzustellen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das lassen wir jetzt hier mal so stehen, und ich

gebe das Fragerecht jetzt weiter an die Unionsfraktion. Bitte schön, Herr Dr. Paul.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Bloser, vielen Dank erst mal für Ihre Ausführungen bis hierhin.

Die Vorsitzende hatte ja in ihren Fragen auch dieses Gespräch vom 11. Mai 1983 angesprochen. Das ist ja auch einer der Ausgangspunkte, warum wir uns hier im Untersuchungsausschuss mit dieser Thematik befassen. Wenige Tage später, nämlich am 17. Mai 1983, haben Sie ausweislich unserer Unterlagen einen Vermerk angefertigt zur Erkundung anderer Standorte. Das ist - für das Protokoll - MAT A 52, Band 7, dort die Paginierung 310 f.

Kollege Bäuerle überreicht Ihnen eine Kopie dieses Vermerks, und ich bitte Sie, sich diesen anzuschauen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

- So. Wenn Sie ihn sich durchlesen und mir ein Zeichen geben, wenn Sie so weit sind, setze ich die Befragung fort.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, ich erinnere mich an den Duktus.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Gut. Können Sie mir sagen, was der Anlass war, diesen Vermerk, der ja an den Abteilungsleiter RS ging, zu fertigen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Die Situation war ja so, dass nach der Vorlage des Berichtes, der Vorlage des Zwischenberichtes über die Erkundungsergebnisse ja nun eine Entscheidung getroffen werden musste: Wie gehen wir denn weiter vor? - Und die Entscheidung war ja die aus fachlicher Sicht, dass man sagte: Die Eignungshöflichkeit von Gorleben hat sich bestätigt, also sehen wir da keinen Anlass mehr, was anderes zu tun.

Weshalb jetzt diese Geschichte von mir jetzt so vermerkt worden war, kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Es gab möglicherweise eine Frage, die wieder im Hinblick auf die Entsorgungssicherheit gestellt worden war; denn wie ich ja jetzt schon häufiger ausgeführt habe, ist es ja so, dass keine Erkundungsergebnisse vorlagen, die grundsätzlich

jetzt die Eignungshöflichkeit infrage gestellt hätten - oder auch die Eignung.

Es gab natürlich immer noch die Frage: Können wir das Risiko eingehen, wenn wir jetzt weiter erkunden? Denn wir standen ja am Anfang eigentlich jetzt der eigentlichen untätigen Erkundung. Können wir das verantworten, möglicherweise dann in eine Situation hereinzulaufen, wo der Bund in die Pflicht genommen werden kann, dass man sagt: Der Bund hat nichts getan, alternative - - also ein Endlager bereitzustellen? Und da verweise ich wieder auf den Entsorgungsbeschluss von 1979, wo ja dieses politische Konzept sowohl vom Bund als auch von allen Ländern so verabschiedet worden war, und wir sahen uns also auch, muss ich sagen, bis weit in die 90er-Jahre in der Pflicht, diesen Entsorgungsbeschluss umzusetzen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Der Vermerk endet ja mit einer Zusammenfassung. Das ist ja auf Seite 3 unter 1.5 - „Bewertung der Vor- und Nachteile“ -, und da heißt es dann - ich zitiere -:

Den Nachteilen der obertägigen Erkundung an weiteren Standorten wird ein größeres Gewicht beigegeben als den Vorteilen. Da zudem keine Notwendigkeiten und keine Sachzwänge bestehen, mit der obertägigen Erkundung weiterer Salzstöcke zu beginnen, wird hiervon abgeraten.

Können Sie noch mal aus Ihrer Erinnerung bzw. mit der Gedächtnisstütze des Vermerks schildern, was denn da die hauptsächlichen Vor- und Nachteile für die Möglichkeiten waren, warum man jetzt hier am Ende zu dieser Bewertung gekommen ist?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Diese Bewertung, in der Tat, muss man ja wirklich unter zwei Gesichtspunkten sehen. Das eine ist in der Tat, dass nach wie vor das Risiko besteht, kein Endlager zur Verfügung zu haben, also praktisch hier gegen den Entsorgungsbeschluss zu verstoßen, und auf der anderen Seite natürlich die Risiken, die bestehen, wenn man jetzt weitere Standorte untersucht.

Ich habe ja schon darauf hingewiesen, dass hier die Schwierigkeit besteht, dass das Ganze natürlich in der Öffentlichkeit großes

Aufsehen erregen würde, wenn man weitere Standorte untersuchen würde. Zum einen würde man da fragen: Ja, warum macht ihr das denn? - Da müsste man natürlich dann wieder argumentieren: Wir machen das nur rein vorsorglich, mit all den Randbedingungen, die da sind, sprich: Aufregung an den Standortgemeinden.

Dann auch die Frage natürlich: Wer zahlt - - Wer trägt die Kosten? Denn es ist ja so, dass die Kosten nur insoweit von den Abfallverursachern getragen wurden, als sie auch absolut notwendig waren. Es hatte also nicht jetzt hier der Bund die Möglichkeit, aus lauter - jetzt sage ich mal - Willkür heraus jetzt noch alternative Standorte zu untersuchen, es sei denn, er hätte dann auch das zahlen müssen. Insofern wäre das natürlich, denke ich, unverantwortlich gewesen, jetzt einfach nur aus Spaß an der Freud weitere Standorte zu untersuchen, obwohl sicherlich viele Geowissenschaftler sich gefreut hätten, weil es natürlich große Betätigungsfelder dann gegeben hätte für die Leute, die bisher nicht beteiligt waren. Aber ich habe schon darauf hingewiesen, dass zumindest - sage ich mal - bei den Fachleuten hier ja sowieso keine Kapazität mehr bestand.

Und in der Tat war es ja nun auch so, dass wir davon ausgegangen sind, dass die Erfahrung, die man mit der Erkundung gewinnt, natürlich nutzbringend wieder angewendet kann für den Fall, dass eben ein anderer Standort im Salz erkundet werden sollte. Dann hätte man natürlich hier von den Erfahrungen profitieren können.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Können Sie uns das, was auf der Seite 3 unter 1.4 - „Nachteile der obertägigen Erkundung weiterer Standorte“ - unter dem ersten Spiegelstrich unter dem Stichwort „Unsicherheitsrisiko“ genannt ist, noch mal erläutern? Was ist damit gemeint?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Das Unsicherheitsrisiko ist ein Unsicherheitsrisiko in Bezug auf die Sicherheit der Entsorgung. Es geht immer nur um die - ¹⁶ Also, der Begriff Sicherheit wird häufig - sage ich mal - in einer unzulässigen Weise erstreckt oder unterschiedlich benutzt. Es geht einmal um die nukleare Sicherheit und dann einmal um die

Entsorgungssicherheit, und hier war - - geht es gar nicht um die nukleare Sicherheit, sondern einfach nur um die Entsorgungssicherheit. Das ist also das - - Deshalb steht das auch in Anführungszeichen: das „Unsicherheitsrisiko“ der Eignung des Salzstockes Gorleben.

Es besteht kein - - Wir hatten keinen Zweifel daran, dass die Eignungshöflichkeit gegeben war. Sonst hätten wir das ja doch nicht gemacht. Das wäre ja auch blöd gewesen; denn es ist ja doch das Verfahren zu betrachten. Selbst wenn der Bund jetzt alle Bedenken hintangestellt hätte, hätte ja noch ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden müssen. Das hätte das Land machen müssen. Und ich meine, man muss da schon mit dem Klammerbeutel gepudert sein, wenn man also dem Land eine Steilvorlage gibt, indem man also Dinge einfach nicht beachtet, schlampert, unter den Teppich kehrt und dergleichen mehr. Also, das hätte ja alles dann zu Nachfragen geführt, die das ganze Verfahren noch weiter verzögert hätten, möglicherweise sogar torpediert hätten.

Insofern hatten wir sowohl die Absicht, alles wissenschaftlich, rein fachlich abzuarbeiten, das auch transparent zu machen, vor dem Hintergrund erstens - sage ich mal -, dass man sowieso am besten fährt, wenn man immer bei der Wahrheit bleibt, und zum Zweiten, dass natürlich das Planfeststellungsverfahren ja noch abgewickelt werden musste. Also das - - Ich denke mal, das war auch klug so; denn die Geschichte hat ja doch gezeigt, dass bis heute und selbst - sage ich einmal - in der Konsensvereinbarung von 2000 oder 2001 - ¹⁷ sogar die höchsten Weihen bekommen hat, insoweit, dass gesagt wurde: Es bestehen keine Fakten, die gegen Gorleben sprechen derzeit, also gegen eine potenzielle Eignung. Also, das muss ich ja immer sagen.

Wir sind da auch ganz ergebnisoffen rangegangen. Es war nie die Rede davon, dass Gorleben geeignet ist, sondern es ging immer nur darum, dass die Eignungshöflichkeit vorhanden ist, sich im Laufe der Erkundung bestätigt hat und die begründete Aussicht auf Eignung besteht.

¹⁶ Ergänzung des Zeugen: streiche „-“, setze „Entsorgungssicherheit“, Anlage

¹⁷ Ergänzung des Zeugen: streiche „-“, setze „die Aussage der bestätigten Eignungshöflichkeit“, Anlage

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Jetzt bin ich ja kein Naturwissenschaftler, sondern Jurist, und jetzt stelle ich mir mal die Frage: Was wäre denn, wenn man jetzt den Weg gegangen wäre, auch an anderen Standorten obertägig zu erkunden? Hätte man dann irgendwann die Sicherheit gehabt: „Ja, ich weiß jetzt, es gibt an einem anderen Ort einen genauso geeigneten Standort wie Gorleben“, oder wie habe ich mir das vorzustellen?

Zeuge Dr. Manfred Blosler: Also, man kommt dann in eine Bredouille, die wir möglicherweise demnächst haben werden. Jetzt weiß ich gar nicht, ob ich den Bezug zur Gegenwart herstellen darf. Es geht ja eigentlich nur um - -

Also gut, die Bredouille, die wir damals gehabt hätten und - jetzt nicht für das Protokoll - die wir dann zukünftig möglicherweise haben werden, wenn alles so kommt, wie es angedacht ist, ist doch so: Wenn man jetzt einen anderen Standort nimmt und da bohrt, dann hat man ein Teilergebnis, eine klitzekleine Einzelheit. Und dann fragt man sich - - Die kann natürlich jetzt besser sein, gerade an der Stelle, als vielleicht - sage ich einmal - irgendein Ergebnis, was man bei Gorleben hat. So, und jetzt ist man in der Bredouille: Ja, was machen wir denn jetzt nun? Sagen wir jetzt schon: Gorleben werfen wir ab und machen jetzt nur noch da das Endlager?

So, und wenn man jetzt also diese eine Entscheidung treffen würde - wir werfen jetzt Gorleben ab - und bohrt dann jetzt erst mal weiter, dann stellt sich plötzlich heraus, dass das also viel schlimmer ist. Oder man stellt fest - was wahrscheinlich der Fall sein wird -: Wir können gar nicht vergleichen. Wir haben bei dem einen, Endlager Gorleben, eine Erkundung - - Oder: Bei dem möglicherweise geeigneten Endlager Gorleben haben wir eine Erkundung über mehrere Jahre gemacht mit einem finanziellen Aufwand von, ich denke mal, 1,5 Milliarden etwa. Wir haben also große Kenntnisse, und die sollen wir jetzt vergleichen mit einem Standort, wo wir vielleicht dann jetzt gerade - sage ich mal - nur drei, vier Bohrungen gemacht haben, Oberflächenbohrungen, vielleicht eine Tiefbohrung. Das geht nicht. Das ginge nur dann, wenn man dann in die gleiche Tiefe gehen würde wie jetzt bei Gorleben, also sprich: dann also auch auf etwa 900 Meter Teufe, wie die Bergleute sagen,

also Tiefe, und von dort aus dann also weiter erkunden würde.

So, und dann kann man sich natürlich auch fragen: Gut, wenn ich jetzt also den zweiten genommen habe: Ja, ist das denn jetzt wirklich der beste? - Dann kommt sofort die Frage: Ja, von zweien ist er der beste. Aber der beste ist er immer noch nicht. Also muss ich noch irgendwo anders bohren. - Und so kann man das fortsetzen, und dann pflastere ich die ganze Republik zu mit Bohrungen, was natürlich illusionär ist.

Von daher ist es natürlich idiotisch, zu sagen: Wir brauchen den besten Standort. Man kann höchstens alles - - Das ist unsinnig, diese Formulierung. Man muss so formulieren, dass man sagt: Wir brauchen einen Standort, der die Anforderungen erfüllt. Nur so kann es doch sein.

Entschuldigung, das war jetzt - - Also, der Bezug - sage ich mal - jetzt zur Zukunft oder zur Gegenwart ist also dann möglicherweise - sage ich einmal - von Ihnen zu ziehen. Ich habe jetzt nur von der Vergangenheit geredet.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Das war super
erhellend!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist gut. Bei der Vergangenheit bleiben wir.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wurde denn in der Vergangenheit - - Sprich: Das, was Sie in dem Vermerk niedergelegt haben, ist das dann auch Hausmeinung geworden, und ist das dann auch von den anderen Ressorts letztlich geteilt worden, also sprich, dass man eben nicht an anderen Standorten die obertägige Erkundung durchführt, oder war das eine Meinung, die jetzt zwar im BMI vertreten wurde, aber die sonst kein anderes Ressort so geteilt hat?

Zeuge Dr. Manfred Blosler: Mir ist keine gegenteilige Meinung bekannt geworden.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Es gab ja dann, als es eben um die Entscheidung ging, untertägig zu erkunden, eine entsprechende Kabinettsvorlage vom 6. Juli 83, und da heißt es - ich zitiere jetzt hier; das ist MAT A 52, Band 11, dort die Blattnummern 72 ff. -:

Aufgrund der Eignungshöflichkeit
des Salzstockes Gorleben ist der-

zeit die Erkundung anderer Salzstöcke nicht erforderlich.

Sollten die untertägigen Erkundungen am Salzstock Gorleben entgegen den bisherigen Erkenntnissen zeigen, daß dieser als Endlager nicht geeignet ist, würde dies nur eine zeitliche Verschiebung zur Folge haben, weil im Bedarfsfall auf der Grundlage von bisher durchgeführten Untersuchungen über eignungshöufige Salzformationen kurzfristig andere Standorte benannt und aufgrund der bei der Erkundung von Gorleben gewonnenen Erfahrungen rasch erkundet werden könnten ...

Wenn ich mir diese Passage jetzt mit entsprechendem zeitlichen Abstand anschau, erscheint mir - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mögen Sie die MAT-Nummer wiederholen?)

- Ja, gerne: Das ist MAT A 52, Band 11, dort die Blätter 72 ff.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke!)

Wie gesagt: Wenn ich mir mit zeitlichem Abstand noch mal diese Aussage in der Kabinettsvorlage anschau, erscheint es mir so, dass man durchaus in der Bundesregierung sich über Alternativen zu Gorleben Gedanken gemacht hat, jedenfalls die Gedanken gemacht hat, was passiert, wenn sich Gorleben am Ende als nicht geeignet erweisen sollte. Ist der Eindruck so richtig, oder war es damals vielleicht doch anders? Hier im Untersuchungsausschuss wird ja oftmals die These vertreten, die Bundesregierung habe damals - - Augen zu und durch! Wir schauen nur auf Gorleben, und links und rechts nehmen wir nichts mehr zur Kenntnis. - Wie war das aus Ihrer Sicht in der damaligen Zeit?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, es war in der Tat so, wie Sie gerade vorgelesen haben, Herr Dr. Paul, dass es also die Fachmeinung war. Ob es jetzt - sage ich mal - Vertreter der Bundesregierung waren, die da vorbehaltlos dem zugestimmt haben, das weiß ich natürlich nicht. Ich habe da keinen Respons, kein Feedback, bekommen. Aber es war in der Tat - so, wie Sie

vorgelegt¹⁸ haben -, denke ich einmal, Common Sense und gemeinschaftliche Auffassung, so vorzugehen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Jetzt haben wir ja hier im Ausschuss schon verschiedene Zeugen gehabt, die auch immer zu diesem Themenkomplex und insbesondere zu diesen 80er-Jahren befragt wurden: Herr Dr. Matting, Herr Dr. Horst Schneider. Da kommt man zum Ergebnis, wenn man sich diese Befragungen noch mal vor Augen führt, dass die Bundesregierung schon bei den wesentlichen Haltepunkten sich Gedanken gemacht hat, was passieren könnte, wenn sich Gorleben als nicht geeignet erwiesen hat. Ist das auch Ihr Eindruck? Also, können Sie das, was Matting/Schneider an der Stelle vorgetragen haben, bestätigen? Wir sehen das eben von der Papierform auch natürlich, weil immer wieder Studien erstellt wurden, nicht zuletzt ja nach der deutschen Wiedervereinigung.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, das ist so. Wir müssen zwei Dinge unterscheiden: Das eine ist immer die Frage der Eignungshöufigkeit Gorlebens und dann die Frage der Entsorgungssicherheit. Die Entsorgungssicherheit war ja im Wesentlichen der Ausgangspunkt. Hätten wir die Abfälle nicht gehabt, hätten wir die nicht entsorgen müssen. Dann hätte es ja die ganze Frage der Endlagerung gar nicht gegeben. Insofern war die Frage der Entsorgungssicherheit natürlich die vorrangige Frage.

Die zweite Frage war natürlich: Wenn, dann muss es auch eine gesicherte Entsorgung sein, das heißt also, den Abfall nicht einfach irgendwo hintun, damit man ihn aus den Augen hat, sondern es muss eine Lösung sein, die fachlich, wissenschaftlich-technisch auch Bestand hat.

Wie gesagt: Einmal muss die Bundesregierung natürlich Rechenschaft ablegen über ihre technisch-wissenschaftliche, fachliche Beurteilung zur Eignungshöufigkeit oder Eignung des Salzstockes Gorleben.

Das Zweite ist natürlich auch, dass hier ein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren für den Fall durchzuführen war, dass der Bund, die Bundesregierung die Eignung feststellt und dann Planunterlagen einreicht.

¹⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „legt“, setze „tragen“, Anlage

Von daher war das natürlich immer klar, dass eben hier zwei Dinge zu betrachten waren: einerseits die Wahrscheinlichkeit, das Risiko, dass Gorleben einen positiven Planfeststellungsbeschluss erhält und, wenn nicht, dass man natürlich dann vorsorglich das in der Hinterhand hatte, einen anderen Standort dann zu benennen, zu erkunden und eventuell dort ein Endlager einzureichen, wenn sich an diesem Standort eine Eignungshöflichkeit ergeben sollte. Insofern gab es in der Bundesregierung durchaus immer diese zwei Aspekte, und die wurden auch lebhaft immer diskutiert. Von daher ist es nicht so, als ob man einfach gesagt hätte - Sie sagten das eben, Herr Dr. Paul -: Augen zu und durch! - So war das nicht.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich habe keine Fragen. - Kollege Pols wird jetzt weiterfragen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Herr Dr. Bloser, ich mache da mal weiter, wo Herr Kollege Dr. Paul eben aufgehört hat. - Es wurden ja Studien von der damaligen Bundesregierung in Auftrag gegeben. Die sind von Ihnen ja schon kurz angerissen worden. Sind Ihnen diese Studien bekannt, oder können Sie da noch mal was zu sagen, einmal zu Salzstöcken in Niedersachsen, dann zu Salzstöcken außerhalb Niedersachsens und dann aber auch in anderen Wirtsgesteinen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Die einzelnen Standorte, sagen wir mal, die kann ich jetzt nicht im Einzelnen memorieren. Darum geht es auch gar nicht. Ich glaube, Ihre Frage zielt eher auf die Eignung anderer Gesteine dann noch ab.

Es ist so - ich glaube, das klang eben schon mal an -, dass wir der Meinung waren: Grundsätzlich kann jedes Gestein geeignet sein, es kommt auf den konkreten Standort an, sodass es also auch gar kein Widerspruch ist beispielsweise, wenn die skandinavischen Länder Granit nehmen, wir Salz, die Franzosen Ton, glaube ich, und die Amerikaner damals den Tuff bei Yucca Mountain. Ich bin jetzt im Augenblick nicht orientiert, ob die das immer noch verfolgen. Insofern ist das also gar keine Glaubensfrage mehr.

In der Tat, ganz zu Beginn war das natürlich so, dass man sagte: Salz ist ein fantastisches Medium, und hier bei uns in der Bundesrepublik ist es möglicherweise die

beste Gesteinsformation. - Aber dann haben wir also festgestellt zumindest - und ich glaube, die Fachleute würden das alle Ihnen sagen wollen -, dass man eben diese Aussage so verkürzt - „Salz ist das Beste, Granit ist ungeeignet“ oder „Granit ist das Beste“ oder „Ton ist das Beste“ - so nicht treffen kann, sondern es kommt darauf an, wirklich den konkreten Standort zu untersuchen. Das begründet ja auch, dass man sehr große Aufwendungen betreibt, beispielsweise im Falle Gorleben dort die Erkundungen vorangetrieben zu haben und, je nachdem, wie die weitere politische Entwicklung sein wird, die dann auch weiter verfolgt.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Gut. - Die Studien, die ich meinte, sind ja vom April 1982.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, es ist so: Wir hatten ja dann natürlich auch sehr starken Kontakt mit den anderen Ländern. Ich habe sie ja eben genannt. Dann stellt sich ja rein schon denkmethodisch die Frage: Wie sieht es denn bei uns aus? Kann man das nicht möglicherweise auch als alternative Gesteinsformation mit in die Erwägung ziehen? Von daher war es, sage ich mal, die weitere Entwicklung eigentlich des Kenntnisstandes, dass man zunächst Salz präferierte, möglicherweise auch für alternative Standorte, dann aber das natürlich dann erstreckte auf andere Gesteinsformationen, eben für den Fall, dass Gorleben sich als nicht geeignet erweisen sollte.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Aber eben hat sich die - - Darauf will ich hinaus: Die Bundesregierung hat sich damit beschäftigt. Ich sage einmal: Wir haben einen Plan B. Wenn Gorleben jetzt nicht geeignet sein sollte, -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Richtig, ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): - dann haben wir Studien ja in Auftrag gegeben. So könnten wir also dann auch sagen. Wir erkunden jetzt da und dort, meinestwegen nicht unbedingt in Salz, sondern auch in Ton- oder auch in Granitformationen. - Den Schritt hat man also auch gemacht, um alternativ auch andere Standorte zu haben bzw. andere Wirtsgesteine auch zu haben.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich hoffe, dass ich jetzt nicht die Jahre so ein bisschen durcheinanderbringe. Aber Sie werden sich daran erinnern, dass auch mal die Wüste Gobi im Gespräch war und sonstige Sachen, also die Entsorgung im Ausland. Also, all diese Dinge, die dann mal in der Diskussion sind, die erwägt man natürlich da und diskutiert man dann und kommt dann irgendwie zu einer Entscheidung bzw. zu einer Bewertung.

Eckhard Pols (CDU/CSU): In den Akten haben wir auch eine Pressemitteilung des Bundesumweltministeriums vom 28. September 1995 gefunden mit der Überschrift: „Bundesumweltministerin Merkel stellt Studie zu Ersatzstandorten für nukleare Endlager vor“. Das ist MAT E 9, Band 54, Blatt 051 bis 053. Ich will da mal kurz - - Ich zitiere da mal aus der Pressemitteilung:

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Meinen Sie
möglicherweise die vom
28. August?)

- Moment! - Entschuldigung, 28. August, ja; kleiner Tippfehler.

Die Untersuchungen wurden durch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) im Auftrag der Bundesministerien für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie ... und für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ... durchgeführt. ... Die erste Studie behandelt die Untersuchung und Bewertung von Salzformationen. Die zweite Studie untersucht und bewertet die Regionen in nicht-salinaren Gesteinsformationen.

Dann gibt es ein Zitat von der Bundesministerin:

„Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe hat unter ausschließlich geowissenschaftlichen Gesichtspunkten vorsorglich untersuchungswürdige Standorte und Regionen für den Fall genannt, daß sich Gorleben wider Erwarten als ungeeignet für ein Endlager erweisen sollte. ...“

Sind Ihnen diese BGR-Studien denn bekannt?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, ich habe das - -

Eckhard Pols (CDU/CSU): Also inhaltlich auch bekannt?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Aber selbstverständlich.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Aber ich kann jetzt - sage ich mal - nicht die einzelnen Standorte benennen. Das kann ich jetzt nicht. Aber ich habe ja selbst damals gesagt - - also mit Herrn Lummerzheim, meinem Kollegen, ja dies in Auftrag gegeben. Ich habe auch sogar diese Pressekonferenz mit vorbereitet. Ich habe, denke ich, auch an der Presseerklärung mitgewirkt.

Bloß war da - sage ich mal - gewissermaßen ein Satz dann möglicherweise drin, der da gesagt worden war, der also nicht von mir stammte. Wer ihn reingefummelt hat - ich darf das mal so respektlos sagen -, weiß ich nicht. Aber er hat natürlich dann eben insofern für Aufregung gesorgt, alldieweil da natürlich dann auch Leute bei der BGR angerufen haben und dann gesagt haben: „Was, hier? Da haben wir die Aussage vom BMI¹⁹, Gorleben sei der beste Standort“, und die BGR natürlich sagte: Nein, das haben wir nie gesagt.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit ist das Fragerecht zunächst erschöpft und geht jetzt weiter an die SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Vogt.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Herr Dr. Bloser, ich wollte noch mal auf das Thema Standortsuche und die Frage der Alternativen zurückkommen. Sie haben eben selber gesagt, es kommt ja darauf an, nicht auf das Gestein grundsätzlich, sondern auf die konkreten Verhältnisse am Standort, ob die für die Beurteilung der Sicherheit - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Die sind letztlich maßgeblich. Entschuldigung, wenn - -

Ute Vogt (SPD): Ja, klar, die sind maßgeblich. - Jetzt gibt uns ja § 1 des Atom-

¹⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „I“, setze „U“, Anlage

gesetzes vor, dass die Schutzziele sehr hoch gelegt werden, nämlich Leib und Leben, Gesundheit. Das heißt, das ist ein hoher Maßstab. International beobachten wir ja - das war auch damals schon -, dass vielfach ein alternatives Suchverfahren auch gewählt worden ist, um den sogenannten bestmöglichen Standort zu finden.

Jetzt finde ich in einem Referatsschreiben von Ihnen 1992 - MAT A 126/1, Band 8 -, wo Sie unter anderem schreiben:

Im übrigen kommt es überhaupt nicht auf den „optimalen“ Standort an, sondern darauf, daß die gesetzten Schutzziele erfüllt werden. Nach dem jetzigen Kenntnisstand wird dies bei Gorleben der Fall sein.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU):
Können Sie bitte die MAT-Nummer nennen?)

- MAT A 126/1, Band 8, habe ich gesagt.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU):
Blatt?)

- Paginierung 265165 bis 265178.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU):
Vielen Dank!)

- Bitte sehr.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, das kann ich - -

Ute Vogt (SPD): Nach meinem Verständnis ist es doch so: Wenn man vergleichende Untersuchungen anstellt, hat man doch eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass man das Bestgeeignete unter mehreren rausfindet, so wie zum Beispiel in der Schweiz die Suche derzeit stattfindet.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich habe ja versucht, das gerade erkenntnistheoretisch zu erläutern. Selbst wenn Sie einen zweiten Standort haben, der besser ist als der erste, dann haben Sie noch lange nicht den besten. Dann haben Sie bloß einen besseren als den ersten.

Ute Vogt (SPD): Ja. Aber ist es nicht meine Verpflichtung - jetzt sage ich mal -, dass ich den bestmöglichen wenigstens versuche zu finden, und kann ich das überhaupt, wenn ich nur einen angucke?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Sie haben recht. Aber selbst wenn Sie - sage ich mal - n plus eins untersucht haben, dann könnte Standort „n plus zwei“ immer noch besser sein. Das heißt, Sie kommen aus diesem Dilemma nicht raus, dass Sie irgendwas anderes sagen müssen als den besten. Ich habe Ihnen ja eben eine Alternative genannt. Sie müssen einen Standort haben, der die Anforderungen erfüllt. Das ist der Punkt.

Ute Vogt (SPD): Die Anforderungen - haben Sie vorhin gesagt - wurden 83 formuliert.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja. Sie wurden 83 formuliert in den Sicherheitskriterien, und zwar ist die letzte Anforderung eigentlich die, dass die Langzeitsicherheit gewährleistet sein muss. Der Wert der Langzeitsicherheit ist ja dort auch noch damals in einem Wert in Millirem genannt worden.

Ute Vogt (SPD): Jetzt gab es zum Beispiel auch die Anforderung des Deckgebirges, die dann später wieder verändert worden ist. Entspricht es Sicherheitsanforderungen, wenn ich einmal erst die Anforderung stelle - Deckgebirge war eine; da sind wir uns, glaube ich, einig - und die dann später als nicht mehr so relevant nutze? Können Sie mir den Verdacht entkräften, dass man da einfach auch die Anforderungen angepasst hat an das, was man findet?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich versuche, das mal zu erläutern. Es klingt in der Tat - sage ich mal - verdächtig, -

Ute Vogt (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: - wenn ich erst mal diese Anforderung habe und dann werfe ich sie über Bord. Da muss ich mich aber darauf besinnen: Worauf kommt es denn eigentlich an bei der Tiefenendlagerung? Sie haben durchaus recht, dass das Deckgebirge wichtig ist bei der oberflächennahen Endlagerung. Die Franzosen und die Engländer haben ja beispielsweise in La Hague und Sellafield und in der Kante eine oberflächennahe Endlagerung gemacht, praktisch in Gräben gemacht, die etwas tiefer waren. Da ist natürlich dann entscheidend, dass da das Deckgebirge in Ordnung ist und keine Verhältnisse sind, die möglicherweise

dann fließendes Wasser in Kontakt bringen mit den radioaktiven Dingen.

So. Bei der Tiefenendlagerung, aber jetzt in Salz, da sind wir ja nicht mehr im Deckgebirge, was dann also einige zig Meter nur ist - sagen wir mal 100 Meter oder 150 oder 200 -, sondern da sind wir ja praktisch auf 900 Metern und weiter, noch tiefer. Das heißt, dort von der Strecke aus geht man ja noch mal tiefer rein - was weiß ich, wie viel Meter -, um dort beispielsweise Glaskokillen oder sonstige Dinge reinzubringen. Das heißt, die eigentliche Schutzbarriere ist das Salz, bei Salz jetzt. Bei anderen Gesteinen wären es eben Granit, Ton oder sonst was. Das heißt, das Deckgebirge hat eine nachgeordnete Bedeutung, also fast keine.

Man ist ja diesen Dingen auch insoweit nachgegangen, dass man gesagt hat: Dadurch, dass der Salzstock weiter aufsteigt, ist die sogenannte Subrosionsrate so, dass kein Wasser nach unten an diese Endlagergebirge kommen kann. Das heißt, der Salzstock - -²⁰ Das Salz wird nachgeliefert. Das Wasser hat gar keine Chance, da weiter nach unten zu kommen. Das macht einen Unterschied zu Salzbergwerken, die durchörtert worden sind, wo also beispielsweise Salz bis ans Deckgebirge abgebaut worden ist. Aber das wissen Sie ja alles.

Ute Vogt (SPD): Ja. - Herr Professor Duphorn hat ja da eine etwas andere Auffassung als Sie in Bezug auf die Notwendigkeit des Deckgebirges auch geäußert. Sie haben vorhin gesagt - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Darf ich da vielleicht einhaken?

Ute Vogt (SPD): Ich frage Sie danach - dann können Sie es gleich verbinden -, weil Sie vorhin gesagt haben: Wir mussten oft ausbaden, was von Duphorn oder anderen Kritikern gesagt wurde. Das haben Sie bei der Vernehmung der Frau Vorsitzenden so noch mal gesagt. Das würde ich dann gerne erläutert haben. Hat das was mit solchen kritischen Äußerungen zu tun, die er zum Beispiel in Bezug auf das Deckgebirge gemacht hat?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein, ich habe mich geärgert, wenn eine parlamentari-

sche Anfrage zu einem Ergebnis von Duphorn kam, dass die vom BMFT ans BMI damals noch geleitet wurde.

Ute Vogt (SPD): Das habe ich jetzt nicht verstanden.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Es war eine parlamentarische Anfrage von Ihren früheren Kolleginnen oder Kollegen. Da stellt sich mal die Frage: Welches Ressort beantwortet die denn?

Ute Vogt (SPD): Ach so, Sie mussten die dann beantworten, oder durften.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also das BMI damals, und das landete dann, weil ich zuständig war, auf meinem Schreibtisch.

Ute Vogt (SPD): Und warum hat Sie es geärgert?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Weil da die Federführung doch beim BMFT lag, und der BMFT hat oder - sage ich mal - die Beamten dort haben die gleichen Bestimmungen zu erfüllen wie ich auch.

Ute Vogt (SPD): Wie hat man sich denn inhaltlich damit auseinandergesetzt, dass es ja nun nicht nur einen Professor gab, sondern durchaus mehrere, die frühzeitig schon Zweifel an der Eignung von Gorleben geäußert haben?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Wir müssen jetzt, denke ich einmal, sehr stark unterscheiden zwischen den einzelnen Dingen, die da bemängelt worden sind. Sie haben ganz pauschal jetzt was gesagt: Wie ist denn umgegangen worden mit den anderen Wissenschaftlern, die was bemängelt haben? - Jetzt antworte ich mal ganz pauschal: Jeder Wissenschaftler, der beim BMI seine Bedenken geäußert hat, hat auch einen Bescheid bekommen.

Ute Vogt (SPD): Einen Bescheid, oder wurden - - Ich stelle mir ja vor, wenn man so was Kritisches bearbeitet wie ein Endlager für atomare Abfälle, dass man dann auch nicht nur die Dinge beantwortet, die kritisch kommen, sondern dass man auch mal doch eigentlich die Verpflichtung fühlt, dem nachzugehen.

²⁰ Ergänzung des Zeugen: streiche „-“, setze „steigt auf.“, Anlage

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, ist man doch. Man geht dem nach und antwortet dann.

Ute Vogt (SPD): Okay.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Und vielleicht darf ich auch mal darauf hinweisen, dass es ja noch gar nicht um ein Endlager ging. Es waren ja noch gar keine radioaktiven Stoffe drin. Es bestand doch gar keine objektive Gefahr, nur für die Bergleute, aber nicht aus Gründen der Radioaktivität, sondern nur aus bergrechtlichen Gründen.

Ute Vogt (SPD): Ja, gut. Aber es ging ja darum, zu untersuchen - - Aber ich will noch mal einen anderen Punkt ansprechen, weil es vorhin so lange um das Protokoll bzw. die Mitschrift von Herrn Illi ging. Sie waren ja damals ganz neu bei der Sitzung 83 dabei und haben gesagt, das ist tatsächlich eine Gedächtnisstütze, die sich Herr Illi notiert hat.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: So ist meine Wahrnehmung, ja.

Ute Vogt (SPD): War es üblich, dass es von solchen Treffen keine Protokolle gab?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Das kann ich nicht beantworten. Ich weiß nicht, ob Herr Illi immer ein Protokoll gemacht hat oder auch nicht. Das müssen Sie Herrn Illi fragen. Wir hatten jedenfalls - -

Ute Vogt (SPD): Ja, aber jetzt sagen wir mal, aus Ihrer beruflichen Erfahrung - Sie waren ja sicher häufiger auf solchen Treffen, die zwischen verschiedenen Ministerien und zwischen verschiedenen Behörden stattgefunden haben -: War es so, dass man das in der Regel protokolliert hat oder in der Regel eher nicht?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, ich würde sagen, Sie würden kaum, glaube ich, ein Protokoll von mir finden, was ich angefertigt habe von Besprechungen mit BfS.

Ute Vogt (SPD): Nicht Sie.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Bitte?

Ute Vogt (SPD): Wenn Sie mit dem BfS eine Besprechung hatten, eine größere, in

größerem Rahmen, wurden gar keine Protokolle oder Vermerke gefertigt?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Gar keine, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kann nur von meiner Person ausgehen. Ich glaube nicht, dass Sie ein Protokoll von mir gefunden haben.

Ute Vogt (SPD): Nein, nicht von Ihnen. Aber mir geht es ja generell drum. Es wundert mich - ich sage Ihnen den Zusammenhang -, es wundert uns, dass wir für dieses Treffen, das ja durchaus hochkarätig besetzt war und vielseitig besetzt war, weder eine Einladung gefunden haben noch wissen, wer eigentlich das Treffen organisiert hat. Sie haben jetzt gesagt: wahrscheinlich BMFT. Wir haben keine offizielle Tagesordnung dieses Treffens und schon gar kein Protokoll, keinen Aktenvermerk. Ich kenne das eigentlich aus meiner Praxis, dass man durchaus, wenn man zumindest umfangreichere Gespräche führt, die auch für wichtige Themen relevant sind, dann nicht nur eine handschriftliche Mitschrift macht, sondern einen offiziellen Vermerk zu den Akten nimmt, so wie man auch Telefonvermerke und sonst was macht. Da würde mich einfach nur die übliche Praxis interessieren. Wenn es das nie gab im BMU, dann wundert es mich zwar, aber das passt ins Bild.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, das könnte Sie auch wundern. Aber so allgemein kann man die Frage auch nicht beantworten. Es gab sicherlich Gelegenheiten, wo man Vermerke gemacht hat. Wenn das wichtig war, hat man das gemacht, wenn das also dem Minister, dem Staatssekretär, den Vorgesetzten - oder wem auch immer - dann gesagt werden musste. Oder man hat selbst was gemacht, wenn man meinte, man müsste das mal festhalten, so nach dem Wahlspruch: „Quod non est in actis, non est in mundo.“ Das für die Juristen.

Die Wahrnehmung von uns war ja natürlich ganz anders von dem Gespräch, von dem Herr Illi erzählte. Ich habe das gar nicht wahrgenommen, dass das für ihn - sage ich mal - eine der schrecklichsten Sitzungen gewesen sein soll oder war, wie er sagt, sondern das war anders; ich habe das anders wahrgenommen als er. Für mich war letztlich entscheidend der endgültige Zwischenbericht von 1983. Aber ich meine - -

Ute Vogt (SPD): Ja, gut. Der hat sich aber auch verändert infolge dieses Gesprächs. Ich will Ihnen noch mal vorhalten aus dem Vernehmungsprotokoll von Herrn Röthemeyer von der 10. Sitzung am 1. Juli 2010. Da sagt der Herr Röthemeyer ausdrücklich:

Aber ich persönlich und auch Herr Illi und die anderen Mitarbeiter meiner Abteilung haben diese Worte als Weisung verstanden - das möchte ich noch mal betonen - und nicht als Bitte, weil es ein sehr hartes Gespräch war, und dies war ein Schlusswort, das ich als Weisung verstanden habe.

Später sagt er noch mal:

Ich selbst habe dieses Gespräch, wie es auch meines Erachtens korrekt von Herrn Illi wiedergegeben worden ist, als Weisung verstanden, also den Gorleben-Bericht nicht mit der Frage nach alternativen Standorten zu belasten. Das habe ich so verstanden.

Es wurde ja der Bericht danach auch so geändert. Insofern ist die Wahrnehmung von Herrn Illi jedenfalls auch noch mal belegt durch die Vernehmung von Herrn Professor Röthemeyer.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich kann zu der Wahrnehmung von Herrn Illi und von Herrn Röthemeyer nichts sagen. Die Wahrnehmung ist was anderes, als die Tatsachen sind. Da sind wir uns ja, glaube ich, einig. Wir wollen ja den Tatsachen näherkommen.

Ute Vogt (SPD): Tatsache ist in der Tat - da brauchen wir uns nicht drüber zu streiten -: Der Bericht wurde danach verändert. Insoweit steht es fest. Ob das dann beamtenrechtlich eine Weisung war oder nicht, das ist, glaube ich, nicht relevant für die Tatsache, dass es am Ende dazu führte, dass der Bericht anders aus der Sitzung rauskam, als er vorher reinging.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, das ist richtig. Aber ich glaube, das muss man auch richtig interpretieren.

Ute Vogt (SPD): Ja, gut. Das machen wir dann in unserem Ausschuss.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Lassen Sie ihn doch die Frage
beantworten!)

- Ich habe ihn nicht nach der Interpretation gefragt.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Er
möchte doch noch was sagen!)

- Aber als Zeuge muss er nicht interpretieren. Sonst kommt er vielleicht in die Bredouille.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das Fragerecht ist jetzt bei der SPD-Fraktion. Die CDU/CSU-Fraktion fragt dann noch mal nach.

Ute Vogt (SPD): Ich möchte noch einen anderen Themenbereich mit Ihnen ansprechen. Das ist der Themenbereich der Salzrechte. Wir haben, was die Salzrechte angeht, ja im Jahre 1991 sehr eindeutige Hinweise, auch von Herrn Thomauske sogar, der noch im Jahre 91 darauf hinweist, dass auf jeden Fall die Erkundung des gesamten Salzstocks zwingend sei. Und 1996/97 ist man von dieser Festlegung wieder abgewichen, Herr Thomauske insbesondere, aber andere nicht. Mir geht es darum: Sie haben das mit der Menge vorhin erläutert.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Unter anderem, ja.

Ute Vogt (SPD): Unter anderem. Aber mir geht es jetzt nicht um die Frage der Menge, sondern um die Frage der Geeignetheit und der Sicherheit des Salzstockes; denn es gab ja auch dezidiert geäußerte Auffassungen, dass es zur Erkundung des Salzstockes - nicht nur zur Nutzung wegen der Menge, sondern vor allem auch zur Erkundung der Salzstockssicherheit - unabdingbar sei, beide Teile des Salzstocks zu untersuchen. Da hätte ich gern noch mal eine Präzisierung, weil Sie vorhin vor allem nur von dem Mengenbedarf gesprochen haben. Aber mir geht es noch mal um Ihre Aussage in Bezug auf die Sicherheit.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Es ist so, dass man in der Tat Erkenntnisse haben muss über Bereiche, die man nicht durchörtert oder nicht durchhörern kann, weil man die Rechte nicht hat. Das heißt aber nicht,

dass man damit keine Erkenntnisse mehr gewinnen kann, sondern im Laufe der Jahre hat die Geophysik durchaus weitergehende Methoden entwickelt, die es erlauben, auch in einen Salzstock hereinzuschallen, um dort durch das reflektierte Signal und dessen Bewertung Erkenntnisse zu gewinnen. Man kann da beispielsweise feststellen, ob da Brüche sind, ob da andere Schichten sind, ob da Wasser dahinter ist oder sonst was.

Diese Methoden wurden im Laufe der Jahre verbessert - wahrscheinlich sind sie jetzt noch weiter optimiert worden -, sodass es nicht in jedem Fall immer notwendig war, zu bohren oder Strecken aufzufahren. Von daher war es durchaus möglich, durch diese Ergebnisse, die dann gewonnen werden konnten, dann auch Aussagen zu machen über die Eignung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank.

(Ute Vogt (SPD): Ich darf leider nicht mehr nachfragen!)

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Bitte?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Da gibt es sicherlich noch mal eine Nachfrage, aber das Fragerecht geht jetzt zunächst wieder an die FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege Buschmann.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Bloser, hier drüben sind wir. Schönen guten Abend! Wir hatten vorhin den Eindruck, dass Sie der Ansicht waren, dass für die sozusagen Bewertung dieser Vorgänge um die - in Anführungsstrichen - Weisung - ob es jetzt eine war oder nicht, lassen wir jetzt mal offenstehen - und das, was da passierte, noch mehr Informationen von Bedeutung waren. Würden Sie uns das bitte noch mal näher erläutern, was Sie vorhin uns mitteilen wollten, aber nicht auf das Interesse der Kollegin Vogt gestoßen ist?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, ich muss jetzt sagen, ich habe das gar nicht mehr in Erinnerung, was Ihre Kollegin -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Einmal bitte das Mikro wieder anmachen.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Das ist gar nicht gut. Können Sie mir denn ein Stichwort mal eben sagen, dann habe ich es, denke ich, wieder auf der Platte.

Marco Buschmann (FDP): Die Kollegin Vogt hat ja im Kontext dieser Frage „unangenehme Gesprächssituation“, Frage: Wurde eine Weisung ausgesprochen, um dann den Berichtsentwurf zu ändern - - Das ist ja durchaus eine Frage, mit der wir uns hier beschäftigen. Und da hatten wir gerade den Eindruck, dass Sie da noch Aspekte erläutern wollten, die aber nicht ganz im Fokus dessen waren, wonach Frau Kollegin Vogt gefragt hat. Das würde mich jetzt aber interessieren.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, vielen Dank noch mal. Ich habe es jetzt, glaube ich, wieder parat. - Die Frage oder die Aussage von Frau Vogt war ja, dass der Bericht geändert worden sei nach dem Gespräch. Das stimmt auch. Aber er ist nicht so geändert worden, wie häufig unterstellt wird. Es wurde nicht eine Eignungsaussage oder eine Eignungshöflichkeitssage, die Gorleben betrifft, geändert, sondern es wurde die PTB damals gebeten, die Erwägungen, die sie gemacht hatte zu alternativen Standorten, nicht zu verknüpfen mit den Erkundungsergebnissen zu Gorleben, weil das zwei verschiedene Dinge waren; habe ich ja eben versucht zu erläutern. Es gab auch insoweit eine etwas falsche Akzentuierung, auch aus meiner Sicht, was die Langzeitsicherheit betraf. Es ist so gewesen, dass man eine konkrete Aussage zur Langzeitsicherheit ja noch gar nicht machen konnte, weil man ja gar nicht wusste, wie das unten aussieht.

Das BMFT, muss ich sagen, hatte damals ein Projekt „Studien Entsorgung“. Da wurden mathematische Methoden entwickelt, wie man denn bei einer Langzeitsicherheitsanalyse die Ergebnisse, die man dann hat, in einer solchen Analyse verwerten kann und dann zu einem Ergebnis kommt; denn diese Langzeitsicherheitsanalyse hat natürlich sehr viele komplexe Dinge. Da muss betrachtet werden: Wie sehen - - Man muss erst mal unterstellen, dass natürlich Wasser rankommt. Das ist ja schon mal eine erste Unterstellung. Die hat man aber da gemacht, weil man natürlich das Instrumentarium entwickeln wollte.

So, dann hat man also erst mal unterstellt, dass da Wasser da ist, und dann hat

man versucht, dann eben die Fließrichtungen des Wassers zu modellieren zu den radioaktiven Abfällen und von dort wieder dann in die Oberfläche. Denn letztlich sollte ja dann auch oben was rauskommen; denn sonst hätte man ja gar nicht, sage ich mal, das Instrumentarium testen können, ob es was bringt. Also hat man bei diesen Entwicklungen Parameter verändert, man hat dauernd so Dinge gemacht, die dann auch die Chemie und die Physik besser repräsentierten, weil da sehr viele komplexe chemische und physikalische Vorgänge passieren, wenn eben dieses Wasser mit den radioaktiven Abfällen in Verbindung kommt und das chemische Milieu ja total unterschiedlich ist. Wenn Sie sich vorstellen: Da muss zunächst mal ja das Salz aufgelaut werden oder aufgelöst werden - das ist ja nicht nur reines Natriumchlorid, wie wir es als Kochsalz kennen, sondern da ist Magnesium drin, alles Mögliche drin, also, das kann man in Chemiebüchern nachlesen -, und dann passieren natürlich Wechselwirkungen, je nachdem, wie die chemischen Potenziale sind bei den einzelnen Stoffen. Also, das ist eine sehr hochkomplexe Angelegenheit, die dort entwickelt werden sollte im Projekt „Studien Entsorgung“.

Und man war dann der Meinung: Wir sind bereit, wenn wir jetzt einfach mal unterstellen, da ist Wasser zugetreten, dass wir dann auch zu einem Ergebnis kommen können, was sich eher in Millirem äußert. - Das hat man dann gemacht, und diesen Aspekt hatte das BfS, in guter Absicht möglicherweise, etwas überbetont, weil natürlich die Sicherheitskriterien für die Endlagerung, von der wir eben sprachen, immer darauf abzielten, nachher bei der Langzeitsicherheitsanalyse dann ein entsprechendes Ergebnis zu haben, was unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte war. So, und das hatte man eben versucht. Aber vor dem Hintergrund, dass das Ganze alles mehr oder weniger doch eine hypothetische Rechnung war, hatte man das zu stark eigentlich in den Vordergrund gestellt, sodass der BMFT - der war damals federführend im Wesentlichen, wie ich ausgeführt habe - dann gesagt hat: Nein, also stellt das mal nicht so in den Vordergrund. - Das waren die Dinge, die dann zu einer Änderung des Berichts geführt haben. Es hat aber keine Änderung, das möchte ich jetzt noch mal betonen, dahin gehend gegeben, dass irgendeiner Einfluss genommen hat auf die technisch-wissen-

schaftlichen Aussagen des BfS, da etwas zu schönen oder etwas zu verbergen.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank. - Ich würde dann das Wort an Kollegin Brunkhorst abgeben.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Dr. Bloser, ich möchte trotz alledem auch noch mal auf diesen Part dieser angeblichen Weisung kommen. Also, ich habe in den Unterlagen Hinweise gefunden, dass überhaupt gar keine Weisung nötig war, weil Herr Professor Röthemeyer schon im Rahmen dieser Besprechung am 11. Mai 83 von sich aus angeboten hatte, diese Frage der Erkundung weiterer Standorte herauszunehmen, bevor Herr Dr. Matting eben gesagt hat: BMI will nicht, dass andere Standortvorschläge in den Bericht eingehen. Und ich zitiere noch mal aus einer Aussage, die wir von Herrn Professor Röthemeyer bekommen haben in der 10. Sitzung am 1. Juli. Das ist ein Zitat. Ich zitiere - ist im Protokoll Seite 7 als Fundstelle -:

„Die Frage der anderen Standorte kann herausgenommen werden, wenn die Ressorts es wünschen.“

Mir war hierbei klar geworden, dass es sich um eine entsorgungspolitische Entscheidung handelt, die eine Fachbehörde hinnehmen muss. Argumentiert wurde nämlich entsorgungspolitisch: Unruhen an anderen Standorten und Ähnliches.

Und etwas weiter im Protokoll, auf Seite 37, sagt er, ihm war klar geworden:

... dass ich in einer entsorgungspolitischen Frage dem weisungsberechtigten Ministerium, nicht nur zweckmäßigkeitssaufsichtlichen, sondern auch fachaufsichtlichen Ministerium, hier nicht widersprechen kann.

Also, wie bewerten Sie das denn? Ich frage Sie noch mal auch als ehemaliger hoher Mitarbeiter, Beamter der PTB: Dieser Vorwurf der Weisungsabhängigkeit, inwieweit hat das denn überhaupt Einfluss nehmen können auf Ihre wissenschaftliche Arbeit?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Diese Weisung²¹ als solche hat keinen Einfluss gehabt

²¹ Richtigstellung des Zeugen: setze in Anführungszeichen: „Weisung“, Anlage

auf die wissenschaftliche Arbeit des BfS oder der PTB im Hinblick auf Gorleben. Denn es war ja Aufgabe des BfS, der PTB, Aussagen zu treffen aufgrund der Ergebnisse der geowissenschaftlichen, geophysikalischen Erkundungen, was Gorleben betraf. Und Herr Röthemeyer hat ja - Sie haben es ja vorgelesen - doch eindeutig auch gesagt: Diese Aussage war rein entsorgungspolitisch bedingt. - Und das habe ich eben ja versucht darzulegen, dass man, wenn man von Sicherheit redet, den Begriff der Sicherheit immer in einem unterschiedlichen Begriffsumfeld verwendet: Sicherheit der Entsorgung auf der einen Seite, also sprich: eine Lösung zu haben für das Verbringen der Abfälle, und auf der anderen Seite Sicherheit gegen ein nukleares Risiko.

Darf ich vielleicht noch Folgendes sagen mit der Weisung²²? Ich habe das, glaube ich, eben vielleicht zu kurz gesagt. Herr Röthemeyer ist mir ja bekannt als lieber Kollege. Wir waren gemeinsam, sage ich ja mal, dort in einer Abteilung und fast Zimmer an Zimmer, und wir haben häufig, wenn es darum ging, eine Stellungnahme auch an die Länder zu geben im Zusammenhang mit Kernkraftwerken, von Weisung geredet. Das waren aber nie Weisungen in dem Sinne, wie man eine Weisung zu verstehen hat, sondern das waren Stellungnahmen. Wir haben einfach, wie gesagt, das immer salopp als Weisungen bezeichnet.

Zudem hätte Herr Röthemeyer ja auch die Gelegenheit gehabt, wenn es ihm ein ernstes Anliegen gewesen wäre, oder auch Herr²³ Illi, zu remonstrieren, also einfach zu sagen: Hier kommen Ministeriale und wollen hier irgendwas manipulieren oder unsere Fachmeinung total konterkarieren. - Das war ja alles nicht der Fall. Und auch in den nachfolgenden Papieren, die das BfS erstellt hat, wird nie gesagt, dass die Erkundung alternativer Standorte notwendig sei aus Sicherheitserwägungen, weil die der Meinung wären, Gorleben wäre nie ein sicheres Endlager.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank.

²² Richtigstellung des Zeugen: setze in Anführungszeichen: „Weisung“, Anlage

²³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Herr“, setze „Herrn“, Anlage

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt zunächst an die Linken. Frau Kollegin Voß.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön, Frau Flachsbarth. - Herr Dr. Bloser, Sie sind Naturwissenschaftler. Würden Sie mir verraten, in welchem Fach Sie promoviert haben?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Promoviert?

Johanna Voß (DIE LINKE): Nein, also Ihren Doktor gemacht haben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte mit Mikro.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Doktor der Physik, Dr. rer. nat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, bitte mit Mikrofon.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ach so, Entschuldigung. Dr. rer. nat., und zwar eher ein neutronenphysikalisches, kernphysikalisches Untersuchungsprogramm.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das ist spannend, ja.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Na ja, ich kann Ihnen sagen, also die *Messung des (n , $2n$)-Wirkungsquerschnitts in einem Energiebereich von etwa 2, MeV*. Der Titel stimmt nicht mehr ganz, aber so in etwa.

Johanna Voß (DIE LINKE): Okay. Also das heißt, geologisch oder biologisch, das waren nicht Ihre Sachen, sondern Kernenergie?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also biologisch ist - ²⁴ Oder was sagten Sie?

Johanna Voß (DIE LINKE): Also, nicht Biologie oder Physik, sondern Atomthemen waren Ihre - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein, ich habe ja Physik studiert. Ich habe mich dann danach - -

²⁴ Ergänzung des Zeugen: streiche „-“, setze „nicht mein Ding.“, Anlage

Johanna Voß (DIE LINKE): Physik. In der Physik.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich habe Physik studiert, und daneben habe ich auch Reaktorphysik gemacht und Neutronenphysik. Also, ich weiß jetzt nicht genau, worauf Sie hinauswollen. Wenn Sie darauf hinauswollen, dass ich gar keinen geowissenschaftlichen Sachverstand habe - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Ich wollte nur auf Geologie hinaus, aber das ist nicht Ihr Feld.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, genau. Ja, wenn Sie - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Weil Sie ja sicher genau, also zu geologischen Themen immer wieder, eine Fachmeinung Ihres Hauses vertreten haben und damit nach außen gekommen sind. Ich will Ihnen noch mal sagen, hier also bisschen - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Entschuldigung, darf ich das sagen: Ich meine, die Geologie ist so ein Sammelbegriff. Im Deutschen sagt man Erdwissenschaften. Und die umfassen die Paläontologie, die Geophysik, die Ingenieurgeologie und all die anderen - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Ich weiß. Herr Dr. Bloser, meine Zeit, zu fragen, ist ganz knapp.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Entschuldigung.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das ist jetzt anders, als es da drüben war. Unsere Fragezeit ist ganz kurz, und deshalb würde ich - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Entschuldigung.

Johanna Voß (DIE LINKE): Erlauben Sie mir, dass ich hin und wieder unterbreche, und ich bitte Sie auch, kurz zu antworten, wenn es geht. Also, wir haben diesen 19. Mai 95 schon gehabt, wo es diesen Vermerk gab, der für Frau Ministerin Dr. Merkel verfasst worden ist. Und auf diesem Vermerk, den wir hier haben vom 19. Mai - das ist MAT A 136, Band 8, die Seiten 267143 ff. - stehen Notizen drauf in roter Farbe. Also, vermutlich

sind das die von Staatssekretär Jauck. Ich möchte Ihnen diese mal vorlesen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Da steht:

Auf Frage teilt mir AL RS ...

- das ist der Abteilungsleiter Reaktorsicherheit im BMU, damals und heute wieder Herr Hennenhöfer -

... daß die Entwürfe des Berichtes zugleich zugeleitet wurden an BMWi und BMWF.

Und weiter:

AL RS hofft, daß die Sache den Kreis der Gesprächsteilnehmer nicht verläßt.

2. Da das aber in Bonn nicht auszuschließen ist, habe ich mit Frau Sahler wegen einer Offensivpressestrategie gesprochen. Frau Sahler steht auch im Kontakt zu AL RS.

Zitat Ende. - Herr Dr. Bloser, Frau Gertrud Sahler war damals die Presseverantwortliche von Frau Dr. Merkel.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja. Ihr Name steht auch unter der späteren Pressemitteilung von Frau Merkel, bei der sie sagte, Gorleben bleibe erste Wahl. Was ist unter „Offensivpressestrategie“ hier zu verstehen? Also, ich will Ihnen sagen, was wir unter Offensivpressestrategie verstehen, und dann einen - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Da kennen Sie sich doch aus!)

- Gleich sind Sie dran, ja. - Da Sie wussten, es würden bei der Vorstellung der Studien Fragen nach Gorleben kommen, haben Sie lieber gleich sehr offensiv die Behauptung aufgestellt: „Gorleben bleibt die erste Wahl“, obwohl Gorleben überhaupt nicht untersucht wurde, obwohl den Fachleuten und auch Ihnen, Herr Dr. Bloser, bekannt gewesen sein dürfte, dass Gorleben das in der Studie genannte Positivkriterium „intaktes Deckgebirge“ nicht erfüllt, dafür aber das Negativkriterium „eine eiszeitliche Rinne“ durchaus erfüllt.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Sie wollten eine kurze Antwort. Erstens stammt dieses Feld in Rot nicht von mir.

Johanna Voß (DIE LINKE): Nein, Herr Jauck. Das hatte ich ja gesagt.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Zweitens hat auch der Abteilungsleiter AL RS mit mir keine Rücksprache genommen. Also, Sie dürfen mich jetzt nicht fragen, was die beiden Herren möglicherweise bewogen hat, das draufzuschreiben. Ich kann nur sagen: Von mir stammt es nicht.

Johanna Voß (DIE LINKE): Sie hatten eben was gesagt, nachdem diese Studien fertig waren und bekannt gegeben wurden, dass da in Ihrem Haus jede Menge Telefonanrufe waren, und Sie hatten gesagt, was da los war. Könnten Sie das noch mal näher beschreiben, was da los war?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich kann es nur vermuten. Ich kann nur vermuten, dass diese Offensivstrategie dazu geführt hat - was irgendwann mal, glaube ich, hier gesagt worden ist, Gorleben ist erste Wahl oder beste Wahl, was weiß ich -, dass man bei der BGR angerufen hat und die natürlich dann gesagt haben: Davon wissen wir nichts, das haben wir so nicht gesagt. - Und das ist ja zutreffend.

Johanna Voß (DIE LINKE): Aber können Sie sich erklären, woher dann diese Umgehungsweise gekommen ist, wer diese BGR-Studie dann so weginterpretieren durfte?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ober sticht Unter.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ober sticht Unter.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich weiß nicht. Man hat mit mir nicht darüber gesprochen, man hat mich da ²⁵nicht befragt.

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut, danke. Vielleicht ja die Chefin?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, wie gesagt, ich will nichts vermuten. Ich weiß es

nicht. Nein, also ich sage ja: Mich hat niemand ²⁶gefragt.

Johanna Voß (DIE LINKE): Aber Sie haben doch gewusst - das ist seit Duphorn ja auf und ab diskutiert worden -, ob es ein intaktes Deckgebirge gibt und dass es das nicht gibt und dass es diese Gorlebener Rinne gibt. Also, Ihnen war durchaus bekannt, dass - - Und der Inhalt dieser Studien war Ihnen auch bekannt. Also konnten Sie auch eins und eins zusammenzählen: Anhand der Kriterien dieser Studien müsste man Gorleben aus dem Topf nehmen.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich habe versucht, das zu erläutern. Das Deckgebirge ist ja praktisch nur eine kleine Schicht oberhalb des Salzes, und die eigentliche Barriere - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Kleine Schicht?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Eine kleine.

Johanna Voß (DIE LINKE): Also, es wurde doch ein intaktes Deckgebirge von 200 Metern - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, aber die eigentliche Barriere bei Salz ist ja das Salz.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das ist ja keine richtige Barriere, weil Salz Wasser anzieht.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Oh Mann!)

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein, nein. Das tut mir leid. Nein.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das ist ja weltweit nicht mehr in der Diskussion. Das ist ja nur noch - - Und wir kennen die Asse. Aber - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein, Entschuldigung. Nein, also jetzt muss ich aber einhaken. Die Asse dürfen Sie überhaupt damit nicht vergleichen. Das ist ein ganz

²⁵ Ergänzung des Zeugen: „weiter oben“, Anlage

²⁶ Ergänzung des Zeugen: „abschließend“, Anlage

anderer Fall; habe ich ja gesagt. Wenn das durchörtert worden wäre bis zum Deckgebirge hin, dann hätten wir den Fall wie bei der Asse. Das ist bei Gorleben aber doch gar nicht der Fall. Bei Gorleben haben wir ein unverritztes Gebirge. Das heißt also, die eigentliche Barriere ist das Salz von unten, sage ich mal, 900 Meter und noch tiefer, wo die hochradioaktiven Kokillen eventuell rein sollten oder abgebrannte Brennelemente, und dann also 700 Meter etwa Salz - das ist die eigentliche Barriere -, und dann kommt erst das Deckgebirge. Und jetzt könnte man ja vermuten: Wenn also nach oben Wasser fließt, löst das Salz ja dann weg, und irgendwann ist es mal unten. Aber da ist es so, dass es ein Salzstock ist. Da steigt das Salz auf, das heißt, das, was abgelaugt wird, wird nachgeliefert. Ja, das Gebirge um den eigentlichen Stock herum drückt so, und das Salz ist plastisch, und dann steigt das Salz wieder nach oben. Dadurch haben Sie den Salzstock, sonst hätten Sie nur flach gelagertes Salz.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Bitte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das Fragerecht ist jetzt bei Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön, Frau Kollegin Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Abend, Herr Dr. Bloser!

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Guten Abend!

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte gerne mal in die Jahre 1996/1997 gehen, also dieses Spannungsfeld: Salzrechte, die man nicht bekommt, Veränderungen des Erkundungskonzeptes und die sogenannten Konsensgespräche mit den Energieversorgungsunternehmen. Da gab es ja auch Vor- und Nachgespräche zu diesen sogenannten Ministergesprächen, mehrere, aber ich beziehe mich jetzt mal auf eines - Nachgespräch, Nachbereitungsgespräch zum Ministergespräch - vom 17.12.1996. Da haben wir von der GNS inzwischen Protokolle und Vermerke bekommen, und Sie waren bei diesen Gesprächen dabei.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich? Was? Entschuldigung, war das eine Frage?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, es war eine Feststellung, erst mal. Also, nach der Teilnehmerliste waren Sie dabei. - In diesen Gesprächen ging es um die Frage der Veränderung des Erkundungskonzeptes. Und ich will Ihnen jetzt mal aus einem, weil es das kürzeste ist - - Die haben alle einen ähnlichen Inhalt, das gibt es vom VDEW, das gibt es von Preussen-Elektra. Ich nehme mal das von RWE, den Vermerk, weil das der kürzeste ist. Da steht:

Ein Einfrieren der Erkundungsarbeiten bis zur Erlangung aller Salzrechte durch BfS wird vom BMU grundsätzlich abgelehnt. Im Gegensatz zu allen bisher abgegebenen Erklärungen hält BfS nunmehr die Erkundung der weitestgehend bergfreien Nordostflanke des Salzstockes für ausreichend. Begründung: Geringeres Abfallaufkommen als früher erwartet. Aus EVU-Sicht bestehen erhebliche Zweifel, ob das Bergamt die Erkundung der bergfreien Gebiete zulässt, ohne daß das BfS in Besitz der zur Zeit nicht bergfreien Gebiete gelangt. Für eine ausschließliche Erkundung der Nordostflanke könnte ein neuer Rahmenbetriebsplan (jetzt mit UVP!) verlangt werden.

Das geht noch weiter; aber das sind die im Moment spannenden Teile. Erinnern Sie sich an diese Gespräche? Die waren ja sehr relevant für den weiteren Fortgang.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, ich erinnere mich daran, dass das Problem mit - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Noch die MAT-Nummer zwischendurch mal, bitte.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, ich erinnere mich daran, dass diese Gespräche stattgefunden haben. Ich war aber zunächst mal, was die Konsensgespräche - - Die liefen aus meiner Sicht also ganz oben. Da war ich im Wesentlichen nicht, oder da war ich nicht dabei. Es kann sein, dass ich da mal eine Stellungnahme abgegeben habe, was eben Gorleben betraf, aus technisch-fachlicher Sicht, habe aber diese Gespräche natürlich, sage ich ja mal, sehr begrüßt innerlich, weil

natürlich ein Konsens auf allen Ebenen die Facharbeit wesentlich erleichtert hätte; denn ein Teil der Arbeit bestand nämlich natürlich in der Beantwortung von parlamentarischen Anfragen und anderen Dingen, die alle damit verbunden sind. Also, von daher habe ich das begrüßt und hätte mir gewünscht, dass die zu einem guten Ergebnis geführt hätten.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Frage war ja, oder wenn ich mal ein bisschen klarer fragen darf - ich gebe es zu, das war jetzt ein bisschen sehr allgemein -: Da kommt ja eine deutliche Skepsis der Energieversorgungsunternehmen zur Sprache. Ist Ihnen erinnerlich, dass die Energieversorger eine deutliche Skepsis hatten gegenüber dieser neuen Strategie, diesem veränderten Erkundungskonzept: „Wir erkunden jetzt mal erst nur im Nordwesten“?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, das habe ich nicht mehr so in Erinnerung. Ich habe wohl in Erinnerung, dass natürlich die Industrie besorgt war, dass eben weitere Verzögerungen, auch im Zusammenhang mit der Erkundung des Salzstockes, auftreten könnten; denn es war ja mittlerweile so, dass auch die Gerichte gesagt haben: Die friedliche Nutzung der Kernenergie ist nur verantwortlich, wenn es Fortschritte in der Entsorgung gibt. - Und ein Stillstand, beispielsweise jetzt bei Gorleben, hätte ja möglicherweise bei der richterlichen Nachprüfung oder Würdigung dazu führen können: Da sind keine Fortschritte. - Also, von daher hatten die natürlich, die Industrie, Interesse, dass es weitergeht. Der Bund hatte Interesse, weil es eine Bundesaufgabe war, ein Endlager bereitzustellen. Und das ist jetzt, sage ich ja mal, eine Frage, die in das Entschädigungsrecht reingeht, was passiert wäre, wenn ein Gericht entschieden hätte: keine Fortschritte in der Entsorgung, weil keine Endlager. - Der Bund ist verantwortlich. Muss der Bund dann in Regress treten, wenn möglicherweise ein Kernkraftwerk abgeschaltet werden muss? Also, ich spekuliere jetzt einfach mal. Insofern ist das für mich durchaus verständlich.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vermuten wir ähnlich. Ich habe Ihnen bewusst auch dieses Protokoll von RWE vorgelesen, weil - also, wie gesagt, die haben den gleichen Duktus, diese Protokolle - in diesem Protokoll als einziges auch

die Befürchtung kommt, es könnte ein neuer Rahmenbetriebsplan verlangt werden, in Klammern: „jetzt mit UVP!“. Ist Ihnen das in Erinnerung, dass eine Besorgnis davor da war, man könnte durch eine Öffentlichkeitsbeteiligung dann auch noch zeitlich aufgehalten werden?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, das ist mir in diesem Zusammenhang nicht mehr so erinnerlich, weil, sage ich mal, die Lösung der Salzrechtsproblematik nicht primär mein Aufgabenfeld war. Ich habe natürlich jede Maßnahme begrüßt, die dazu führte, dass es nicht zu einem Stillstand kam; aber ich war selbst, sage ich mal, an der Überlegung, wie man das am besten jetzt bewerkstelligt aus bergrechtlicher Sicht, wenig beteiligt. Hätte ich auch kaum was beitragen können, weil ich also kein Fachmann für das Bergrecht bin; das ist einfach so.

Andererseits war die Frage ja immerhin auch die: Bringt es was, wenn wir jetzt eine UVP machen, und brauchen wir aber möglicherweise gar nicht, sage ich ja mal, diese Erkenntnisse hinsichtlich der UVP? - Und auch wegen einer Neufassung des Rahmenbetriebsplans, weil es ja durchaus einen anderen Weg gibt, der sich ja auch so ein bisschen aufdrängte aufgrund der Dinge, die ich Ihnen eben nannte, dass eben durchaus die Menge sich geändert hatte, der Zeitdruck nicht mehr da war, simultan nach Nordosten und nach Südwesten zu gehen, sondern dass man das Ganze natürlich dann auch ruhig konsekutiv angehen konnte.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber, entschuldigen Sie, was hat das jetzt mit der Frage, ob man für ein neues Konzept einen neuen Rahmenbetriebsplan braucht, der natürlich nach dem inzwischen novellierten Bergrecht auch eine UVP gebraucht hätte, zu tun, dass die Abfallmengen sich verringert haben?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Diesen neuen Rahmenbetriebsplan hätte man ja gebraucht, wenn bestimmte Dinge stattgefunden hätten, die nicht stattgefunden haben.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Wir lassen es mal so stehen. - Wissen Sie oder erinnern Sie, wer im BfS zuständig war oder, sagen wir mal, die Veränderung der Strategie vorangetrieben hat im BfS, welche Person das war?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, diese Dinge, die im BfS geschehen sind - ich denke mal, Sie spielen jetzt an auf möglicherweise organisatorische Änderungen -, hat das BfS in eigener exekutiver Verantwortung gemacht. Da habe ich mich zumindest nicht eingemischt. Mir ist aber auch nicht bekannt geworden, dass das BMU sich da eingemischt hat, sondern das waren Dinge, die dann zwischen dem Präsidenten und dem Fachbereich und dem Vizepräsidenten gelaufen sind.

Ich verstehe jetzt im Augenblick nicht, worauf Sie hinauswollen. Das macht mir es schwierig, jetzt die Frage dann zu beantworten, wenn Sie eigentlich was anderes hören wollen. Sie müssen mir das schon sagen oder die Frage präzise stellen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich könnte sie einfach noch mal wiederholen, ohne dass ich was ergänze.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Machen wir in der nächsten Runde!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das machen wir dann in der nächsten Runde, würde ich vorschlagen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber er hat ja die Frage offensichtlich - - Ich würde Sie nur wiederholen, weil er hat sie ja nicht beantwortet. Ich ergänze nichts.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Können wir doch in der nächsten Runde!)

Vielen Dank, ich schätze meine sieben Minuten. Nächste Runde.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das machen wir in der nächsten Runde. Jetzt ist die erste Berliner Runde um. Meine Frage ist an Sie, Herr Dr. Bloser: Wollen wir zehn Minuten Pause machen, oder geht es?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, ich denke, fünf Minuten reichen. Ich würde das nur mit einem Toilettengang verbinden wollen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist doch wunderbar, dann sagen wir doch:

Fünf Minuten reichen. Dann fangen wir um 20 nach wieder an.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Danke schön.

(Unterbrechung von
18.11 bis 18.19 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann eröffne ich unsere unterbrochene Sitzung und leite zugleich über zur zweiten Berliner Runde. Das Fragerecht ist jetzt bei der Union. - Bitte schön.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Dr. Bloser, ich glaube - und deswegen habe ich auch darauf Wert gelegt, dass wir jetzt ans Fragerecht kommen -, dass die Kollegin Kotting-Uhl natürlich ein bisschen außer Betracht lässt, in welcher Situation wir 1996 waren. Da hatten wir eine Bundesregierung, die hat sich an Recht und Gesetz gehalten, und eine Landesregierung, die sich einen ausstiegsorientierten Vollzug auf die Fahne geschrieben hat, wofür Frau Griefahn als Ministerin und die Landesregierung damals ja sogar verurteilt worden sind. Das heißt, man wusste damals, dass man damit leben musste, dass die Landesregierung auch contra legem alles versucht, dieses - sozusagen den Prozess der Erkundung - zu behindern. Also, wenn hier steht: „Aus EVU-Sicht bestehen erhebliche Zweifel, ob das Bergamt die Erkundung der bergfreien Gebiete zulässt“, ist dann die Sorge der EVUs, was eine mögliche Forderung „neuer Rahmenbetriebsplan“ angeht, so zu interpretieren, wie Frau Kotting-Uhl das gesagt hat, weil rechtlich das so ist,

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Interpretiert habe ich gar nicht! Ich habe nur vorgelesen!)

oder hat man nicht eher die Sorge gehabt, dass man der Landesregierung einen Anhalt gibt, eine Möglichkeit eröffnet, wieder einmal sozusagen die Abfolge der Erkundung zu stören?

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie interpretieren jetzt! Ich habe vorgelesen!)

Ist das nicht eher das Problem gewesen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich kann natürlich jetzt nicht eine Gewissenserforschung bei der Landesregierung machen. Ich kann nur sagen, wie es sich uns darstellte. Es stellte sich in der Tat uns so dar, dass eben die niedersächsische Landesregierung nicht gewillt war, den Bestrebungen des Bundes und dem damaligen Beschluss von 1979, der ja mit Zustimmung der Landesregierung Niedersachsens gefasst worden ist, mit zur Umsetzung zu verhelfen. Das kann man nicht nur festmachen an Gorleben, wo die Befürchtung dann bestand, dass natürlich das Wirtschaftsministerium in Niedersachsen, was ja die Aufsichtsbehörde für das Bergamt war - - Und es war, wenn ich mich richtig erinnere, glaube ich, so gewiesen worden von dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium, dass - ob alle Pläne, weiß ich nicht - aber auf jeden Fall die wesentlichen Betriebspläne - und die Rahmenbetriebspläne gehörten dazu - dem Ministerium zur Billigung oder zur Prüfung vorzulegen waren. Also, insofern ist eine solche Wahrnehmung, dass die EVUs die Befürchtung hatten, die ganze Geschichte wird blockiert durch ein möglicherweise verhandelndes Verhalten der niedersächsischen Landesregierung, durchaus nachvollziehbar.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. Dann möchte ich gerne in der Tat auch auf die BGR-Studien mal kommen und diese Pressemitteilung. Da muss ich ehrlicherweise sagen: Auf den ersten Blick wirkt das in der Tat merkwürdig, dass es - und das steht ja auch in der Pressemitteilung drin - ausschließlich um potenzielle Ersatzstandorte ging, aber dann in der Überschrift die zentrale Botschaft war: Salzstock Gorleben bleibt erste Wahl. Meine Frage: Also Sie waren wahrscheinlich an der Erstellung der Presseerklärung nicht beteiligt?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich denke mal, dass ich das war.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ach so.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Denn es ist üblich, dass der Entwurf einer Presseerklärung von dem Fachreferat gemacht wird und dann natürlich, wie das im Jargon heißt, die Leiter hochgeht. Und da kann natürlich jeder, der meint, was dazu zu schreiben, was dazu schreiben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. Also, das ist in den Ministerien unterschiedlich; manche fangen unten an und gehen die Leiter hoch, manche machen oben was und lassen dann die Fachleute prüfen. Das ist auch nicht der entscheidende Punkt. Aber wenn Sie sagen: „Es ist wahrscheinlich unten losgegangen“, warum hat man sich denn entschlossen, diese zentrale Botschaft rüberzubringen? Sie haben ja vorhin angesprochen, im Zusammenhang mit 83, dass die Sorge - wie es auch mal ein Kollege aus unseren Reihen gesagt hat -: „Man zündet die Republik an anderen Standorten an, wenn man solche Diskussionen führt“ - - Das war durchgängig bei allen Bundesregierungen eine Sorge.

Ist es so, dass auch hier vielleicht man die Sorge gesehen hat, wenn jetzt also das zu sehr betont wird: „BMU fängt an, Ersatzstandorte zu suchen“ - und die waren ja benannt: Niedersachsen, Bayern, Sachsen-Anhalt -, dass dort sofort eine politische Debatte beginnt, die man mit der Botschaft, die mit den Studien unmittelbar nichts zu tun hatte, erst mal nicht wollte? Welche Rolle hat das gespielt, diese politischen Überlegungen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Es war natürlich so, dass wir bis auf das Fachreferat runter natürlich immer sehr sensibel waren, was die öffentliche Wahrnehmung anbetraf; klar. Und insofern kann ich das auch durchaus verstehen, dass sich die Frage dann aufdrängte: Ja, stellt sich dann nicht sofort die Frage: Warum ist denn da Gorleben überhaupt gar nicht erwähnt? Und wenn, warum nicht? Und wie muss ich das sehen: Hat man da Erkenntnisse, die Gorleben als ungeeignet erwiesen haben, sodass man jetzt also diese Geschichte macht?

Also, all diese Befürchtungen können bei meinen Oberen eine Rolle gespielt haben, dass man dann darauf geschrieben hat - ich vermute das -: „Offensiv diese Geschichte angehen“, und man das in der Tat dann so gemacht hat und es gewissermaßen vielleicht eine flapsige Formulierung war, wenn ich das mal so sagen darf, dass man „erste Wahl“ geschrieben hatte und das dann so interpretiert worden sei, Gorleben sei der beste Standort, obwohl Gorleben ja gar nicht Gegenstand der Berichte war.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich will es noch mal präzisieren, weil Sie gesagt haben,

es ging das Telefon dann ja auch oft bei Ihnen. War das denn so? Die Frage ist mir noch nicht ganz klar geworden, warum das Telefon ging. Wenn ich das mitkriege: Da wird im BMU, und zwar so intensiv wie eigentlich nie zuvor, über Ersatzstandorte mal so grundsätzlich und dann aber auch bezogen auf einzelne Regionen nachgedacht, dass doch die Nachfrage kommt: „Wollt ihr jetzt etwa auch in anderen Regionen anfangen, Probebohrungen zu machen usw.?“, was ja doch zu unglaublichen öffentlichen Debatten geführt hätte - - Würde ich doch auch machen. Als Wahlkreisabgeordneter oder als Minister in einem Bundesland hätte ich doch gesagt: Was habt ihr denn damit vor, mit diesen Studien?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, soviel ich mich erinnere - das war das, was eigentlich auch als Eindruck geblieben war -, war eben die Tatsache, dass offenbar die BGR angerufen worden war mit der Aussage: Gorleben ist der beste Standort. Und derjenige, der dort am Telefon bei der BGR war - ich weiß nicht, wer es war -, war möglicherweise auch nicht ganz im Bilde, wie die Geschichte sich dargestellt hatte bei der Abteilung, die diese Berichte gemacht hat, der hat dann gesagt - also, wie es bei mir ankam; bitte schön, ich habe nicht mit dem entsprechenden Bearbeiter bei der BGR gesprochen, der die Telefonanrufe bekam -: Das haben wir nicht gesagt. Davon wissen wir gar nichts, dass Gorleben der beste ist. - Daraus ergab sich dann natürlich plötzlich ein Widerspruch zwischen dem geowissenschaftlichen Sachverstand der Bundesregierung, der BGR und der Aussage des Ministeriums. Und das war natürlich dann ein Ansatzpunkt für die Medien, da natürlich dann mal nachzufragen, soweit sie sich dafür interessierten.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja. Ich will jetzt versuchen, noch einmal - - weil ich in der Tat glaube, zu wissen, warum diese Pressemitteilung so gemacht worden ist. Aber das möchte ich gerne mal mit Ihnen - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sollen fragen! Fragen ist die Aufgabe!)

- Nein, verzeihen Sie. Wenn die Opposition vor der Vernehmung eines Zeugen der amtierenden Bundeskanzlerin, und damals Umweltministerin, schon Lügen vorwirft, dann sollten Sie jetzt mit Dazwischenblöken sehr

vorsichtig sein, wenn ich versuche, die Sachverhalte aufzuklären,

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dazu fragt man, Herr Grindel!)

die meines Erachtens weniger mit Geologie, sondern mit Politik zu tun haben.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hat er jetzt schon wieder für einen Albtraum?)

Also, wir haben doch immer gelernt: Herr Hanning, Herr Röthemeyer, viele haben uns das hier vorgetragen, dass sie gesagt haben: Im Grunde genommen war es immer eine Abwägung, auf der einen Seite - wie Sie es auch gesagt haben -, alternative Standorte zu haben für den Fall, dass Gorleben sich als nicht geeignet herausstellt, schnell Alternativen dann erkunden zu können, und auf der anderen Seite das politische Problem, aber nicht die Republik in diesen Regionen auch noch anzünden zu wollen, nachdem man schon überraschend zur Kenntnis genommen hat, wie viel Proteste es in dem ursprünglich mal vielleicht etwas ruhigeren Wendland gegeben hatte. Das sind doch die politischen Dinge, die man da sehen muss.

Jetzt wird aber, weil es politisch auch Sinn macht, untersucht: „alternative Standorte“. Und da ist natürlich die Gefahr gewesen, dass gesagt wird: Wie geht das denn weiter? Warum untersuchen die das jetzt? - Kann insofern diese Überschrift eben nichts anderes, eben keine Lüge und keine Täuschung der Öffentlichkeit, sondern eine Beruhigung gewesen sein - das ist meine Frage, das ist nun wirklich eine Frage der politischen Hintergründe -, dass man nicht interpretiert hat, als ob man sich langsam von Gorleben entfernt und damit in allen Alternativstandortregionen sozusagen Widerstand wecken wollte, sondern sagen wollte: „Nach wie vor ist Gorleben für uns erste Wahl“, einfach, um zu beruhigen?

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie sollen jetzt nur noch Ja sagen, Herr Bloser!)

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Das klingt sehr plausibel. Und die Dinge, die ich ja eben vorgetragen habe, eben dass man ja versuchte, diese Geschichte mit den alternativen Standorten nicht direkt in Verbindung mit Gorleben zu bringen, hatte ja den Sinn,

einerseits natürlich zu sagen: „Die Eignungshöflichkeit von Gorleben ist dadurch nicht infrage gestellt“, andererseits aber laut zu sagen: Die Eignungshöflichkeit in Gorleben besteht, und Gorleben untersuchen wir weiter, weil ja praktisch eine Eignungshöflichkeit sich nicht als falsch erwiesen hat. - Von daher war das natürlich dann auch so zu verstehen. Ich meine, sonst macht es ja auch gar keinen Sinn - weil in dem Bericht ja gar nicht Gorleben abgehandelt wurde -, auf Gorleben dann zu verweisen. Der Spruch: „Gorleben ist erste Wahl“, der sollte natürlich besagen: Wir machen in Gorleben weiter. Also, ihr braucht jetzt keine Sorge zu haben, jetzt hier, liebe Baden-Württemberger, liebe Sachsen-Anhalter, dass wir bei euch jetzt anfangen zu bohren. - Natürlich, das war klar.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wenn ich jetzt noch mal auf die alternativen Standorte, die in den BGR-Studien eine Rolle gespielt haben, schaue: Erinnern Sie, ob die jetzt so überzeugend aussahen, dass man damals gesagt hat: „Also, da lohnt sich dann möglicherweise, auch mal in eine obertägige Erkundung einzusteigen“, oder war es damals so, dass man gesagt hat: „Na ja, also dieser“ - wie Sie gesagt haben - „unverritzte Salzstock ist in einer solchen Mächtigkeit da, dass sich andere, schon gar in Granit, gar nicht so aufdrängen“? Können Sie noch mal sagen, ob Sie erinnern, wie intern dieses Verhältnis der alternativen Standorte, die ja auch in den Studien benannt worden sind, zu Gorleben bewertet worden ist -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo denn intern?)

bei dem einen ist erkundet worden, bei dem anderen ist nur sozusagen anhand von Daten ja global mal bewertet worden; dass es ein ganz anderer Stand der Untersuchung war, das ist mir schon klar -, aber dass man sich mal Gedanken gemacht hat, ob dort auch eine Form von Mächtigkeit von Vorkommen, von Gesteinsformationen ist, wo man sagen kann: „Das könnte genauso gut wie Gorleben sein“? Oder hat man auch fachlich gesagt: „Das ist wahrscheinlich doch eher unbeachtlich“?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, es gab keinen Dissens zwischen meinem Kollegen beim BMFT und mir - die wir ja veranlasst

haben, dass diese Studien gemacht wurden, die wir dann ja auch bewertet haben -, dass diese Untersuchungen eine Rückfallposition waren für den von uns aufgrund der Erkenntnisse der Erkundung bis dato - - eher eine hypothetische Rückfallposition für den Fall, dass eben zukünftige Eignungsuntersuchungen dazu führen würden, Gorleben wäre nicht geeignet. Es war also in der Tat nicht so, dass wir jetzt konkret erwogen haben: Welchen Standort müssen wir denn jetzt als nächsten direkt ins Auge fassen und da schon oberflächennahe Bohrungen beispielsweise machen oder andere Erkenntnisse gewinnen, um dann gleich loslegen zu können? So war das.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich würde Ihnen gerne als Letztes einen Vorgang von Ihnen vorhalten. Das ist MAT A 185, Band 7, Seite 77 ff. Und zwar ist das ein Vorgang vom 26. April 1999, der aber eine Bewertung des Standorts Gorleben enthält und auch auf Sachverhalte eingeht natürlich aus der Zeit, die den Untersuchungsausschuss betrifft. Und da ist es nun etwas merkwürdig. Sie haben ja sonst immer gesagt: Gorleben, eignungshöflich; da war eigentlich nichts, was zu Sorgen Anlass gibt. Und nun plötzlich - Sie stehen dort als Referatsleiter, als Referent ein Dr. Worm - bei dieser Ausarbeitung zur Bewertung des Standorts Gorleben geht das los: Gasentwicklung, dann so ein paar andere kritische Bewertungen, ganz am Ende ein Fazit, in dem gesagt wird: Also, ob das hier alles so doll ist - sage ich mal mit meinen Worten -, Salzstock sehr umstritten, das muss man erst noch mal sehen. Können Sie mir erklären, warum die Tonalität zumindest so anders ist, als Sie es 94, 95, 96 gemacht haben?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, der Duktus und die Tonalität sind natürlich deshalb anders, weil natürlich die Zielsetzung dieses Vermerks auch eine andere war. Die Zielsetzung dieses Vermerks war natürlich, auf Probleme hinzuweisen, die nach wie vor bestanden, die aber nicht die Eignungshöflichkeit infrage stellten; sondern es ging darum, festzustellen: Welche offenen Fragestellungen haben wir denn noch, die wir lösen müssen? Und diese Fragestellungen, die sind auch nicht unbedingt Gorleben-spezifisch, sondern betreffen die Endlagerung allgemein, egal in welchem Medium ich jetzt nun vordringe, um dort Erkundungen zu ma-

chen. Von daher war ja auch das Ergebnis doch die Aussage, dass Gorleben nach wie vor eignungshöflich ist, die Ergebnisse, sogar die 1983 getätigte Aussage: „Eignungshöflichkeit besteht“, untermauert wurden, aber gleichzeitig natürlich auch noch darauf hingewiesen wurde, dass ein Erkundungsrisiko besteht hinsichtlich der Frage: Ist denn Gorleben nun wirklich geeignet?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Haben damals auch politische Vorgaben eine Rolle gespielt, dass sich Tonalitäten änderten?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein, politische Vorgaben hat es nicht gegeben. Also, ich bin nicht von Minister Trittin oder seinem Staatssekretär angewiesen worden, einen Vermerk dieser Art zu machen. Es war natürlich klar, wie die politische Tonlage war. Es ging natürlich jetzt auch darum, aus meiner Sicht, erstens zu verhindern, dass eine Entscheidung getroffen werden würde, die ich nicht mittragen könnte. Das wäre die Entscheidung gewesen: Wir werfen Gorleben ab, wir machen gar nichts mehr. - Sondern es hat sich ja herausgestellt, dass es ja vielleicht auch ganz gut war, eine Lösung zu finden, die gewissermaßen alles offenließ. Diese Sache, dass dann das Moratorium kam, war zwar schmerzlich für die Bergleute der DBE; das ist ganz klar. Aber sie konnte genutzt werden, diesen fundamentalen Fragen nachzugehen und insofern natürlich dann auch Fragen zu beantworten, die sich dann für andere Gesteine stellen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Und insofern hat sich Ihre Einschätzung: „Eignungshöflichkeit gilt nach wie vor“ dann auch fortgepflanzt in der Anlage 4 zum Ausstiegsvertrag sozusagen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: So ist es.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Danke schön.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Herr Dr. Bloser, dann mache ich noch mal weiter mit dem Punkt, den auch Frau Kotting-Uhl so interessant findet, nämlich die Gespräche zwischen Bund und Energiewirtschaft, bzw. den Konsensgesprächen Bundesregierung/SPD Mitte der 90er-Jahre. Nach unseren Unterlagen muss man ja verschiedene

Ebenen auseinanderhalten: einmal Konsensgespräche auf sehr hoher politischer Ebene. Ich nehme an, dass Sie da in Person nicht beteiligt waren. Dann gab es ja Gespräche auf Ministerebene mit den Vorständen der Energiewirtschaft. Da zunächst mal meine Frage: Waren Sie dort beteiligt?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich kann mich an ein Gespräch erinnern, was relativ spät war, wo ich einmal dabei war, wo ein Gespräch geführt worden war, wo ein Vorstand, glaube ich, dabei war. Aber das war ein Gespräch, wo es eigentlich gar nicht um die Endlagerung ging, sondern es ging eher um Kernkraftwerke. Ich kann mich also insofern dann gar nicht mehr genau an den Inhalt erinnern. Wenn es um die Endlagerung gegangen wäre, könnte ich das. Aber ich würde fast meinen, das ging da nicht, allenfalls, sage ich ja mal, en passant, aber nicht so, dass da was Wesentliches gewesen wäre.

Vor dem Hintergrund der Verlautbarung, die ich im Internet nachlesen konnte, ergänze ich einfach noch mal, dass also auch kein Vertreter der Energiewirtschaft versucht hatte, bei mir Einfluss zu nehmen auf irgendeine Entscheidung oder auf eine sonstige Sache. Das hätten die auch gar nicht gekonnt, weil, glaube ich, deren Kenntnisse hinsichtlich der Geowissenschaft und anderer Dinge rudimentär waren und die sich eher auf reaktorphysikalische oder reaktor-technische Dinge bezogen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ein Punkt, der die Energiewirtschaft bestimmt sehr interessiert hat, war natürlich das Geld, die Kosten für Gorleben. Nach unseren Unterlagen gab es ja dann eben eine dritte Gesprächsebene. Unter der Überschrift „Optimierung der Endlagerung“ gab es wohl da verschiedene Gespräche auf, ich würde das mal Arbeitsebene nennen. In verschiedenen Protokollen taucht da auch Ihr Name auf, sodass ich jetzt mal davon ausgehe, dass Sie auch bei diesen Gesprächen dabei waren. Können Sie sich daran erinnern - das war also die Jahreswende 96/97, wo es insbesondere um die Frage Kostenoptimierung bei der Endlagerung ging -, dass Sie da dabei waren?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, ich kann mich da konkret nicht mehr erinnern. Aber die Kostenoptimierung war natürlich ein ständiges Problem, alldieweil natürlich die

EVUs immer klagten: Das Ganze wird ja teurer, und wir sehen da keine Fortschritte. Das bezog sich aber im Wesentlichen, wenn ich das richtig erinnere, nicht auf Gorleben, sondern eher auf andere Projekte.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann darf ich Ihnen gerne mal eine Unterlage zur Verfügung stellen. Das ist MAT A 191, Band 1, Paginierung 623184 f.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Da geht es um einen Bericht des BfS, und zwar auf Präsidentenebene; also Präsident Kaul schreibt direkt an Bundesumweltministerin Angela Merkel, wo es um die Vorbereitung eines Ministergesprächs geht, das am 13. Januar 97 stattfinden soll. Teilnehmende Minister auf Bundesebene: Rexrodt, Merkel, und dann eben Vorstände der Energiewirtschaft. Und da wird sowohl auf Kostenbetrachtung als auch auf das Entsorgungskonzept hingewiesen, und insbesondere findet sich - das ist die letzte Seite - eine Übersicht, eine Tabelle „Kosten Gorleben und verschiedene Varianten“. Darauf würde ich jetzt gern noch mal zu sprechen kommen; denn es wird ja immer so der Eindruck erweckt, jetzt so im Nachhinein, die Energiewirtschaft und die damalige Bundesumweltministerin, der Bundeswirtschaftsminister hätten da an einem Strang gezogen.

Wenn man sich das anschaut, stellt man ja fest: Es gab ja offensichtlich Gesprächsbedarf, sonst hätten die sich ja nicht getroffen, und zum anderen gab es ja wohl auch erhebliche Meinungsunterschiede, gerade was die Kostensenkungsmöglichkeiten im Bereich der Endlagerung anging. Und da spielte wohl auch eine Rolle - sonst hätte nämlich der Präsident Kaul da wohl kaum geschrieben -, in welcher Weise man die Erkundung Gorlebens weiterführt. Ich lese das so, dass verschiedene Varianten in der Kostenbetrachtung dann untersucht wurden; einmal so, wie es ja früher der Fall war: parallele Erkundung Nordost-Südwest, dann ausschließlich Nordost und konsekutiv nacheinandergeschaltet Nordost-Südwest auf der einen Seite, und auf der anderen Seite dann so eine Art Moratorium, was wohl von der Energiewirtschaft gefordert wurde, dass man da eben für ein paar Jahre unterbricht, und dann ebenfalls nach den drei genannten Varianten. Also, so lese ich jetzt

diese Tabelle. Frage: Können Sie sich daran erinnern und etwas dazu sagen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, ich muss ehrlich sagen, dass ich mich daran eigentlich gar nicht mehr so recht erinnere, wenn ich denn überhaupt da eingeschaltet war. Aber wenn Sie sagen, ich war da bei solchen Gesprächen dabei, dann trifft das sicherlich zu. Aber ich war auch nicht bei allen Gesprächen dabei. Ich weiß auch gar nicht, was daraus geworden ist. Also, was Gorleben anbetrifft, würde ich sagen, hat das jedenfalls zu keinem Ergebnis geführt.

Es hat allerdings, muss ich sagen, ja sage ich mal, Änderungen der Redeweisen gegeben. Also, wir haben ja mal angefangen bei Gorleben, dass man sagte, um²⁷ Gorleben solle eine Endlager sein für alle Arten von radioaktiven Abfällen, also sowohl von den schwachaktiven und von den hochaktiven. Dann ergab sich das ja so, dass insgesamt das Abfallspektrum geringer wurde. Dann kam Konrad, wo diese schwachaktiven und mittelaktiven rein sollen, sodass dann also stärker das Argument immer nur kam: Gorleben ist das Endlager für hochradio-aktive Abfälle.

Ich habe das eigentlich nie verstanden, weshalb man immer diese - -²⁸ Ich habe das auch nie so gesagt, sondern das war dann einfach so ein Sprachgebrauch, der dann kam, der sich dann auch so ein bisschen eingeschliffen hatte. Aber es gab ja auch keinen Grund, dem unbedingt entgegenzutreten, weil in der Tat sich das von den Fakten nachher so ergab, dass eben die schwachaktiven und mittelaktiven nach Konrad kommen mussten, alleine schon von der zeitlichen Perspektive, dass Gorleben allenfalls sehr viel später in Betrieb hätte gehen können.

Und dann waren natürlich in der Tat - - Dann wurde hier also diskutiert - - Die Dinge, die hier in dem Vermerk sind, ich muss sagen, ich erinnere die - - Also, die Begriffe kommen mir jetzt wieder ganz bekannt vor, aber, wie gesagt, die Überlegungen, die da weiter angestellt worden sind, kann ich im Einzelnen gar nicht mehr memorieren. Nach meiner Kenntnis haben die auch zu keinem Ergebnis geführt.

²⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „um“, Anlage

²⁸ Ergänzung des Zeugen: streiche „-“, setze „„Einendlager“-geschichte ins Spiel brachte.“, Anlage

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht ist jetzt bei der SPD-Fraktion. Frau Kollegin Vogt.

Ute Vogt (SPD): Vielen Dank. - Herr Dr. Bloser, Sie haben vorhin, am Ende, als ich Sie gefragt hatte, noch einmal erläutert, dass man ja die andere Seite des Salzstockes dann möglicherweise auch mit technischen Möglichkeiten erkunden könne.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Sie meinen jetzt die südwestliche Seite?

Ute Vogt (SPD): Ja. Mir geht es noch einmal um die Frage der Erkundung. - Jetzt haben Sie aber andererseits vorhin gesagt: Wir wären beglückt gewesen, wenn die Salzrechte verkauft worden wären. Wie bringe ich das zusammen? Entweder braucht man die Salzrechte zur Erkundung - dann ist es gut, wenn man sie hat -, oder man braucht sie nicht, wenn man andere Verfahren hat, um den Salzstock zu erkunden.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, es ist doch immer so, dass man mit Sorge betrachtet, was möglicherweise passieren könnte, wenn dieses oder jenes nicht ist. Und für mich war die Welt heil und in Ordnung, optimal, wenn der Bund alle Salzrechte gehabt hätte. Wenn man die also nicht hat, muss man eben zu anderen Verfahren greifen, nicht?

Denklogisch kann ich ja gar nicht ausschließen, dass, selbst wenn man diese neuen Methoden alle anwendet, dann nicht möglicherweise nachher die Planfeststellungsbehörde sagt: Nein, damit sind wir nicht zufrieden; wir möchten aber gerne noch etwas anderes. - Und dann ist man geerdet, wenn man die Rechte nicht hat. Das war eben meine Sorge. Denn ich wollte ja jetzt nicht, sage ich einmal, nur den Salzstock Gorleben gewissermaßen hinsichtlich der Frage „Ist er eignungshöflich, ist er geeignet?“ klären, sondern ich wollte gerne - das war ja natürlich auch das Ziel der Fachleute -, dass ein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren, was nach der Feststellung des Bundes zur Eignung hätte durchgeführt werden müssen, auch zum Ergebnis führt.

Ute Vogt (SPD): Okay. - Sie haben dann am 5. Februar in dem Zusammenhang 1997 ja ein Schreiben, eine Vorlage, für Frau Bun-

desministerin Merkel verfasst. - Fürs Protokoll: Das ist MAT A 116, Band 2, Paginierung 134047 ff. - In diesem Referatsschreiben an Frau Ministerin Merkel geht es um die Frage, wie die Erkundung auch ohne die Salzrechte vonstattengehen kann. Es gibt dann einen handschriftlichen Vermerk der Ministerin auf Ihrem Vermerk, wo die Ministerin schreibt, dass - -

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

- Habe ich alles schon gesagt. Ich sage nicht alles dreimal. - Frau Merkel hat handschriftliche Anmerkungen auf die Vorlage geschrieben und sich gewundert, warum nun eine Aussage für den gesamten Salzstock möglich ist und was die neuen Erkenntnisse waren. Sie hat da draufgeschrieben, dass es ihr zu vage - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber ich möchte es noch einmal hören, bitte!)

- MAT A 116, Band 2, 134047 ff. Wenn Sie nicht ständig quatschen würden, dann könnten Sie das auch gleich hören und nicht die Vernehmung immer unterbrechen!

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wer schreit, hat unrecht!)

- Nein, ich habe recht, weil die MAT-Nummer die gleiche geblieben ist.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Lautstärke ist kein Argument!)

- Aber manche hören es vielleicht sonst nicht.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer nie etwas sagt, hat auch nicht unbedingt recht!)

Mir geht es darum: Die Frau Ministerin hat damals geschrieben, ihr sei das etwas vage, wie Sie da am 05.02. begründen, und es wurde ja daraufhin von Ihnen auch noch einmal ein neuer Vermerk verfasst. Mich würde noch einmal interessieren, welche Erinnerungen Sie an diesen Vorgang damals noch haben. Erinnern Sie sich daran, dass Sie damals diesen Vermerk noch einmal zurückbekommen haben?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich bin untröstlich, weil sich, sage ich einmal, gerade so ein Vermerk von der Chefin normalerweise unauslöschlich ins Gehirn brennt; aber

ich kann mich beim besten Willen nicht daran erinnern. Ich denke einmal, dass das dann konkretisiert worden ist, wie Sie sagten, und die Chefin dann zufrieden war. Nehme ich einmal an.

Ute Vogt (SPD): Sie haben dann am 26.02.97 - ich bitte um Aufmerksamkeit bei der Koalition: MAT A 116, Band 2, Paginierung 131437 [sic!] und die zweite Vorlage ist dann einfach in den folgenden Seiten - tatsächlich den Vermerk noch einmal in überarbeiteter Form vorgelegt und haben da auch noch einmal geschildert, dass die Erkundungsergebnisse auf den südwestlichen Teil übertragen werden. Ist es damals geschehen, oder war das nur ein Plan, dass man diese Ergebnisse überträgt, also dass man praktisch den nördlichen Teil erkundet und dann übertragen kann?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Mir ist nicht bekannt, dass man die übertragen hat. Ich bin ja dann auch, denke ich einmal, recht bald ausgeschieden, sodass ich das also nicht mehr weiß.

Ute Vogt (SPD): Also die Übertragbarkeit selbst, davon wissen Sie nichts, sondern es wurde praktisch nur die Möglichkeit in den Raum gestellt?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Das klingt plausibel. Es war für mich nachvollziehbar. Ich kann mich nicht erinnern, wie gesagt, ob es dann geschehen ist. Das weiß ich nicht. Aber ich gehe einmal davon aus, dass man es für den Fall, dass es nun notwendig war, getan hat. Es kam ja dann - - Welches Datum sagten Sie? 1997 war das?

Ute Vogt (SPD): 1997.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Sie sehen: Dann kam 98/99. Dann ist insofern, sage ich einmal, auch ein gewisser Bruch geschehen, sodass ich nicht mehr weiß, ob das alles dann noch geschehen ist. Ich weiß auch gar nicht mehr, ob man den nordöstlichen Teil dann noch richtig erkundet hat. Das wäre ja die Voraussetzung dafür gewesen, das zu übertragen.

Ute Vogt (SPD): Es gab ja nun damals unterschiedliche Auffassungen im BfS, ob diese Auffassung, die Sie dann in dem Ver-

merk niedergelegt haben, richtig ist, dass nämlich die Erkundung übertragbar wäre, ob das tatsächlich ausreicht. Und von Herrn Wosnik war schon die Rede, aber auch von Herrn Röthemeyer, die ja beide eher große Zweifel gehegt haben, dass die Erkundung des einen Teils tatsächlich ausreichend sein könnte.

Nun haben Sie im Januar 97 in Vorbereitung der Vermerke an Frau Merkel noch einmal eine Stellungnahme angefordert. - Ich bitte um Aufmerksamkeit: MAT A 116, Band 2, Paginierung 134067 bis 134068. - Dieser Vermerk von Ihnen war direkt an Herrn Thomauske mit der Bitte, noch einmal - - Ich lese ihn vor:

Im Zusammenhang mit Ihren Berichten hinsichtlich des Genügens allein einer Erkundung nach Nordosten bitte ich Sie um einen mit der BGR abgestimmten schriftlichen Bericht ...

Sie haben vonseiten des Umweltministeriums unmittelbar bei Herrn Thomauske einen Bericht angefordert. Ich frage mich, warum Sie nicht entsprechend der Hierarchie vorgegangen sind und Herrn Röthemeyer gefragt haben, sondern Herrn Thomauske, der damals Referatsleiter war. Herr Röthemeyer ist damals, Anfang 97, noch sein Vorgesetzter gewesen.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich muss einmal fragen: Ist dieses Schreiben wirklich an Herrn Thomauske adressiert oder an das BfS?

Ute Vogt (SPD): Das hat uns ja auch so gewundert. Also, Sie haben das - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Mal vorlegen!)

- Ich kann Ihnen das gerne vorlegen.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hat doch die MAT-Nummer angegeben! - Gegenruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dem Zeugen!)

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Entschuldigen Sie bitte, aber das ist ja nur per Fax an Herrn Thomauske gegangen. Das Bundesamt für Strahlenschutz, Fachbereich ET,

Leiter Professor Röthemeyer, hat das auf jeden Fall offiziell bekommen. Genauso ist der richtige Gang der Dinge.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Da muss ich wirklich sagen: Dann ist hier langsam eine Beratungssitzung fällig! Diese ständigen falschen Vorhalte, mache ich nicht mehr mit! - Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, da steht „Thomauske“ drauf! Schauen Sie es sich selber mal an, Herr Kollege! - Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich möchte bitte mal geklärt wissen, was jetzt der Hintergrund ist!)

Ute Vogt (SPD): Sie können sich das ja vielleicht auch selber einmal angucken. Da steht: Bundesamt für Strahlenschutz, Fachbereich ET - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Fachbereich ET. Das ist Herr Professor Röthemeyer.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, das Schreiben ging auch unmittelbar an - - Es war ja auch nur eine Frage. Es war die Frage: Warum steht da Herr Thomauske drauf? Das heißt, Sie gehen davon aus, dass Sie das an Herrn Röthemeyer geschickt haben und praktisch nur zur Kenntnis unmittelbar an Herrn Thomauske? Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: So muss man das sehen.

Ute Vogt (SPD): Okay.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Können wir das vielleicht auch mal sehen? - Gegenruf der Abg. Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gucken Sie doch rein!)

- Schauen Sie doch einfach in Ihre Unterlagen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist die Opposition jetzt bereit, uns das zur Verfügung zu stellen, oder nicht? Das ist doch die Frage!)

Der Fachbereich ET - - Ich muss jetzt einmal im Organigramm nachschauen.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ging doch nicht an Herrn Röthemeyer, das ging an Herrn Thomauske!)

- Nein, der Herr Thomauske war ja - - Sie haben direkt den Herrn Thomauske - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Woher wissen wir eigentlich, dass das die Handschrift von Frau Merkel war, von der Sie gerade gesprochen haben? - Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer fragt denn jetzt gerade? Also wirklich! - Gegenruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): Entschuldigung, wenn hier ständig falsche Vorhalte kommen, müssen wir ja mal fragen!

- Wir fragen im Moment ein Dokument ab, bei dem überhaupt nicht mehr von der Frau Merkel die Rede ist, sondern wir sind bei einem Dokument im Januar.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja!)

Da geht es um die Frage, dass da Herr Thomauske ausdrücklich draufsteht und Sie jetzt gesagt haben, Fachbereich ET, das sei so, dass das dann automatisch an Röthemeyer gegangen sei.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein. Darf ich das vielleicht einmal darstellen, wie es korrekt ist?

Ute Vogt (SPD): Ja, genau.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, erläutern Sie!)

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Es ist korrekt so, dass normalerweise der Schriftwechsel direkt an das Bundesamt zu gehen hat und nicht an Personen.

Ute Vogt (SPD): Ah ja.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Das ist der korrekte Weg. Das steht auch, glaube ich, irgendwie auf einem Schreiben des BfS drauf. Der korrekte Weg ist aber häufig, sage ich einmal, natürlich nicht der schnellste, sondern der langsamste. Dann handelt man pragmatisch und macht es so wie hier, dass man „Bundesamt für Strahlenschutz“ schreibt und dann darunter „Fachbereich ET“. Dann kommt das Postalische, und dann: „per Fax Herrn Dr. Thomauske, Faxnummer sound-so“.

Im normalen Postbetrieb ist es so: Selbst wenn man das so adressiert, geht das von oben nach unten. Das heißt also, der Chef

sieht das normalerweise auch - also der Präsident -, es sei denn, der Präsident habe angeordnet, dass ein solches Schreiben direkt an den entsprechenden Fachbereich gehen kann.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So läuft das gar nicht! Seit wann hat der Chef Zeit, sich jeden Brief anzuschauen?)

Bei einer kooperativen und vertrauensvollen Zusammenarbeit ist das auch, denke ich einmal, nicht anstößig.

Ute Vogt (SPD): Und das Antwortschreiben auf Ihre Anforderung - MAT A 116, Band 2, Paginierung 134052 bis 134057 -, das ist dann aber ein Antwortschreiben, das wiederum unmittelbar von Herrn Thomauske zurückkommt, und da steht dann auch nur noch das Referat. Also uns wundert - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein. Entschuldigung, das stimmt nicht. Da steht: „Bundesministerium für Umwelt“ usw.

Ute Vogt (SPD): Nein. Ich lege Ihnen das zweite auch noch vor. Es gibt eine zweite - - Also das Antwortschreiben dann.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Das Antwortschreiben vom BfS.

Ute Vogt (SPD): Das Antwortschreiben vom BfS. Da steht dann: „Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit“ und dann Ihr Referat.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Richtig. Genau.

Ute Vogt (SPD): Aber es ging dann praktisch an Sie, direkt von Herrn Thomauske, und so, wie ich es sehe, sehe ich keine weitere Paraphe, dass es der Herr Röthemeyer zum Beispiel gesehen hätte. Uns wundert einfach, dass so ein wichtiger Vorgang, der offenbar auch der zentralen Vorbereitung der Vorlage für die Ministerin galt - das jedenfalls, was bei uns in den Unterlagen gefunden worden ist -, vom zuständigen Abteilungsleiter nicht abgezeichnet wurde.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, es ist, wenn ich darauf antworten darf - -

Ute Vogt (SPD): Ja, schauen Sie es sich aber in Ruhe an. Vielleicht finden Sie ja auch eine. Ich sehe halt keine Paraphe, die da - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Damit die Verwirrung nicht komplett ist: Es ist so, dass diese Schreiben jeweils an die jeweiligen Behörden gegangen sind. Sowohl das Schreiben von mir an das BfS - - Und das Schreiben vom BfS, was für mich fachlich gedacht ist, ging an das BMI - an das BMU, Entschuldigung.

Ute Vogt (SPD): BMU damals, ja.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich meine schon BMU. - Insofern ist das ganz richtig gelaufen, und ich weiß jetzt nicht, woher Sie die Information haben wollen, dass Herr Thomauske mir dann auch noch einmal persönlich ein Schreiben dieser Art geschickt hat.

Ute Vogt (SPD): Nein, nicht persönlich, sondern ich meine - - Mich wundert das: Wenn Sie jetzt ein Schreiben bekommen, das über den zentralen Eingang Ihres Hauses geht, dann geht ja das Schreiben normalerweise nicht unmittelbar an den Referatsleiter, sondern dann geht es ja häufig auch über den Abteilungsleiter.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Richtig, ja.

Ute Vogt (SPD): Normalerweise hätte ich jetzt gedacht, dass praktisch - - Normal geht es ja die Leiter hoch, dann geht es vom Abteilungsleiter zum anderen Abteilungsleiter, und dort geht es dann wieder runter. So wäre der normale Gang. Und mich wundert eben, dass auf diesem Schreiben, das wir hier haben, das Herr Thomauske an Sie geschickt hat, zum Beispiel gar kein Zeichen von Herrn - - Ich will nur herausfinden: Hat Herr Röthemeyer dieses Schreiben zur Kenntnis erhalten? Weil er ja selber in seiner Vernehmung noch einmal dargestellt hat, dass er große Zweifel hatte nach wie vor und eben auch nicht unbedingt der Meinung war, dass die Erkundung eines Teiles ausreichen würde. Die Frage ist nur: Haben wir einen Beleg, an Hand dessen wir erkennen kön-

nen, dass Herr Röthemeyer das gesehen hat?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Da dürfen Sie mich ja nicht fragen.

Ute Vogt (SPD): Na ja, Sie haben es losgeschickt, und Sie haben die Antwort bekommen.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Aber entschuldigen Sie, Frau Vogt, wenn ich die Antwort bekomme, dann lasse ich mir doch nicht vorher erst mal zeigen, ob der Röthemeyer das paraphiert hat. Das ist doch eine interne Angelegenheit des BfS. Ich sitze doch nicht im BfS und kontrolliere, was sie da schreiben und was sie absenden. Ich kontrolliere allenfalls das, was ich dann bekomme. Und das habe ich dann auch getan.

Ute Vogt (SPD): Okay. Danke. Keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das passt ja gut mit dem Ablauf der Zeit zusammen. - Dann geht das Fragerecht jetzt wieder an die FDP-Fraktion. Bitte schön. - Herr Dr. Bloser, Frau Brunkhorst fragt jetzt.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Entschuldigung.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Dr. Bloser, ich möchte Sie jetzt wieder ganz woanders mit hinnehmen, und zwar noch einmal an den Beginn Ihrer Ausführungen. Ganz zu Beginn haben Sie gesagt: Die Geologen zu dem Zeitfenster um 80/83 waren alle voll ausgelastet, es gab gar keine freien Kapazitäten mehr. - So haben Sie sich vorhin geäußert. Und etwas später haben Sie darüber gesprochen: Auch die Bergleute hatten anfangs drei Schichten. - Also, alle möglichen Fachleute waren eigentlich eingespannt. Und da frage ich Sie unter dieser Erwägung: Angenommen, man hätte gesagt, man will alternative Standorte untersuchen - zusätzlich oder parallel oder in Reserve, vorausschauend -, hätte man das überhaupt praktisch umsetzen können, oder hätte man sich dann aus dem Ausland Expertise geholt? Hätten Sie sich das vorstellen können?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Es ist sicherlich denklogisch vorstellbar, aber äußerst aufwendig und damit unpraktisch.

Angelika Brunkhorst (FDP): Also wäre es fast gar nicht praktikabel gewesen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: So ist es. Ja.

Angelika Brunkhorst (FDP): Und dann möchte ich Sie noch einmal fragen: War die Entscheidung, dass der Kabinettsbeschluss dann dahin ging, dass man sagte: „Gut, wir haben uns entschieden, Gorleben zuerst tiefengeologisch zu erkunden“, für Sie eine Vorfestlegung auf Gorleben, oder wie haben Sie das in der Formulierung verstanden?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, ich habe es als Entscheidung gesehen, die das Ergebnis offenließ. Es war keine Vorfestlegung darauf: Augen zu, durch; Gorleben muss es sein. Wie gesagt, das wäre auch total unklug gewesen. Es ist absurd vor dem Hintergrund, dass in der Tat die ganzen Ergebnisse nachher noch einmal einer atomrechtlichen Planfeststellung zu unterwerfen waren.

Angelika Brunkhorst (FDP): Gab es Berechnungen oder Überlegungen, welchen zeitlichen Verzug - sagen wir einmal - ein Ergebnis gehabt hätte, weil die Eignungshöflichkeit ja nach wie vor gegeben ist, wenn sich Gorleben zwischenzeitlich als nicht mehr geeignet herausgestellt hätte? Mit welchem zeitlichen Verzug hat man kalkuliert?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht, hat das BfS, Fachbereich ET, das einmal abgeschätzt, und die kamen auf einen Zeitraum etwa von 13 Jahren, meine ich mich zu erinnern. Auf jeden Fall war es diese Größenordnung. Es waren also nicht 20 Jahre, sondern darunter. Also, ich meine, etwa 13 wären es gewesen, aufbauend auf den Erkenntnissen, die man gewonnen hat im Zusammenhang mit der Erkundung Gorleben. Aber bitte, diese Zahl soll nur die Größenordnung vermitteln. Ich will mich da jetzt nicht unbedingt auf ein Jahr festlegen. Das erinnere ich im Augenblick nicht mehr so genau.

Angelika Brunkhorst (FDP): Sie haben ja vorhin selbst gesagt, dass die Energiever-

sorger natürlich schon gerne eine zügige Erkundung wollten. War das ein Zeitraum, mit dem alle - sagen wir einmal: alle Parteien, Politik, EVU, Wissenschaft - leben konnten, oder wäre das jetzt eine Zeitspanne gewesen, die schon sehr groß gewesen wäre? In Anbetracht dessen, dass wir ja wissen, dass wir heute schon wesentlich länger in Zeitverzug sind als zur damaligen Zeit.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich kann nicht sagen, ob alle das so sahen, wie das vom BfS abgeschätzt worden war. Aber aus meiner Sicht war das irgendwie plausibel, und es war insofern - ich sage einmal - nicht weiter nachzufragen, kritisch zu hinterfragen. Es war eine Abschätzung, die natürlich auch gewisse Risiken barg. Man wollte damit wohl sagen, dass man nicht unbedingt wieder das Rad neu erfinden muss, wenn man anfängt, sondern dass man eben Erkenntnisse gewonnen hat, Verfahrensweisen, die es dann erlauben, das Ganze etwas rascher zu machen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Die Kolleginnen haben ja teilweise schon nach dem Zeitraum 96/97 gefragt, als es dann dazu kam, dass man das Erkundungskonzept geändert hat. Ich frage hier noch einmal ganz genau: Ist das aus Ihrer Sicht tatsächlich eine totale Veränderung des Erkundungskonzeptes, oder hat man nur, sagen wir einmal, das Vorgehen anders aufgeteilt, in andere Schritte aufgeteilt? Wenn Sie sich dazu bitte noch einmal äußern könnten.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, es ist eine Frage, was man unter Konzept und unter eine Konzeptänderung versteht. Aus meiner Sicht war es keine Konzeptänderung. Das Konzept bestand ja darin, den Salzstock Gorleben zu untersuchen und festzustellen: Ist er geeignet, oder ist er nicht geeignet? Und an diesem Konzept hat sich nichts geändert. Die Maßnahme, um dieses Konzept umzusetzen, waren die Erkundungsmaßnahmen, und diese Erkundungsmaßnahmen waren natürlich jeweils immer den Gegebenheiten anzupassen, auch natürlich den rechtlichen Verhältnissen, was die Salzrechte anbetraf. Das waren Änderungen.

Und es war ja auch nicht so, dass man sagen kann, dass nicht mehr bewertet werden sollte, wie der Südwestteil ist, sondern man hatte ja gesagt, man will es eben mit anderen Methoden machen, nämlich zerstö-

rungsfrei, eben durch Ultraschall. Die Technik - das habe ich ja eben dargelegt - hatte sich weiterentwickelt, und es war durchaus möglich, da weitere Ergebnisse zu finden. Insofern kann ich darin keine Konzeptänderung finden.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ist Ihnen bekannt, dass es bezüglich dieser „Konzeptveränderung“ juristische Auseinandersetzungen gab, und wenn ja: Was ist Ihnen bekannt?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, die Frage ist so unbestimmt, dass ich jetzt gar nicht weiß, was ich darauf antworten soll. Es gab zu allen Dingen, würde ich einmal als Naturwissenschaftler sagen, juristische Auseinandersetzungen. Es wäre ein Wunder, wenn das nicht der Fall gewesen wäre. Aber die Frage kann ich jetzt leider nicht konkret beantworten. Das ist auch nicht so mein Gebiet gewesen. Mich hat das eigentlich immer geärgert, dass eben - Sie kennen ja den Spruch: Zwei Juristen und fünf verschiedene Meinungen, oder so ähnlich.

Angelika Brunkhorst (FDP): Nein, das ist ja ganz in Ordnung. Wenn Sie sich an nichts Konkretes erinnern können, dann ist das okay. Ich will Ihnen ja auch nichts in den Mund legen.

In Anbetracht dessen - wir haben das ja vorhin auch schon gehört -, dass es um die Salzrechte geht: Ist Ihnen diese Auseinandersetzung um die Salzrechte präsent? Es ging ja darum, dass bestimmte Salzrechte sozusagen in privater Hand sind und dass man auch über solche Dinge nachgedacht hat, wie man, wenn es dann wirklich so sein sollte, dass man den südwestlichen Teil noch für die Erkundung braucht, dann immer noch - sagen wir einmal - versuchen könnte, diese im Einvernehmen zu bekommen oder, wenn es dann überhaupt nicht ginge, eventuell auch mit Enteignungsvorschriften. Die Enteignungsvorschriften sind heute ja wieder im Atomgesetz drin.

Diese Auseinandersetzung um die Salzrechte, hat die in Ihrem Hause Beachtung gefunden? Hat das eine Rolle gespielt in den Diskussionen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich habe diese Sache natürlich verfolgt und eben ja schon gesagt: Ich wäre glücklich gewesen, wenn wir alle Salzrechte gehabt hätten. In-

sofern war das ein Punkt, der mich interessierte und dem ich Aufmerksamkeit geschenkt habe. Aber ich habe dazu konkret nichts beitragen können, weil das eigentlich mehr oder weniger eine rechtliche und politische Frage war. Und wenn ich einmal gefragt wurde: „Wie sehen Sie das denn?“, dann habe ich mich, wenn ich eben einmal draußen im Lande war, immer sehr sibyllinisch ausgedrückt, weil ich sofort auf dem linken Fuß erwischt worden wäre, wenn man da nachgefragt hätte. Also, dazu kann ich gar nichts weiter sagen. Ich habe das, wie gesagt, verfolgt, und meine Freude wäre es gewesen, die Salzrechte alle zu haben.

Angelika Brunkhorst (FDP): Noch eine letzte Frage: Wie beurteilen Sie das? Werfen denn diese fehlenden Salzrechte nun auf jeden Fall oder unter Umständen sicherheitstechnische Fragen auf?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Die Frage ist jetzt: Muss ich das ex nunc beantworten oder ex post, also aus der damaligen Situation oder aus der jetzigen?

Angelika Brunkhorst (FDP): Aus der damaligen.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Aus der damaligen Situation war das natürlich so, dass sich zwar die Abfallmenge drastisch verringert hatte - praktisch um den Faktor drei - und von daher in der Tat so ein Vorgehen, wie vorgeschlagen worden war - konsekutiv vorzugehen -, natürlich durchaus vernünftig war. Hätte man allerdings beispielsweise Kernkraftwerke weiter zugebaut, wäre eine ganz andere Situation gewesen. Dann hätte sich das durchaus als Problem erweisen können. Denn es war ja immer ein Kriterium auch für die Eignung, dass man hinreichend, ausreichend Volumen findet, um die Abfälle unterzubringen. Insofern hätte es wirklich ein gravierendes Problem werden können, wenn erstens die Abfallmenge wesentlich größer geworden wäre und wenn es nicht gelungen wäre oder gelingen könnte, durch die zerstörungsfreie Prüfung des südwestlichen Teils Aussagen zu treffen, die gleichwertig sind zu Erkundungsergebnissen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht ist jetzt wieder bei den Linken. Bitte schön.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön. - Herr Dr. Bloser, ich will noch einmal fragen: Ich habe eben gehört, wie Sie - - Ich gehe noch einmal in die Zeit von 1995. Diese Presseerklärung, die BGR-Studien. Da hatten Sie eben gesagt, dass Sie die Presseerklärung von Frau Dr. Merkel flapsig gefunden haben. Habe ich das richtig gehört?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein. Die Presseerklärung fand ich nicht flapsig.

Johanna Voß (DIE LINKE): Die Formulierung?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Wesentliche Bestandteile sind von mir übernommen worden. Davon gehe ich einmal aus. Ich kann das ja jetzt nicht mehr vergleichen. Nein, ich denke mal, dass vielleicht - - Das war aber eben auch eine flapsige Bemerkung von mir, dass das vielleicht, sage ich einmal, eine etwas flapsige Aussage war: Gorleben ist die erste Wahl. Was damit ausgesagt werden sollte, wurde ja von mir, glaube ich, eben schon erläutert: Dass damit eigentlich nur für die übrigen Bereiche, die genannt worden sind - zumindest durch namentliche Nennung der Salzstöcke -, gesagt werden sollte: Ihr braucht jetzt nicht zu befürchten, dass bei euch auch noch einmal gebohrt wird.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das ist jetzt aber ausdrücklich eine Sache, wogegen sich die BGR geäußert hatte. Sie hatten selbst eben gesagt, die BGR habe dagegen protestiert, so einen Vergleich aus den Studien von 1995 zu ziehen. Ist das richtig?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein, Entschuldigung, da bin ich wohl missverstanden worden. Nein, die BGR hat sich gegen eine solche Aussage gewehrt, weil Gorleben ja gar nicht Inhalt der Studie war. Die BGR wurde angesprochen auf den Inhalt der Studie. Und dann wurde ihr berichtet: Da hat jemand im Ministerium gesagt, Gorleben sei erste Wahl. Und dann waren die ganz baff, weil die natürlich - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Ich habe hier einen Beleg, und den würden wir Ihnen auch gern vorlesen. Das ist MAT A 136, Band 8. Das ist ein Schreiben der BGR an Sie, Herr Bloser. Die BGR schreibt schon vorher, dass es diesen Vergleich als unzulässig beurteilt

hat, und zwar in diesem Schreiben hier. - Können wir ihm das geben?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Das ist:

Betreff

Ersatzstandorte zur Endlagerung stark wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle in Salzformationen Deutschlands, hier: zweite Entwurfsfassung

Da wird geschrieben, wie sehr das verändert worden ist, und dann zitiere ich auf Seite 2:

Wir stellen noch einmal ausdrücklich fest, daß aus unseren Untersuchungen keine Vergleiche mit Gorleben gezogen werden dürfen.

Dieser Satz findet sich hier eindeutig. Das ist ein Schreiben, das am 5. Juli 1995 - am 23.06; was ist das? Und da steht: 5. Juli; nein, es ist der - - an Sie ging.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich denke, das müsste doch klar geworden sein, dass diese Aussage „Gorleben ist erste Wahl“ nicht von mir ist, sondern die ist nachträglich irgendwie da reingekommen. Wir haben eben versucht, zu eruieren, was die Gründe gewesen sein können; Vermutungen - plausibel, oder nicht. So, und jetzt weiß ich nicht - - Es ist doch - - Ich habe ja auch gesagt, dass eben der Vergleich nicht gezogen werden kann. Gorleben war nicht Gegenstand der Untersuchung, also kann ich auch Gorleben nicht - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Also, Sie kennen ja die Wege in Ihrer Abteilung. Können Sie mir sagen, wie die Wege gegangen sind? Wie kann das dahin - - Wer wird das gemacht haben?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich bin Referatsleiter und nicht der Minister und nicht der Staatssekretär und nicht der Abteilungsleiter und nicht der Unterabteilungsleiter - jetzt habe ich die ganzen Stufen aufgezählt, die das hochgeht -, und wer da etwas reinschreibt oder noch was macht, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Johanna Voß (DIE LINKE): Also, ganz bestimmt: Sie haben es nicht reingeschrieben?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein, weil ich ja in der - - Ich habe das nicht reingeschrieben. Das wäre ja auch gar nicht sachgerecht gewesen. Die Studie betraf ja ganz etwas anderes. Warum sollte ich dann also plötzlich einen Vergleich ziehen? Im Übrigen wäre es auch totaler Unsinn, einen Vergleich zu ziehen. Ich habe ja ausgeführt: Bei den Standorten, die die BGR genannt hat, lagen nur Papierdinge vor. Aus Archivdaten haben die das im Wesentlichen gemacht. Bei Gorleben waren wir ja schon wesentlich tiefer. Da verbietet sich schon ein Vergleich, weil der Erkenntnisstand ein ganz anderer ist.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ich habe hier noch ein Schreiben von Herrn Dr. Kirschbach, der stellvertretend für Sie hier - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Kölschbach!

Johanna Voß (DIE LINKE): Kölschbach. Der hat stellvertretend für Sie gearbeitet. Das ist MAT A 136, Band 8, wiederum die Seiten 267389 und - -.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Der Betreff ist eine Besprechung des Herrn Bundeskanzlers mit den CDU/CSU-Ministerpräsidenten der Länder, die am Montag dem 10. Juli 95 stattfinden sollte, und hier ist ein Beitrag zum Sachstandsbericht gegeben. Es bezieht sich auf die BGR-Studien. Und darin steht der Vorschlag:

Die BGR empfiehlt aus geowissenschaftlicher Sicht, angesichts des erheblich geringeren Kenntnisstandes über die Ersatzstandorte und Ersatzregionen im Vergleich zu der in ca. 17jährigen Untersuchungen untermauerten Gorleben-Eignungshöflichkeit

- dann durchgestrichen:

keine Alternativen zu Gorleben zu

- und dann darunter:

an Gorleben festzuhalten.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, dieser handschriftliche Vermerk ist nicht von mir,

aber auch nicht von Herrn Kölschbach, sondern von einem Sachbearbeiter, aber sachlich zutreffend.

Johanna Voß (DIE LINKE): Von wem ist denn dieser Vermerk?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Von Herrn Neumann.

Johanna Voß (DIE LINKE): Herr Neumann?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: SB (?), Oberamtsrat Neumann -

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Bitte sehr. - Er besagt in anderen Worten, was ich auch schon gesagt habe: Es steht:

Im Vergleich zu der in ca. 17jährigen Untersuchungen untermauerten ...

17 Jahre untersucht! Einen Erkenntnisstand, über 17 Jahre gewonnen, vergleichen Sie mit den geowissenschaftlichen Erkenntnissen über einen Standort, über den praktisch gar nichts vorliegt, nur archivmäßig etwas, was aus irgendeinem ganz anderen Grund einmal festgehalten worden ist. Das kann man nicht miteinander vergleichen. Und das steht hier drin. Das habe ich aber auch schon mehrmals gesagt.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Dr. Bloser, in Ihrer 25-jährigen - - Hier geht es weiter!

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ach, Entschuldigung.

Jens Petermann (DIE LINKE): Petermann.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Man kann so schlecht hören, woher das kommt.

Jens Petermann (DIE LINKE): Das ist klar. Die Zeit ist ja auch fortgeschritten. Es wird immer anstrengender für Sie. Das sehe ich auch ein. Aber noch ein, zwei Fragen.

In Ihrer, man kann sagen, 25-jährigen Tätigkeit im Bereich der Reaktorsicherheit

oder auch in Endlagerfragen war ja Gorleben eigentlich ein Hauptthema. Ein Großteil Ihres Berufslebens hat Sie das begleitet. Hatten Sie irgendwann einmal leise oder vielleicht auch lautere Zweifel aufgrund der Sachkenntnis, die Sie gewonnen haben, dass dieser Standort möglicherweise doch nicht so geeignet ist, wie man sich das vorgestellt hat?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, ich müsste lügen, wenn ich sagen würde, ich war absolut sicher, dass Gorleben geeignet ist. Aber ich hatte keine Zweifel an der Eignungshöflichkeit. Deshalb habe ich ja auch, als die Regierung gewechselt hat, Wert darauf gelegt, dass das eben auch insoweit festgehalten wird, dass es keine sachlichen Hinweise, Begründungen gibt - ich sage ich einmal -, an der Eignungshöflichkeit von Gorleben zu zweifeln, oder die Formulierung zu wählen, wie sie in dem Konsenspapier dann auch gewählt worden ist, dass nach wie vor keine Ergebnisse vorlägen, die die Eignung von Gorleben infrage stellen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann ist das Fragerecht jetzt wieder bei Bündnis 90/Die Grünen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Jetzt muss ich natürlich, auch wenn die Berliner Runde schon lange gedauert hat, da anfangen, wo wir mit unserer Frage aufgehört haben. Meine Kollegin Frau Kotting-Uhl hatte gefragt: Wer war denn die Person, die im BfS die Strategie des veränderten Entsorgungskonzepts vorangetrieben hat? Das war die Frage, die sie vorhin nicht mehr wiederholen konnte. Und darauf wurde eine Antwort von Ihnen erwartet. Ich würde aus der Runde und den Fragen und Antworten, die wir hatten, schon einmal sagen, die Antwort muss doch lauten: Herr Thomaske. Richtig?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, die Antwort würde ich so nicht geben. Nein, es gab doch dieses Sachproblem: Wir haben die Salzrechte vom südwestlichen Teil nicht gehabt, und es ging jetzt darum, die Erkundung weiter voranzutreiben, um Ergebnisse zu bekommen. Das heißt also, es war eine Lösung zu finden, entweder Salzrechte durch rechtliche Instrumentarien zu bekommen oder einen Erkundungsweg zu wählen, der zu Ergebnissen führt, die dann verwertbar

sind für eine Eignungsaussage. Und das hat der Thomauske oder das BfS mit der DBE besprochen, die ja die Bergleute sind, dann mit der BGR besprochen, wo der geowissenschaftliche Sachverstand der Bundesregierung vorhanden war, und dann auch noch mit den Leuten des BfS selbst, die skeptisch waren. Das wurde intern ausdiskutiert, und dann hat irgendeiner einmal, sage ich einmal, die Leute im BfS, die anderer Meinung waren, befriedet. So ist das halt im Leben.

(Heiterkeit)

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war wirklich eine klasse und spannende Einschätzung, einmal von Ihrer Seite diese Schilderung zu hören! Genau zu dem Punkt wollte ich jetzt nämlich kommen, den Sie eben schon angesprochen haben. Da gab es ja unterschiedliche Positionen. Jetzt haben wir ja aber schon einmal - - Also, Sie haben jetzt durchaus schon die Bedeutung des - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Entschuldigung, darf ich da einhaken? Ich habe nicht gesagt: unterschiedliche Positionen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich habe nur davon gesprochen, dass Dissense befriedet worden sind.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, ich kann das semantisch schon kapieren, was Sie mit „befriedet“ meinen.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Gut.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber mir geht es jetzt erst noch einmal um Dr. Thomauske, weil Sie haben ja den Namen auch genannt, und wir wissen ja auch, dass er seit 1997 eine wichtige Position gehabt hat und fast Dr. Röthemeyer vor die Nase gesetzt wurde, aber wir wissen ja auch aufgrund dieses Schreibens, wozu Ihnen die Kollegin Vogt Fragen gestellt hat - - In dem Schreiben bezüglich des Telefonats Dr. Matting/Dr. Thomauske, das aus dem BMU am 17. Januar an Sie gesendet worden ist, das ging von Ihnen an Dr. Thomauske - -

Ich will noch einmal auf das Anschreiben zurückkommen. Sie haben dieses Material ja jetzt vorliegen. Das ist adressiert an das Bundesamt für Strahlenschutz, Fachbereich usw., und dann kommt nämlich die Methode der Übermittlung, und da steht: „per Fax Herrn Thomauske“. Das heißt, Sie haben das möglicherweise auch noch auf dem Postweg an das Bundesamt für Strahlenschutz geschickt, aber mit Sicherheit - Sie haben diesen Brief selber unterschrieben - per Fax an Dr. Thomauske. Und ich lege so viel Wert darauf, dass das von Ihnen direkt an Dr. Thomauske gerichtet war, weil Sie ja anfordern - um das einmal ganz kurz zusammenzufassen - einen Bericht, der mit der BGR abgestimmt ist, zur Übertragbarkeit der Erkundungsergebnisse vom Nordostteil auf den Südwestteil. Und das ist ja unser zentrales Problem, um das wir jetzt in diesen Runden immer kreisen. Das trifft doch wohl zu? Also, das würden Sie doch jetzt sicher nicht in Abrede stellen, dass Sie vonseiten des BMU diesen Bericht vielleicht in seiner Funktion bei Dr. Thomauske angefordert haben.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Wir wollen ja korrekt sein. Ich habe schon mehrmals gesagt, dass diese Schreiben an die Behörden gegangen sind. Wenn ich auch letztlich der Adressat sein sollte, aber die Behörde ist der Ansprechpartner. Und dass man das aus bestimmten Gründen der Schnelligkeit etc. dann möglicherweise gleich nachrichtlich an diese eine oder jene Person schickt, das ist Praxis. Da ist also zunächst einmal nichts Verwerfliches dran. Dass ich dieses Schreiben auch gemacht habe, sehen Sie ja daran, dass dem ein Telefonat zwischen den Herren Dr. Matting und Dr. Thomauske am 7. Januar 1997 zugrunde lag. Das heißt, ich bin von meinem Vorgesetzten darüber informiert worden und habe dann, sage ich einmal, hier nachgefragt.²⁹

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist okay. Da haben wir keinen Dissens, Herr Dr. Bloser. Aber es war nicht nachrichtlich, sondern es war per Fax. Und meine Frage zielt eigentlich auch eher darauf - mir geht es mehr um den Inhalt und die Übertragbarkeit der Erkundungsergebnisse -: Wer ist denn eigentlich vor allem verantwortlich für diese Einschätzung, die ja letzten Endes dann auch BMU-Amtsmeinung ge-

²⁹ Ergänzung des Zeugen: „Durch einen Erlass des BMU ist das BfS zu diesem Schreiben amtlich aufgefordert worden. Inzwischen liegt dem Zeugen zudem ein „Geschäftsgangsdokument“ (ohne Fax-Nr.) vor.“

worden ist und die die damalige Bundesumweltministerin ja vertreten hat?

Sie fordern diesen abgestimmten Bericht an, sei es jetzt auf dem nachrichtlichen oder dem nachrichtlich doppelten Weg per Fax. Ich würde einmal sagen, per Fax. Sie fordern den von Herrn Thomauske an, der Bericht kommt von Herrn Thomauske und wird weitergeleitet an die Ministerin. Aber Sie haben jetzt die Situation, dass es auch Widersprüche gibt, und zwar erhebliche. Sie haben den Begriff „befriedet“ verwendet. Aber von Dr. Röthemeyer, von der bergfachlichen Person Herrn Wosnik, die Herrn Thomauske zur Seite gestellt worden ist, da er anerkanntermaßen bergfachlich nicht so versiert war - das hat er auch selber bei seiner Vernehmung hier eingeräumt - - Und jetzt frage ich Sie einmal: Sie sind, wenn ich vorhin diesen Wortwechsel richtig verstanden habe, Physiker, Kernphysiker.

Zeuge Dr. Manfred Blosler: Ich bin Physiker mit speziell -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie sind Physiker. Herr Thomauske ist ebenfalls Physiker. Die bergfachlichen Kenntnisse lagen bei Herrn Dr. Röthemeyer und insbesondere bei der bergfachlich beigeordneten Person, Herrn Wosnik. Was ist Ihre Grundlage, dass Sie die Meinung der Fachleute, die Kritikpunkte der Fachleute genau zu dieser Übertragbarkeit der Erkundungsergebnisse übergehen und die bergfachlich nicht so versierte Person als Ausgangspunkt nehmen und darauf das Ministerium festnageln? Ich muss doch annehmen, dass Sie das waren.

Zeuge Dr. Manfred Blosler: Jetzt weiß ich nicht, was Sie mit „das“ meinen - „dass Sie das waren“. Also, ich habe natürlich, klar die Fachaufsicht über das BfS geführt, im Rahmen meiner Zuständigkeit. Ist doch ganz klar. Und es war ja jetzt nicht nur - Sie heben immer ab auf Herrn Thomauske - die alleinige Auffassung von Herrn Thomauske, möglicherweise, sondern auch die der DBE, der Deutschen Gesellschaft für die - was weiß ich - Endlagerung, die Bergleute, es war die Auffassung der BGR, des - ich sage es jetzt zum dritten oder vierten Mal - geowissenschaftlichen Sachverstands der Bun-

desregierung, und es war die Auffassung, im Ergebnis, des BfS. Ich habe hier ein Schreiben, ein offizielles Schreiben des BfS bekommen, und darauf habe ich rekurriert, als ich sagte: Wenn es da Unfrieden im BfS gab, dann war der befriedet worden hinsichtlich dieser Entscheidung. Das ist doch logisch. Und, wenn Sie sagen, ich hätte keine geowissenschaftlichen Fachkenntnisse -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur gesagt: Sie sind Kernphysiker.

Zeuge Dr. Manfred Blosler: - das musste man aber daraus schließen; ich meine, ich bin ja nicht blöd -, dann ist das - sagen wir so - einfach auch nicht ganz richtig. Ich habe ja gesagt, die Geowissenschaften, die Erdwissenschaften bestehen aus vielen Fachbereichen. Und, wenn Sie mich examinieren wollen hinsichtlich der Geophysik, dann können Sie das gerne tun.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. Das wäre dann noch einmal eine neue Komponente oder Variante in unserer Untersuchungsarbeit und lässt sich vielleicht im Moment vermeiden. - Wir sind jetzt am Ende der zweiten Berliner Runde, und ich gebe nun der Union das Wort für die - -

Zeuge Dr. Manfred Blosler: Darf ich vielleicht noch einmal um eine kurze Pause bitten? Fünf Minuten?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Absolut. Fünf Minuten. Sehr gerne.

Zeuge Dr. Manfred Blosler: Danke.

(Unterbrechung von
19.25 bis 19.29 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe jetzt das Wort der Unionsfraktion. Bitte schön.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir haben nur noch zwei kurze Fragen. Wir haben grundsätzlich ja vereinbart, um 19 Uhr zu schließen.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Nein! Das haben
wir nicht vereinbart!)

Wir beantragen deswegen, die Vernehmung nach der nächsten Berliner Runde zu beenden. Wenn die Opposition der Auffassung ist, dass sie weitergehenden Fragebedarf hat, mag sie den Zeugen erneut laden.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Das ist der
Gipfel! Das kann ich Ihnen sagen!
Wir haben das nicht vereinbart!)

- Wir haben zahlreiche Folgetermine - mehrere Kollegen -, und es ist alles völlig in Ordnung; kein Grund, sich aufzuregen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Bloser, es ist jetzt so, dass die Kollegen untereinander mal kurz Beratungsbedarf haben. Das machen wir im Rahmen von Beratungssitzungen. Deshalb würde ich Sie bitten, einen Moment bitte draußen zu warten. Die Presse bitte ich auch, einen Moment draußen auf den Fortgang der Sitzung zu warten,

(Zuruf: Wir können doch
weitermachen!)

weil wir solche Abstimmungen und Diskussionen im Rahmen von Beratungssitzungen durchführen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich:
19.30 Uhr - Folgt Sitzungsteil
Beratung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich:
19.35 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Dr. Manfred Bloser

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Bloser, dann eröffne ich die unterbrochene Sitzung - Sie hatten vielleicht noch einen Moment Zeit, noch mal Luft zu schnappen - und gebe das Fragerecht an die Unionsfraktion. Bitte schön, Herr Kollege Monstadt.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich darf hier weitermachen. Ich darf noch mal zurückkommen auf das Jahr 85 und einen Vermerk, den Herr Dr. Illi dort am 24.07.85 geschrie-

ben hat; MAT A 52, Band 12, Seite 138/139 fürs Protokoll. Ich zitiere:

Ein weiterer Kernpunkt der Ergebnissbewertung war der Hinweis auf vorsorgliche Erkundungsmaßnahmen an anderen Standorten (Standortvorsorge). BGR und DBE lehnten diesen Teil der Ergebnissbewertung entschieden ab.

Zitat Ende. - Ist es richtig - jetzt meine Frage -, dass die BGR und auch die DBE sich damals gegen eine Erkundung eines weiteren Standortes ausgesprochen hatten? Wie waren die BGR- und DBE-Haltung, bzw. welche Argumente wurden hierfür angeführt?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, ich kann mich daran erinnern, dass DBE und BGR dem Vorschlag von Herrn Illi oder von Herrn Röthemeyer dann nicht gefolgt sind. Es wurden kurz die einzelnen Standorte, die im Vorfeld der Gorleben-Entscheidung, Gorleben zu erkunden - wann war das? 1977 oder 1979 -, noch mal erwähnt, weil dort Bohrungen durchgeführt worden waren und man mehr wusste über diese Standorte als über andere. Und die Auffassung der BGR insbesondere war, dass keine Kenntnisse zu diesen Standorten vorlägen, die sie besonders auszeichneten gegenüber Gorleben, zumal also in Gorleben ja 1983 - und der Vermerk von Herrn Illi bezieht sich ja auf das Gespräch von 1983 - schon obertägige Erkundungen mit einigen Tiefbohrungen durchgeführt worden waren und die Ergebnisse eben ja doch zeigten, dass eine Eignungshöflichkeit bestand. Insofern hätte es keinen Sinn gemacht, alleine aus geowissenschaftlichen Gründen, da noch weiter Erkundungen durchzuführen.

Es ist besonders bemerkenswert, dass die Geowissenschaftler das sagen, weil normalerweise die Geowissenschaftler sehr stark immer darauf aus sind, möglichst viel zu untersuchen, möglichst viel wissenschaftlich zu untersuchen und möglichst viele Arbeiten im Feld zu machen. Von daher ist es, denke ich, also zu unterstreichen, dass die BGR aus geowissenschaftlicher Sicht keine Notwendigkeit sah, das zu tun, und auch die DBE - weil die natürlich auch dabei war, Erkundungsergebnisse zu bewerten, beispielsweise die Frage: „Inwieweit ist damit zu rechnen, dass Kohlenwasserstoffe noch dort im Salzstock sind?“; das wurde im Wesentlichen von der DBE bearbeitet, mit

bergmännischen Methoden - zu dem Ergebnis kam, dass das nichts bringt.

Dabei gab es natürlich insbesondere immer noch die Randbedingungen, die zu überlegen waren bei der BGR: Wo sollen wir das Personal herkriegern? Bei der DBE ebenfalls; da hätten neue Leute eingestellt werden müssen. Das hätte einen großen Aufwand bedeutet. Und die Frage wäre immer noch gewesen, auch aus Sicht der Bundesministerien: Wer soll das bezahlen? Die EVUs hätten es nicht bezahlen müssen - die hätte man nicht zur Kasse bitten können -, weil es kein notwendiger Aufwand war. Die Endlagervorausleistungsverordnung ließ so etwas nicht zu: zusätzlich was zu machen, was nicht unbedingt notwendig war. Also, von daher ergab sich dann durchaus schlüssig - für mich jedenfalls, auch als Newcomer insoweit - bei der Nachbetrachtung, dass es richtig war, so zu verfahren, wie verfahren worden ist, nämlich auch nicht mehr in dem Zwischenbericht die Frage der alternativen Standorte zu erörtern, weil das nicht spezifisch zu Gorleben gehörte und nicht in die Aussagen zur Eignungshöflichkeit.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Danke bis hierher. - Ich darf dann noch mal zu sprechen kommen - und dazu auch eine Frage stellen - auf diesen legendären handschriftlichen Vermerk von Herrn Dr. Illi vom 11. Mai 83, der dann auch maschinengeschrieben abgeschrieben wurde; fürs Protokoll: MAT A 52/1 (neu) (neu) zu BB 17-9. Hier gibt es unterschiedliche Ansätze in der Interpretation. Wir legen Ihnen den Vermerk mal vor.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Ich darf da Ihr Augenmerk auf die Seite 9 lenken. Und um das zu raffen: Auf Seite 9 beginne ich mit dem Zitat von Herrn Ziegler - Zitat Anfang -:

Wenn man 1992 feststellen würde, dass Gorleben für wärmeentwickelnde Abfälle nicht geeignet ist, wür[de] das wegen der geringen Mengen dieser Abfälle nicht problematisch.

Dann kommt die Aussage von Herrn Venzlaff: „Erst noch ein vergleichbarer.“ Dann kommt Jaritz: „3 Standorte untersuchen und dann eine Entscheidung.“ Hanning: „Bei Vorschlag ein anderer Standort wird Gorleben entwertet.“ Matting: „BMI will nicht, daß an-

dere Standortvorschläge in den Bericht eingehen.“ Zitat Ende.

Bezieht sich diese Äußerung - das ist meine Frage - von Herrn Dr. Jaritz nicht vielmehr auf die vorige Aussage von Herrn Dr. Ziegler zum Jahr 92, sodass man, wenn sich der Salzstock Gorleben 92 als ungeeignet erweisen würde, dann drei Standorte untersuchen sollte? Sie waren bei der Besprechung zugegen. Können Sie uns dieses Rätsel mal auflösen? Wie ist Ihre Erinnerung, wie ist Ihre Interpretation dieser Aussagen, die wir gerade zitiert haben?

Zeuge Dr. Manfred Blosner: Also, ich habe Schwierigkeiten, glaube ich, bei der Auflösung dieses Rätsels Ihnen wirklich mit Fakten, mit Wissen aus der Sitzung heraus direkt dienen zu können. Es ist ja so, wie ja auch schon hier der Duktus ist: Es sind einige Wortfetzen, die man nur so verstehen kann, interpretieren kann, dass es eine Art Stichworte sind. Die Namen besagen, wer dieses Stichwort gewissermaßen geliefert hat. Ich glaube, einzig und allein Herr Illi ist in der Lage, das so zu lesen, wie er es wahrgenommen hat und niedergeschrieben hat.

Ich würde auch beispielsweise jetzt aus heutiger Sicht, wenn ich das jetzt werte - - „Wenn man 1992 feststellen würde“ - das ist ja praktisch ein Blick in die Zukunft -, „dass Gorleben für wärmeentwickelnde Abfälle nicht geeignet ist“ - - Und dann hier: „...wür[de] das wegen ... nicht problematisch.“ Oder soll das vielleicht heißen: „wäre das wegen der geringen Mengen dieser Abfälle nicht problematisch“? Ich kann also insbesondere mit den Dingen, die da hinkommen - - „Erst noch ein vergleichbarer“ - die Sätze sind unvollständig. Ich kann sie, wie gesagt, nur interpretieren. Mutmaßen möchte ich aber nicht - tut mir schrecklich leid.

Die Wahrnehmung von Herrn Illi, die er hat, die ja auch im Internet abzurufen war oder bei den Unterlagen dabei war - - Da konnte man den ganzen Vermerk sich ja angucken, und ich habe das natürlich getan. Diese Wahrnehmungen von Herrn Illi - auch nachher hat er noch mal ja einen Brief geschrieben, der ja wohl auch im Internet war, wo er dann noch mal gesagt hat, in freier Übersetzung von mir: Das war die schrecklichste Sitzung meines Lebens - kann ich nicht nachvollziehen. Es war nicht meine Wahrnehmung. Aber die Wahrnehmung ist subjektiv, und ich schätzte Herrn Illi als

Kollegen damals - und jetzt auch noch immer - und wirklich als prachtvollen Menschen und guten Kollegen. Seine Wahrnehmung, wie gesagt, kann ich nicht interpretieren. Sie deckt sich nicht mit meiner.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Aber welche Erinnerungen haben Sie denn konkret daran - gar keine Erinnerungen mehr? -, gerade an diese Passage zum Ende hin? War die - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein. Also, wie das so war: Das wurde nur so en passant - - Das Wesentliche war eigentlich schon abgeschlossen, diese Diskussion um den Bericht. Es war also praktisch noch mal ein Nachkarten gewissermaßen, wie man das häufiger bei Besprechungen macht; so habe ich das in Erinnerung, dass man dann noch mal etwas erwägt. Aber es war nicht primär im Fokus meiner Aufmerksamkeit. Ich habe Ihnen ja gesagt: Ich war relativ neu. Ganz andere Dinge interessierten mich da. Ich habe diese Frage mit den alternativen Standorten anders wahrgenommen als Herr Illi.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Herzlichen Dank. - Wir haben keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die SPD-Fraktion. Bitte.

Ute Vogt (SPD): Vielen Dank. - Ich würde gerne doch noch mal da weitermachen, wo wir vorhin bei der Vernehmung aufgehört haben, nämlich noch mal bei dieser Bitte von Ihnen an das Bundesamt für Strahlenschutz um einen schriftlichen Bericht, der dann von Herrn Thomauske auch an Sie weitergeleitet worden ist.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: An das Bundesministerium.

Ute Vogt (SPD): Ja, ans Bundesministerium und von dort an Sie; okay. So ist es korrekt. Aber auf jeden Fall von Ihnen an Herrn Thomauske und vom Bundesministerium dann an Sie, vom BfS dann ans Bundesministerium.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Entschuldigung, ich habe das Ganze jetzt nicht verstanden. Noch mal.

Ute Vogt (SPD): Also, es geht noch mal um den gleichen Bericht, den Sie angefordert haben und den dann das BfS an das Bundesministerium geschickt hat und der dann auch in Ihre Hände vermutlich kam.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Mit Sicherheit.

Ute Vogt (SPD): Zu diesem Bericht gibt es jetzt einen Vermerk von Herrn Wosnik. Kennen Sie Herrn Wosnik?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ist mir sehr bekannt. Ich schätze ihn.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

- Vielen Dank.

Ute Vogt (SPD): Der war ja der Fachmann für bergrechtliche Fragen. Und Herr Wosnik hat genau zu diesem BfS-Schreiben vom 23.01.97 einen Vermerk verfasst.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das wissen wir! - Gegenruf der Abg. Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben doch nicht die Fragen von Frau Vogt zu zensieren!)

- Wollen wir eine Lesepause kurz geben?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir haben den Wosnik rauf- und runtergefragt! Sie wissen das! - Weitere Zurufe)

Also, Sie sehen wahrscheinlich schon am Anfang des Vermerks, worauf ich raus will, nämlich dass Herr Wosnik hier deutlich macht, dass er weder gefragt worden ist noch in der vorliegenden Form das inhaltlich teilen könnte. Ist Ihnen das in Erinnerung, dass er danach praktisch diesen Vermerk noch mal, quasi im Nachgang dazu, angefertigt hat oder dass er so seine Meinung geäußert hat?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, mir ist dieser Vermerk, so wie er hier vorliegt, auf diesem Papier oder fotokopiert, nicht bekannt. Ich weiß aber, dass es durchaus Diskussionen im BfS gab. Und entscheidend

war letztlich, dass das im BfS vonseiten des Präsidenten gebilligt wurde, was dort geregelt worden ist. Und ich hatte keine Notwendigkeit gesehen und auch keinen Anlass, das infrage zu stellen. Es ist nämlich nicht so gewesen, dass man unbedingt die Herren Thomauske oder Röthemeyer entmachten wollte. Es ging einfach um eine praktische, organisatorische Frage.

Damals gab es diese Management-Buy-usw. Da gab es also viele neue Organisationsformen, wie man effektiv ein Projektmanagement organisiert. Und dann hat man da eine Matrixorganisation geschaffen. Diese Matrixorganisation besagt, dass der für ein Projekt Verantwortliche durchaus auf die Fachleute zurückgreifen kann, ohne den Umweg zu machen über deren Vorgesetzte. Und das ist deshalb wichtig, weil natürlich der Projektleiter auch verantwortlich ist für die Termine.

Das heißt, wenn er immer praktisch über den Vorgesetzten des jeweiligen Fachmanns gehen muss, hat er dann natürlich in der Tat so einen Bottleneck, also so eine Engstelle, wo er nicht durch kann, und das verzögert das Ganze ja und hat insbesondere - das aber nicht im Zusammenhang mit Gorleben, sondern mit anderen Arbeiten, die das BfS zu erledigen hatte - besorgt gemacht, weil dort, ich sage mal, dauernd Reibungsverluste - ³⁰ Es klappte nicht, es ging nicht vorwärts, und die Frage war: Woran liegt es dann? Und dann hat das BfS entschieden in Zusammenarbeit mit einem Berater, dass eben eine Matrixorganisation geschaffen wurde, die dann zu den Konsequenzen führte, die Herr Röthemeyer und Herr Wosnik dann bedauerten.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, es war Ihnen schon bekannt, dass die beiden gar nicht mehr im Informationsstrang waren?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein, nein. Mir war bekannt, dass es Schwierigkeiten gab, Fortschritte zu vermerken. Es gab - - Ich habe Ihnen doch erzählt, dass es eben wichtig war, auch für den Weiterbestand von Genehmigungen von Kernkraftwerken, Fortschritte in der Entsorgung zu haben.

Ute Vogt (SPD): Das ist klar.

³⁰ Ergänzung des Zeugen: streiche „-“, setze „gab.“, Anlage

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Und es gab da durchaus eben die Fragestellungen, wenn beispielsweise - - Und es ging im Wesentlichen um andere Dinge, um andere Projekte, gar nicht so sehr um Gorleben, sondern um andere Dinge.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, es ging dann um Beschleunigung?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein, nein. Es ging darum, dass beispielsweise Planfeststellungsunterlagen zu erstellen waren und Unterlagen, die die Planfeststellungsbehörde im Zusammenhang mit einem anderen Projekt angefordert hatte, nicht zügig kamen.

Ute Vogt (SPD): Aber wenn es fachliche Probleme gibt - - Also, in dem Fall geht es ja um ein fachliches Bedenken von Herrn Wosnik und Herrn Röthemeyer. Herr Röthemeyer hat bei uns im Untersuchungsausschuss ausgesagt am 15.12.2011. In dem Protokoll auf Seite 55 sagt er auf meine Frage - - Ich habe ihn gefragt: Hätte Herr Thomauske auf Herrn Wosnik zurückgreifen können? - Und da hat mir Herr Röthemeyer geantwortet: Er hätte es sogar müssen. Herr Wosnik war der bergbaufachliche Vertreter des BfS, und er hatte noch die ganzen Verantwortungen usw., die später ja auf andere übertragen wurden. - Aber zu dem Zeitpunkt, sagt uns Röthemeyer, hätte Thomauske auf jeden Fall Wosnik einbeziehen müssen. Können Sie uns erklären, warum er ihn nicht einbezogen hat?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich weiß nicht, weshalb er ihn nicht einbezogen hat. Herr Wosnik war der von den Bergämtern, Bergbehörden anerkannte fachkundige Mann, der natürlich hier gefordert war durch das Berggesetz. Andere Leute hatten das nicht, zumindest nicht „per Geburt“, weil sie keine Bergbaukunde studiert hatten. Herr Wosnik hatte das. Es war aber durchaus möglich, sage ich mal, auch für einen Physiker, diese Bergbaukunde im Sinne des Bergrechts zu erwerben und durchaus dann Ansprechpartner der Bergbehörden zu werden oder zu sein.

Ute Vogt (SPD): Aber zu dem Zeitpunkt war ja Herr Wosnik da und hätte gefragt werden können.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Hätte gefragt werden können. Aber wenn es, sage ich mal, Probleme gab beim BfS - das muss ich mal unterstellen -, dann war es Sache des BfS, diese Probleme zu lösen.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, Ihnen war das nicht bekannt?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich war nicht gefragt. Ich war nicht eingeschaltet worden in diesem Zusammenhang, und es war eine eigene, originäre exekutive Aufgabe des BfS, das zu regeln.

Ute Vogt (SPD): Aha. - Jetzt haben Sie - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Darf ich vielleicht auch noch etwas zu dem Vermerk von Herrn Wosnik sagen? Ich meine, der wurde mir ja vorgelegt. Ich nehme an, dass man dazu auch noch was hören wollte.

Ute Vogt (SPD): Ja. Ich wollte - - Ich habe ja zu Anfang schon mal gefragt, wo der Herr Wosnik deutlich gesagt hat, dass er hätte nicht mitzeichnen können und auch nicht gefragt worden ist.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Das steht ja da nicht. Es wurde nur - - Das Schreiben des BfS wurde nicht abgestimmt.

Ute Vogt (SPD): „... und hätte von mir in der vorliegenden Form nicht mitgezeichnet werden können.“ Und dann führt er inhaltlich aus, warum nicht.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja. Aber er war beteiligt. Sonst hätte er das ja gar nicht sagen können.

Ute Vogt (SPD): Nein. Er hat es hinterher - - Wir haben das ja eruiert mit dem Herrn Professor Röthemeyer. Das kam hinterher dann noch mal zur Sprache, und er hat das im Nachhinein ergänzt.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ach so, ja. Ich lese jetzt sehr akribisch den Text, den ich hier vorliegen habe. - Und dann kommen hier also die Begründungen, weshalb. Und wenn ich da mal genau gucke, schreibt Wosnik: Das, was gemacht werden soll, „ist insbesondere hinsichtlich der nördlichen Richtstre-

cke in keiner Weise belastbar.“ - Das ist aber nicht substantiiert. Damit können Sie doch gar nichts anfangen. Er schreibt gar nicht, in welcher Weise nicht belastbar.

Ute Vogt (SPD): Na ja, gut. Er hat einen Kurzvermerk gemacht.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja. Aber ich meine: Selbst wenn ich den gekannt hätte - -

Ute Vogt (SPD): Jetzt muss ich mal fragen nach der damaligen Zeit: War es Ihnen bekannt, dass Herr Wosnik grundsätzlich Bedenken hat - jetzt nicht, dass Sie den Vermerk gekannt haben, aber dass der Herr Wosnik Bedenken hatte, dass man die Erkundung auf den nordöstlichen Teil konzentriert ohne die weiteren Salzrechte? Waren Ihnen diese Bedenken von Herrn Wosnik damals bekannt?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, das sind zwei Fragen gewesen. Einmal haben Sie nach grundsätzlichen Bedenken gefragt und dann nur noch nach Bedenken dieser Art. Das sind zwei verschiedene Dinge, nicht?

Ute Vogt (SPD): Ja. Dann beantworten Sie beide.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Er hatte keine grundsätzlichen Bedenken. Er hatte nur Bedenken im Hinblick auf diese Art, wie vorgegangen werden sollte.

Ute Vogt (SPD): Aber die waren Ihnen bekannt damals?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein. Brauchte ich auch nicht zu wissen. Ich wusste auch nichts von dem Vermerk.

Ute Vogt (SPD): Sie haben doch vorhin gesagt: Es gab Meinungsverschiedenheiten, und die wurden dann befriedet im BfS. - Dann muss ja erstens bekannt gewesen sein, dass es verschiedene Meinungen gab, und dann würde ich noch gerne von Ihnen wissen, wer die dann in welcher Form befriedet hat.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, ich habe die jetzt gelesen im Internet. Ich habe da Infoberichte gesehen, die an die SPD-

Fraktion gegangen sind, die einer ihrer Mitarbeiter verfasst haben muss. Da steht das ja alles drin. Ich kann ja lesen.

Ute Vogt (SPD): Sie sollten aus Ihrem Wissen der damaligen Zeit die Fragen hier beantworten, und die Frage war, ob Sie wissen, wer damals - - Sie haben doch selber gesagt: „Die Konflikte wurden befriedet“, und da wollte ich wissen: Wer hat befriedet und wie?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja. Aber das habe ich gesagt im Wissen um die Dinge, die im Internet stehen, die jüngst aus dem Wissen dieses Ausschusses ins Internet gesetzt worden sind.

Ute Vogt (SPD): Ach so. Das war kein eigenes Wissen, sondern das war eine Schlussfolgerung aus dem, was - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja. Es ist ein Wissen, das ich aus dem Internet gezogen habe. Wenn Sie sagen: „Das stimmt alles nicht“ - gut, dann habe ich falsches Wissen.

Ute Vogt (SPD): Okay, gut.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Aber dann darf ich mal weiter fortfahren. Im zweiten Absatz steht ja dann weiter, ich sage mal, „daß bei der Nichtausschließbarkeit von Gaszutritten ... und damit verbundene Mehrkosten zu erwarten sind.“ Wieder nichts Konkretes. Sie sind nicht substantiiert. Damit können Sie nichts anfangen. Das ist einfach eine Freizeichnung.

Ute Vogt (SPD): Na ja, es war ja im Grunde - - Es war ja nicht die einzige Diskussion, die Herr Wosnik in dem Zusammenhang führte, sondern das war einer von vielen Vermerken.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja. Ich habe jetzt nur zu dem Vermerk hier Stellung genommen.

Ute Vogt (SPD): Deshalb glaube ich, man braucht das auch nicht zu vertiefen. Ich denke, wir haben ja da an anderer Stelle ausführlichere Stellungnahmen von ihm.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wo denn?)

Ich wollte noch mal eine Sache ansprechen, die Sie vorhin auch selbst angesprochen haben, als es um die Frage des Kollegen Grindel ging mit der politischen Beruhigung, wo man gesagt hat: Die Überschrift bei der Pressemitteilung der Umweltministerin ging um die Frage der politischen Beruhigung. Das kann man ja nachvollziehen. Sie sind jetzt aber Wissenschaftler. Halten Sie es für richtig, dass man mit wissenschaftlichen Erkenntnissen in dieser Art und Weise nur politisch dann an die Öffentlichkeit geht?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein. Es waren ja keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, die dazu hätten führen müssen, andere Standorte zu untersuchen. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse wurden im Zusammenhang mit Gorleben gewonnen. Die sind veröffentlicht worden; die hat das Parlament sogar bekommen. Ich kann Ihnen das alles vorlesen. Ich habe mir das notiert vor dem Hintergrund der Internetinformation. Wollen Sie hören, was alles gemacht worden ist?

Ute Vogt (SPD): Nein. Das wissen wir ja. Wir haben ja die Informationen.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, gut. Dann brauchen Sie mich ja dazu nicht mehr zu fragen. Das wurde alles - -

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ute Vogt (SPD): Nein. Ich frage Sie aus - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Das wurde alles veröffentlicht, liebe Frau Vogt. Entschuldigen Sie, wenn ich „liebe“ sage. Aber: Gnädige Frau.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Es ist jetzt gut!
Der Zeuge soll sich mal am Riemen
reißen!)

Ute Vogt (SPD): Kein Problem. Wir sind hier vieles gewöhnt.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Gut. - Insofern wurde da gar nichts unter den Tisch gekehrt. Aber fragen Sie bitte weiter. Sonst rede ich so viel.

Ute Vogt (SPD): Nein. Mir ging es nur - - Ich wollte nur die Einschätzung des Wissenschaftlers hören: ob Sie als Wissenschaftler, zum Beispiel wenn Sie selbst so etwas zu verfassen hätten, die Begründung in der politischen Form abgefasst hätten oder ob es dafür auch andere Begründungen gegeben hätte. Das war meine Frage.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Was - - Aber - - Wozu - - Also, jetzt müssen Sie schon konkret sein. Wozu sollte ich jetzt als Wissenschaftler eine Begründung abgeben? Entschuldigen Sie, das ist mir jetzt zu vage.

Kirsten Lühmann (SPD): Dann darf ich vielleicht noch mal darauf hinweisen: Vorhin haben wir gehört - entschuldigen Sie, dass ich nicht mehr weiß, von wem; da wurde aus einem Protokoll zitiert, und dort hieß es -: Wir brauchten gar keine Anweisung, um das Gutachten zu verändern, um den Passus mit der Sinnhaftigkeit einer Paralleluntersuchung anderer Standorte rauszunehmen. Ich habe akzeptiert, dass das eine politische Entscheidung ist, und habe daher meine Einschätzung, dass es sinnvoll wäre, weitere Standorte zu untersuchen, rausgenommen, von mir aus. - Das war der Hintergrund der Frage der Kollegin Vogt. Sind Sie als Wissenschaftler der Meinung, dass ein Wissenschaftler, der dieses Gutachten geschrieben hat, aus - nach eigenen Angaben - politischen Gründen einen Teil dieses Gutachtens entfernt, weil er akzeptiert, dass es eben politische Gründe gibt, gewisse Punkte eines Gutachtens nicht reinzuschreiben?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Hierzu darf ich sagen, dass aus dem Gutachten, soweit es den Salzstock Gorleben betrifft - -

Kirsten Lühmann (SPD): Nein. Das meinen wir nicht.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Das ist aber das - - Entschuldigen Sie, wenn Sie ein geowissenschaftliches Gutachten anfordern, und dann steht da noch etwas zur Sicherheit des Kraftfahrzeugverkehrs, dann ist es doch wohl auch angebracht, zu sagen: Bitte, nehmt das mal raus; das ist ein ganz anderes Thema.

Kirsten Lühmann (SPD): Wir reden aber nicht über das Kraftfahrzeug, sondern wir reden davon, dass es ein Gutachten war, in

dem erwähnt wurde: Aus wissenschaftlichen Gründen wäre es vielleicht ganz sinnvoll, wenn wir mehrere Parallelstandorte betrachten. - Das ist nicht ein Kraftfahrzeug, sondern wir reden über dasselbe Thema, und diese Begründung, warum man das machen sollte, war eine wissenschaftliche. Und jetzt noch mal die Frage: Halten Sie es als Wissenschaftler für richtig, dass man diesen Passus, der aus wissenschaftlichen Gründen reingenommen wurde - „wir empfehlen, dass es sinnvoll ist, dass ...“ -, aus politischen Gründen entfernt?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, jetzt sage ich zum dutzendsten Mal - weil mir keine Steigerung mehr einfällt -, dass diese Aussage, andere Standorte zu erkunden, keine wissenschaftliche Aussage war. Das muss man doch auch einmal begreifen, und auch begreifen wollen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Jetzt mäßigen
Sie sich mal ein bisschen im Ton!)

Man kann doch nicht fixiert immer nur irgendwo draufstarren und meinen, alles das, was einem nicht so passt, das blendet man aus. - Es tut mir leid. Ich habe es im Internet nachgeguckt. Ich bin doch hier nicht derjenige, sage ich mal, der die Sicht aus heutiger Zeit ausblendet.

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel
(CDU/CSU) - Gegenruf der Abg.
Ute Vogt (SPD): Wir wollen hier
keine Tore schießen, sondern
Erkenntnisse gewinnen!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Im Rahmen dieses Erkenntnisgewinns geht nun das Fragerecht an die FDP-Fraktion. Bitte schön.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Dr. Bloser, ich habe noch eine ganz kurze Frage an Sie. Und zwar geht es noch einmal um die Rolle der EVUs Mitte der 90er-Jahre. Welche Bedeutung hätte denn zum Beispiel die mögliche Nichteignung Gorlebens für den Entsorgungsvorsorgenachweis der Kernkraftwerksbetreiber gehabt? War das eine Diskussion? Können Sie dazu etwas sagen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich kann nur auf die Entsorgungsberichte verweisen, wo genau drinsteht, welche Vorsorge immer

nachzuweisen ist, wenn dies oder jenes gemacht werden soll, beispielsweise bei Genehmigungen. Und wenn man das ernst nimmt - - Es war gar kein Zweifel, dass die Genehmigungsbehörden das ernst nehmen würden, insbesondere auch die Gerichte, weil ja immer damit zu rechnen war, dass jede Genehmigung, Teilgenehmigung - oder wie auch immer - beklagt werden würde, sodass natürlich die EVUs den Schwarzen Peter zugeschoben bekommen hätten, sprich: sie hätten dann die Konsequenzen einer entsprechenden Entscheidung tragen müssen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen mehr? - Gut. Dann geht das Fragerecht jetzt bitte an die Linken.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Dr. Bloser, versuchen Sie, sich noch einmal die Situation in Erinnerung zu rufen, als die Pressekonferenz von Frau Dr. Merkel stattgefunden hat. Da war es ja so, dass es dann seitens der BGR Anrufe gab oder man auf Sie zugegangen ist und sich gegen Vergleiche und gegen die Aussage, der Salzstock Gorleben bleibe eben erste Wahl, verwahrt habe. Wissen Sie noch, wer von der BGR mit Ihnen gesprochen hat oder angerufen hat?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein, das weiß ich nicht mehr. Es war aber auch nicht so, wie das gerade hätte verstanden werden können, dass die BGR gegen einen Vergleich gewesen wäre in dem Sinne, dass sie hätte nicht vergleichen wollen, sondern es ging im Wesentlichen um die Aussage „erste Wahl“ und darum, dass die BGR der Auffassung war: Wieso denn das? Gorleben ist ja gar nicht Gegenstand des Berichts, der von uns abgeliefert worden war. Wieso kann man denn dazu kommen, zu sagen, wir hätten in dem Bericht gesagt, Gorleben sei erste Wahl? - Das ist der eigentliche Knackpunkt gewesen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Dann ist die Frage, warum diese Aussage getätigt wurde. Die bleibt nach wie vor im Raum stehen. Aber dazu hatten Sie ja etwas gesagt.

Es geht noch einmal um die Studie von Appel und Kreusch mit dem Titel „Das Mehrbarrierensystem bei der Endlagerung radioaktiver Abfälle in einem Salzstock“. Da ging es also - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Wann war das?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir brauchen eine MAT-Nummer, bitte.

Jens Petermann (DIE LINKE): Das legen wir dazu. Das ist veröffentlicht. Das können wir Ihnen vorlegen.

(Zuruf: Das muss noch eingeführt werden!)

- Ja, das wird als MAT B eingeführt. Einverstanden?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Aus welchem Jahr ist das, bitte schön?

Jens Petermann (DIE LINKE): Die ist aus dem Jahr 2006. Aber da wird ja Bezug genommen auf Erkenntnisse, die bereits im Jahr 1995 vorgelegen haben. Zu der Frage der Barrierefunktion des Deckgebirges beispielsweise kommt Appel zu dem Ergebnis:

Der Salzstock Gorleben weist mit der bekannten nicht nur in die Deckgebirgsschichten und den Gipshut, sondern sogar in den Salzgesteinskörper einschneidenden elstereiszeitlichen Gorlebener Rinne keines der genannten positiven Merkmale auf. Über weiten Teilen des Salzstocks fehlen zudem die geforderten Einheiten, ohne dass sie durchgängig durch entsprechende andere Einheiten ersetzt werden.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Kollege Petermann, das ist jetzt wirklich eine Studie aus dem Jahr 2006. Es ist überhaupt gar keine Frage, dass die Gorlebener Rinne hier mehrfach Gegenstand von Verhandlungen war, aber das ist nun ein Dokument, das tatsächlich weit außerhalb unseres Untersuchungszeitraums liegt. Wenn Sie sich vielleicht auf irgendein Dokument kaprizieren könnten, das dazugehört.

Jens Petermann (DIE LINKE): Frau Vorsitzende, es sind ja keine völlig neuen Erkenntnisse. Das sind Aussagen, die sind im Ausschuss schon mehrfach getätigt worden. Auch der Zeuge Appel hat das gesagt. Ich

will nur noch einmal in Erinnerung rufen, dass diese Aussagen getätigt worden sind und unter anderem in dieser Studie noch einmal zusammengefasst worden sind. Und das sind eben Aussagen, die waren bereits - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Und ich bitte Sie, ob Sie nicht auch ein Dokument nehmen können, das tatsächlich zu unserem Untersuchungsgegenstand unmittelbar gehört.

Jens Petermann (DIE LINKE): Die waren bereits im Jahre 1995 bekannt, und die hätten doch zumindest, wenn man sich über Gorleben unterhält, einmal berücksichtigt werden müssen, wurden sie aber offensichtlich nicht. Können Sie dazu noch etwas sagen, Herr Dr. Bloser?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich kenne dieses Gutachten nicht, und ich habe Hemmungen, jetzt zu einzelnen Aussagen, die ich nicht im Gesamtzusammenhang lesen kann, etwas zu sagen. Ich denke, was das Deckgebirge anbetrifft, habe ich mich in anderem Zusammenhang geäußert.

Was jetzt Appel und Kreusch anbetrifft, kann ich nichts sagen, weil ich eben das Gutachten nicht kenne. Ich weiß, dass Kreusch und Appel, sage ich ja einmal, Kritiker sind, aber insbesondere bei Herrn Appel - das habe ich auch schon gesagt - ist es im Wesentlichen die Vorgehensweise. Aus meiner Sicht hat er in jüngster Zeit nie gesagt, Gorleben sei nicht eignungshöflich.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ich will Ihnen einfach noch einmal das Protokoll vom 10.11.2011 zitieren. Das betrifft die Zeugenvernehmung des Zeugen Dr. Appel. Er sagte:

Bei dem Kriterienansatz, der eingeflossen ist oder der entwickelt worden ist in dieser Studie von 1995, würde Gorleben nicht zu den untersuchungswürdigen Standorten gehören.

Das hat er original hier gesagt.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich weiß nicht, welche Kriterien er meint. Er meint offenbar andere Kriterien, als ich kenne.

Johanna Voß (DIE LINKE): Dr. Bloser, kennen Sie denn nicht die Kriterien, die an-

gewendet wurden in der Untersuchung der BGR, in der Studie von 1995? Wissen Sie nicht, nach welchen Kriterien dort verschiedene Standorte untersucht worden sind?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Es sind doch gar nicht die Standorte untersucht worden. Es sind Standorte ausgesucht worden, die untersuchungswürdig sind.

Johanna Voß (DIE LINKE): Die sind sogar sehr tief untersucht worden. Es wurden nämlich die vorhandenen Unterlagen der Erdgas- und Erdölversorger mit einbezogen, die wurden nur nachher nicht mit veröffentlicht. Das heißt, dort wurden Standorte untersucht, und es wurden sogar die Erkenntnisse, die man schon hatte - auch aus der Tiefe -, mit einbezogen. Es war keine billige, kleine, nur aktenvergleichende Studie. Es wurde geprüft sogar schon, was da für Interessen oben waren, und ob Salzrechte gekauft werden könnten, war das Einzige, was noch nicht mit erkundet worden war. Aber wie gut das Deckgebirge war, das war das erste Kriterium.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist doch eine Zumutung!)

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, ich widerspreche doch gar nicht, und das deckt sich auch mit dem, was ich gesagt habe. Ich habe doch nicht gesagt, dass es vorteilhaft ist, wenn das Deckgebirge nicht wirksam ist. Ich habe nur gesagt: Entscheidende Barriere ist das Salz. Wenn man natürlich die Wahl hat zwischen verschiedenen Standorten und man dann eben die Wahl zwischen einem funktionierenden Deckgebirge und einem möglicherweise nicht funktionierenden hat, dann ist ja auch klar: Dann nehme ich erst einmal das andere, wo das Deckgebirge da ist. Aber ich habe nicht die Sicherheit, dass, wenn ich dann weiter, tiefer bohre, alles wirklich so positiv ist, wie es bei dem anderen war. Das ist doch gerade das Dilemma, in dem man ist, wenn man jetzt versucht, andere Standorte zu vergleichen oder zu untersuchen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Sie sagten, das entscheidende Kriterium sei das Salz. Aber das ist eben gerade in der BGR-Studie nicht das entscheidende Kriterium, sondern da wird vom Deckgebirge gesprochen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist einfach Quatsch!)

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Noch einmal: Ich meine - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Ich will Ihnen das noch einmal klarmachen: Gorleben wäre in dieser Studie herausgestrichen worden.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist doch Quatsch! Polemisieren Sie hier nicht! Das können Sie im Bundestag erzählen!)

Es hat kein ausreichendes, überhaupt kein Deckgebirge, keine abschirmenden Tonschichten. Es hat stattdessen einen steilen Zahn, der nach oben reicht, und es hat die Gorleben-Rinne. Das sind alles Kriterien, die hier abgeprüft worden sind - bei all den Standorten. Dann ist darüber hinaus noch eine genügend große Mächtigkeit von Salz.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir brauchen hier nicht zu agitieren!)

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich habe Ihnen doch erzählt, dass diese Entscheidung, Gorleben zu nehmen, lange vor meiner Zeit war.

(Kirsten Lüthmann (SPD): Darum geht es doch gar nicht! Es geht um die Studie von 1995!)

Da habe ich gar keinen Einfluss drauf genommen. Diese Dinge, die Sie genannt haben, sind mir durchaus bekannt; aber die Bewertung, die von der Fachwelt vorgenommen wird³¹, ist eine andere als die, die Sie jetzt gerade vorgetragen haben. Und insofern: Wenn es so ist, dass Herr Appel und Herr Kreusch sagen, Gorleben ist ungeeignet, dann stehen sie im Widerspruch zu der anderen Fachwelt. Was soll ich dazu sagen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht nun an Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Bloser, Sie hatten ja die Fachaufsicht über das BfS damals, und Sie waren auch an der Neuorganisation des

Fachbereichs ET im BfS beteiligt. Davon gehe ich aus.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein, ich war nicht daran beteiligt, jedenfalls nicht direkt. Ich habe keinen Einfluss genommen auf den Präsidenten, und der war der Einzige, der hätte entscheiden können, das zu machen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Bloser, bevor Sie sich jetzt in wirklich schwierige Widersprüche verstricken, zitiere ich Ihnen etwas aus einem Schreiben von Ihnen selbst, von Ihnen unterschrieben. Das ist - ja, Sie bekommen es auch gleich vorgelegt - MAT A 201, Band 6, Seite 192.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Das ist ein Schreiben von Ihnen, und da geht es um die Neuorganisation des Fachbereichs ET. Unter Punkt 1 steht:

Dem Wunsch von Herrn Prof. Kaul, die Neuorganisation des Fachbereichs ET mit RS zu bereden, sollte gefolgt und hierfür ein gesonderter Termin ins Auge gefasst werden.

Zweitens. Im Einzelnen ist zu bemerken, beziehungsweise zu hinterfragen: Mit der Gliederung des Fachbereichs ET in zwei Leitungsbereiche ...,

- das sind jetzt Ihre Bemerkungen -

wobei u. a. die Abteilung „Sicherheit der Endlagerung“ bei Herrn Röthemeier ressortiert, die „Projekte“ und der „Endlagerbetrieb“ bei Herrn Thomauske, wird faktisch der Fachbereiche ... zweigeteilt, allerdings der Anlass nicht beseitigt, der zu den Überlegungen einer Neuorganisation des Fachbereichs ET führte. Häufig unterschiedliche Auffassungen zwischen Herrn Röthemeier und Herrn Thomauske

- die also dazu führten -

wären trotz Neuorganisation nach wie vor von der Amtsleitung ... zu entscheiden.

Und dann kommt eine weitere wichtige Bemerkung von Ihnen:

Auch derzeitige Probleme mit ET-B werden nicht dadurch beseitigt, daß eine Organisationseinheit „Berg-

³¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „wird“, setze „wurde“, Anlage

technische Betriebsüberwachung“ (Leiter: Wosnik) geschaffen wird. Solange hier nach wie vor die bergrechtliche Verantwortung liegt, ist diese Organisationseinheit maßgeblich für die Zulassungs- und Genehmigungsanträge sowie für wesentliche betriebliche Entscheidungen.

Das heißt, dass dieser Vermerk, von dem wir vorhin geredet haben, dieses Protestschreiben von Herrn Wosnik zu dem Schreiben von Herrn Thomauske, das Sie bestellt hatten und das auch an Sie wieder ging und das Sie sich ja auch später zu eigen gemacht haben - - Dieser Protest von Herrn Wosnik ist relevant für Genehmigungsanträge und betriebliche Entscheidungen. Und unter anderem deshalb wurde diese Neuorganisation geplant, und Sie waren daran sehr wohl beteiligt. Möchten Sie dazu Stellung nehmen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, ich habe ja gesagt, dass ich daran nicht insoweit beteiligt worden bin, dass ich auf das BfS eingewirkt hätte, auf den Präsidenten, habe ich gesagt. Das Schreiben beginnt ja auch:

Dem Wunsch von Herrn Prof. Kaul, die Neuorganisation des Fachbereichs ET mit RS zu bereden, sollte gefolgt und hierfür ein gesonderter Termin ins Auge gefasst werden.

Und ganz zum Schluss schreibe ich ja auch, ich wäre dankbar für eine Rücksprache mit dem Präsidenten. Das heißt, dass ich diese Dinge wohl auch ernst genommen habe; sonst hätte ich das ja nicht getan. Das wurde dann auch beredet, und es wurde dann einmal so entschieden, wie entschieden worden ist.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also diese Bemerkungen haben Sie so für sich, zur Freude, aufgeschrieben?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein, ich habe ja gesagt:

3. Zusammenfassend ergibt sich eher der Eindruck, daß der Vorschlag der Neuorganisation des Fachbereiches ET in der vorliegenden Form die bestehenden Probleme nicht löst. Die o. g. Kritikpunkte - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie bewerten den Vorschlag und benennen die Probleme, die weiterhin bleiben.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, eher der Eindruck³². Das heißt, ich war in der Abwägungsphase, wobei bei der Abwägung eher der Eindruck entstand. Und dann ist mein Vorschlag: Sollten wir mit BfS besprechen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn die Fachaufsicht jetzt an eine nachgeordnete Behörde ihren Eindruck einer Sache schreibt und das bewertet: Was macht die Behörde damit? Sagt sie: „Ach, interessiert uns doch nicht“?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein. Entschuldigung, das geht ja an den Abteilungsleiter hier im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und nicht an das BfS. Entschuldigen Sie, jetzt verstehe ich Sie nicht.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie haben doch Ihre Meinung da festgeschrieben, damit sie für die Entscheidung auch einbezogen wird.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, eher den Eindruck³³, dass es das nicht löst. Das muss diskutiert werden. Das ist das Ergebnis.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie hatten die Fachaufsicht über das BfS. Also Sie sind die Person, die innerhalb des BMU gefragt wird, wenn es um eine Entscheidung geht, die innerhalb des BfS getroffen werden soll. Ich meine, so eine Neuorganisation ist ja nicht gerade ein Pappentier. Da wird ja nicht der Postbote gewechselt, sondern da wird die Leitung eines entscheidenden Referats ausgewechselt. Herr Röthemeyer wird entmachtet. An seine Stelle kommt Herr Thomauske, von dem man sich verspricht - das hatten wir im Untersuchungsausschuss schon -, dass er im Gegensatz zum Bedenkenträger der Macher ist.

³² Richtigstellung des Zeugen: setze in Anführungszeichen „eher der Eindruck“, Anlage

³³ Richtigstellung des Zeugen: setze in Anführungszeichen „eher der Eindruck“, Anlage

Und Sie bewerten das jetzt und beschreiben auch die Probleme noch einmal und das, was daraus zu erwarten ist. Da haben Sie doch Einfluss genommen.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein. Entschuldigung. Ich habe - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie so unbedeutend?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Entschuldigung, ich habe darum gebeten, dass das noch einmal mit dem Präsidenten erörtert wird.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Ihre Bedenken. Dass Ihre Bedenken noch einmal erörtert werden.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Das ist doch keine Entscheidung gewesen, sondern das war eine Abwägung meinerseits.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe auch nicht gesagt, dass Sie es entschieden haben. Ich habe gesagt: Sie haben Einfluss genommen.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, im Rahmen dieses Vermerks, wenn Sie so wollen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig. Darum geht es. Sie haben Einfluss genommen.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Gut, ich bin meiner fachaufsichtlichen Aufgabe nachgegangen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, eben. Davon sind wir ja auch ausgegangen, dass Sie Ihrer fachaufsichtlichen Aufsicht nachgegangen sind und Einfluss genommen haben. Und jetzt sind wir ja so weit, dass Sie das auch so sehen.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Entschuldigung, ich bin nach wie vor meiner fachaufsichtlichen Aufgabe nachgegangen und habe dazu - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Dann gehen wir doch einmal dazu über, warum denn diese Neuorganisation kam und was das auch für Sie be-

deutet hat. Sie haben sich ja das Schreiben von Herrn Thomauske zu eigen gemacht, der sagte: Alles easy mit dieser Veränderung des Erkundungskonzepts, es ist zweckmäßig, die Erkenntnisse können dann übertragen werden, da sind wir auf der sicheren Seite - was weder Herr Röthemeyer so sah noch Herr Wosnik so sah. Warum haben Sie denn nicht auf die Argumente dieser fachlichen Personen oder auch von Herrn Röthemeyer gehört? Haben Sie mit denen einmal darüber gesprochen, oder haben Sie nur mit Herrn Thomauske darüber gesprochen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Darf ich die Fragen sukzessive beantworten?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Es waren ja mehrere. Ich fange einmal mit der letzten an. Ich habe mit Herrn Röthemeyer und mit Herrn Thomauske häufiger gesprochen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darüber?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Darüber wahrscheinlich auch.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum haben Sie dann nur die - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Darf ich - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Es geht mir nur um diese Frage. Warum haben Sie dann nur das von Herrn Thomauske benutzt und sich zu eigen gemacht, und das identisch mit dem gleichen Wortlaut? Und Sie haben es sich zu eigen gemacht; denn in Ihrem eigenen Schreiben schreiben Sie zum Schluss, nachdem Sie wörtlich die Argumente von Herrn Thomauske wiederholen:

Zusammengefasst halte ich daher fest: Erstens. Die derzeitige Erkundung allein des nordöstlichen Teils ist vor dem Hintergrund der derzeitigen Lagebeurteilung zweckmäßig. Zweitens. Die geologische Beschaffenheit des gesamten Salzstocks lässt erwarten, dass die durch die Erkundung des Nordostteils gewonnenen Erkenntnisse auf

den Südwestteil übertragen werden können.

Warum haben Sie sich, wenn Sie mit allen gesprochen haben, nicht die kritischen Argumente zu eigen gemacht oder zumindest einmal abgewogen, sondern identisch das von Herrn Thomauske übernommen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich habe das ja gar nicht identisch von Herrn Thomauske übernommen - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, das habe ich zitiert.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Lassen Sie mich doch jetzt bitte auch mal ausreden.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sollen nicht die Unwahrheit sagen. Es ist wörtlich zitiert.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Jetzt ist aber Schluss! Das ist unglaublich! Das ist der faire Stil, den Sie einfordern! - Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Sie haben die Antwort noch gar nicht gehört und unterstellen schon Unwahrheit!)

- Ich möchte den Zeugen nur davor bewahren, dass er sich in Widersprüche verstrickt, die durch die Akten belegbar sind.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich glaube, der Zeuge weiß ganz genau, was er hier sagt! Das, was Sie hier vortragen, ist doch Pipifax, ohne Bedeutung!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Lassen Sie den Zeugen bitte sprechen!

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein, es ist ja auch nicht zutreffend, was Sie sagen, dass nur der Herr Thomauske der Meinung gewesen war. In dem Schreiben, das Herr Thomauske an das BMU geschickt hat, steht ja: Nach gemeinsamer Bewertung von BfS, BGR und DBE ist eine Erkundung des nordöstlichen Teils des Salzstockes durchführbar³⁴ und so weiter. Das heißt, es war nicht eine rein persönliche Meinung von

Herrn Thomauske, sondern es war eine Meinung der für uns zugänglichen Fachwelt.

(Kirsten Lühmann (SPD): Aber nicht die von Röthemeyer und Wosnik!)

- Aber die herrschende Meinung, wie die Juristen sagen. Dass es abweichende Meinungen geben kann, ist doch klar.

(Kirsten Lühmann (SPD): Der zuständige Abteilungsleiter - -)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte keine Zwiegespräche!

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Entschuldigen Sie bitte: Was hätten Sie denn gesagt, wenn ich mich jetzt beispielsweise gegen die herrschende Meinung der Fachwelt gewendet hätte?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir sind jetzt am Ende der dritten Berliner Runde, und ich gucke, wie ich das immer in so einer Situation mache, einmal in die Runde. Herr Dr. Grindel, die Union - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ohne Doktor, bitte. - Wir haben einen Beschluss.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, wir haben einen Beschluss. - Die Union hat keine Fragen mehr. Das ist wunderbar. Die SPD?

Kirsten Lühmann (SPD): Wir hätten, aber wir dürfen nicht.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Der Beschluss heißt doch klar: zwei Runden noch für die Kleinen!)

- Die Frage ist, ob wir dem Zeugen Herrn Dr. Bloser ein erneutes Erscheinen hier sozusagen ersparen können, wenn es nur noch wenige Fragen gibt.

Die FDP hatte keine Fragen mehr? - Keine Fragen mehr. Die Linken und die Grünen haben vermutlich noch Fragen. Dann mache ich das jetzt einmal im Rahmen des Beschlusses - selbstverständlich - und gebe gerne das Wort zunächst an die Linken.

Jens Petermann (DIE LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Ich möchte noch einmal auf die vorletzte Frage kommen. Da war nach Zweifeln gefragt worden. Die haben Sie hinsichtlich der Eignung des Salzstockes,

³⁴ Richtigstellung des Zeugen: setze in Anführungszeichen „Nach gemeinsamer Bewertung von BfS, BGR und DBE ist eine Erkundung des nordöstlichen Teils des Salzstockes durchführbar“, Anlage

was das Deckgebirge betrifft, ausgeschlossen, weil das war für Sie jetzt kein Kriterium, das zu Zweifeln führen konnte. Aber es gibt ja noch andere Umstände, die vielleicht dazu geeignet sind. Ich möchte hier einmal auf das Thema Gasvorkommen zu sprechen kommen. Am 29. August 1984 haben Sie mit Herrn Dr. Näser ein Telefongespräch über die Gasexplosion bei Lenzen geführt. Herr Siebertz hat diesen Sachverhalt in einem Schreiben an die PTB, Herrn Dr. Näser, festgehalten und ein Fernschreiben der Ständigen Vertretung beigefügt. Es heißt dort zu dem oben genannten Ereignis - -

(Die Vorsitzende und Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU) unterhalten sich)

- Könnte ich die Befragung vielleicht ohne Störungen vornehmen? Das wäre sehr nett.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jederzeit, gerne.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber nicht die Sachen immer noch einmal!)

Jens Petermann (DIE LINKE): Vielen Dank. - Es heißt dort:

Zu dem o. g. Ereignis ist die DDR im Rahmen einer Gesprächsnotiz zwecks fundierter geologischer Beurteilung um nähere Informationen, insbesondere zur Teufenlage des Gasaustritts, stratigraphischen Position, Zusammensetzung der Gase und Gesamtmenge der Gase gebeten worden. Hierzu wurde von der DDR erklärt: Nach Kenntnis der zuständigen Stellen der DDR stehen die Bohrungen (bei Lenzen) in keinem Zusammenhang zum Salzstock, so daß keine Notwendigkeit besteht, die weiteren in der Gesprächsnotiz der Ständigen Vertretung vom 25.6. aufgeworfenen Fragen im einzelnen zu beantworten.

Das ist MAT A 32, Paginierung 370429/31. Dieses Schreiben wurde an PTB und BGR verschickt. Bekanntermaßen lag ja die explodierte Bohrung mitten im Salzstock; das war ja an sich bekannt. Deshalb ist hier von Interesse, von wem genau diese Meldung der zuständigen Stellen der DDR kam und wie Sie dann im Weiteren mit dieser Information umgegangen sind. Können Sie sich daran noch erinnern?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, es ist zutreffend, dass ich aufgrund dieser Berichtserstattung, dass da in Lenzen mal dieses Ereignis, diese Gasexplosion, war und es in der Tat immer noch eine Frage war, was denn da war, und wir keine Informationen hatten, dann die Behörden der DDR gebeten hatte, uns nähere Auskünfte zu bringen. Sie haben das vorgelesen, was dann kam. Mehr war zur damaligen Zeit auch nicht möglich. Es wurden natürlich Gasvorkommen als durchaus nicht ausgeschlossen betrachtet, aber allenfalls in kleinen Linsen, derart, dass eben das, was an Kohlenwasserstoffen zu erwarten war, nicht Ausmaße hatte, die in der Tat auf ein großes Gasfeld schließen lassen konnten.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Dr. Bloser, aus den Akten ist bekannt, dass das Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld bereits am 19.08.1969, also kurz nach der Bohrturmexplosion, einen genauen Lageplan der beiden havarierten Bohrungen bei Lenzen und einer weiteren gasfündigen in 4 000 Meter Tiefe bei Wootz erstellt hat. - MAT A 102, Band 8, Paginierung 115.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Andererseits haben wir in den Akten des Bundeskanzleramts eine gefälschte Salzstockkarte der PTB vom 27.10.1977 gefunden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Falsch oder gefälscht?)

MAT A 138, das haben wir Ihnen gerade vorgelegt. In dieser Karte wird der Salzstock Gorleben/Rambow so dargestellt, als ob er sich nur mit einem kleinen Zipfel - etwa 1 Kilometer - in die DDR erstrecken würde. Nach dieser Darstellung würden die Gasbohrungen und der explodierte Bohrturm tatsächlich außerhalb des Salzstockes liegen. Können Sie uns sagen, wie Ihr Kenntnisstand zu dieser Frage damals war? Also: Welche Kenntnisse hatten Sie damals?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, ich gehe einmal davon aus, dass ich dieses Schreiben, diese Sachen hier, nicht kannte. Sonst hätten wir ja wahrscheinlich die DDR auch nicht gebeten, noch weitere Informationen zu schicken. Ich erinnere mich, muss ich

sagen, daran nicht. Es tut mir leid, ich kann dazu nichts weiter sagen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Für Sie sind da auch keinerlei Widersprüche aufgetreten zu Kenntnissen aus sonstigen Unterlagen oder Informationen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein, wie gesagt. Außerdem waren das auch Dinge, die ich den Fachleuten zugeleitet habe, und die mussten das - sollten das - mit einbeziehen. Ich selbst habe keine abschließende Bewertung vornehmen können, weil mir insoweit, sage ich einmal, die weiteren Kenntnisse gar nicht vorlagen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Aber dass es nach der Explosion da tagelang gebrannt hat, war Ihnen bekannt?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, ich weiß, dass da eine Explosion war. Ich habe das zum ersten Mal im Zusammenhang mit dem Zwischenbericht von 1983 gehört und dann, sage ich ja einmal, im Zusammenhang mit Vorträgen, die in der Öffentlichkeit waren. Also, das von 69 - - Wie gesagt, dieser Sache, was da war, dem bin ich gar nicht mehr nachgegangen, weil das für mich - auch in dem Bewusstsein, dass das die entsprechenden Behörden, die das gewusst haben oder hätten wissen können, entsprechend mit einbezogen haben - nicht so relevant war.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, wir können davon ausgehen, dass aus Ihrer Sicht diese Umstände jedenfalls nicht zu Zweifeln an der Eignung von Gorleben geführt haben?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also diese Ding hier nicht, nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es weitere Fragen von Ihrer Seite?

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

- Aber ich hatte jetzt erst die Linken gefragt, weil die hatten ja, ehrlich gesagt, noch das

Fragerechte. Es handelt sich ja doch um zwei verschiedene Fraktionen.

Haben die Linken weitere Fragen? - Nein. Das ist doch schon einmal ein Wort. - Bitte schön, dann haben die Grünen jetzt das Fragerecht.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da gibt es schon noch einiges aufzuklären. Es geht ja immer darum: Ist der Entscheidungsprozess im BfS beeinflusst worden durch Umorganisation oder nicht? Da hatten Sie sich ja gerade mit meiner Kollegin in eine Diskussion verwickelt mit dem Tenor, dass Sie eigentlich nicht wesentlich verantwortlich wären für die Umorganisation und auch nicht für die Ergebnisse des Schreibens von Herrn Thomauske, weil das wäre ja abgestimmt gewesen mit BGR und DBE, und von daher war für Sie eine einhellige Meinung der Fachwelt erkennbar.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einen Moment! - Jetzt kommt erst mal mein Vorhalt. Jetzt möchte ich Ihnen aber dazu sagen: Dann sagen Sie uns doch mal, wo Sie eine positive Rückmeldung von der BGR bekommen haben. Wir haben überall gesucht. Wir haben überhaupt keine Bewertung von der BGR gefunden. Was wir aber gefunden haben, ist ein Fax von der DBE an Herrn Dr. Thomauske - das haben wir auch als MAT A 81, Band 3 schon im Zusammenhang mit der Befragung von Herrn Dr. Thomauske erörtert -, wo die DBE eine etwas distanziertere Zustimmung signalisiert: Es wäre zwar machbar in der vorliegenden Alternativplanung, aber an der entscheidenden Stelle, was die Steinsalze anbelangt, wenn die Steinsalzpartien usw. nicht angetroffen werden, dann sollten die im Südwesten ebenfalls nicht erwartet werden, schreibt Dr. Thomauske, und die DBE macht dann einige wenige und kaum - - macht in einer Randbemerkung - die für eine Endlagerung aktiver Abfälle geeignet wären - eine Einschränkung. Das ist das Einzige, was wir wissen. Und da muss ich meine Frage schon einmal wiederholen: Wenn Sie einerseits die Position von Dr. Thomauske als die Position des BfS unterstellen und sich die dann so zu eigen machen und weitergeben, können Sie sich nur auf Dr. Thomauske berufen, übergehen aber die bergfachlich kundigen Personen. Und ich hebe da jetzt einmal nicht nur

auf Dr. Röthemeyer ab, sondern gerade auch auf Herrn Wosnik, der extra vom Bergamt Herrn Thomauske zur Seite gestellt worden ist, weil Herr Thomauske keine genügenden bergfachlichen - vor allem praktischen - Kenntnisse hatte. Und da frage ich Sie noch einmal: Wieso kann das nicht der Grund sein und das Motiv für die Ausschaltung gerade des Herrn Wosnik und natürlich auch die Kaltstellung von Herrn Röthemeyer, vor allem wenn Sie die in ebendem Schreiben, was Ihnen vorliegt, auf der letzten Seite auch noch als Problempartner bezeichnen, die Sie auf eine bessere Kooperation verpflichten wollen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Sie fragen: könnte. Da müsste ich ja jetzt Mutmaßungen äußern, was ich jetzt in diesem Zusammenhang nicht tun möchte. Aber ich möchte doch noch einmal darauf hinweisen, dass es nicht eine persönliche Meinung nur eines Mitarbeiters des BfS ist, was da geschrieben worden ist, sondern, dass da steht - - Erstens ist es ein Schreiben des BfS, ein offizielles Schreiben des BfS, kein Privatdienstschreiben von Herrn Thomauske. Zweitens schreibt er: nach gemeinsamer Bewertung von BfS, BGR und DBE. Das heißt, es ist auch die Auffassung des BfS, die hier niedergelegt ist.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das behauptet Dr. Thomauske, und das bezweifeln wir ja gerade. Das haben wir auch in der Vernehmung von Dr. Thomauske bezweifelt, und er konnte unsere Einwände auch nicht entkräften. Deswegen wäre es vielleicht nicht so klug, jetzt darauf zu setzen.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Dazu kann ich ja nichts sagen. Wenn ich ein offizielles Schreiben des BfS bekomme, gehe ich doch davon aus, dass es auch ein offizielles Schreiben des BfS ist und nicht ein Privatdienstschreiben. Das ist doch klar.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ich habe Ihnen ja gerade noch einen letzten Satz aus Ihrem eigenen Schreiben vorgehalten. Auch daraus geht doch hervor - mit den Problempartnern, die auf bessere Kooperation verpflichtet werden sollen, sind natürlich Dr. Röthemeyer und Herr Wosnik gemeint -, dass Sie darauf auch aktiv Einfluss genommen haben und dass

Sie wussten, dass Herr Thomauske nicht die Meinung, vor allem nicht die fachliche Meinung des BfS war. Das können Sie, glaube ich, jetzt nicht in Abrede stellen.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich will das gar nicht in Abrede stellen, weil mir das gar nicht so bewusst ist, dass in der Tat nachher im BfS immer noch diese Diskussionen waren, sondern ich bin davon ausgegangen, dass das eben ein offizielles Schreiben des BfS ist, dass der Präsident das kennt und dass das auch die offizielle Meinung des BfS ist. Ich kann ja nicht die Entscheidungen des BfS hinsichtlich der einzelnen persönlichen Vorlieben oder Präferenzen oder Meinungen hinterfragen. Das ist ja nicht meine fachaufsichtliche Aufgabe. Ich führe ja nicht Fachaufsicht über Herrn Röthemeyer, Herrn Wosnik oder Herrn Thomauske, sondern über das BfS.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Bloser, können Sie es einem von außen kommenden Betrachter, also eher etwas unbefangener, verdenken, dass man bei dieser ganzen Organisationsentwicklung oder Organisationsveränderung zu dem Eindruck kommen muss: Hier werden organisatorische Veränderungen vorgenommen, um bestimmte Positionen, die man eigentlich auch braucht, dann auch nach oben als amtliche Positionen weiterzutransportieren?

Ich weise mal nur auf die Remonstration oder auf das Einwandschreiben von Herrn Dr. Röthemeyer hin, der sagt, dass das Fehlen bzw. der fehlende Nachweis sachlicher Notwendigkeiten für die geplante Neuorganisation für ihn den Schluss zulässt, dass sachfremde Erwägungen zu diesem Schritt geführt haben und dieser Schritt nur der formale Vollzug einer seit Jahren faktisch bereits erfolgenden systematischen Demontage und Umgehung seiner Kompetenzen bedeutet. Das ist auch unbestritten, und wir suchen nach einem Grund dafür. Und der Grund scheint uns zu sein - das meinte ich mit dem Eindruck des unbefangenen Betrachters -, dass hier eine ganz bestimmte Position, nämlich die Möglichkeit auch aus der nur eingeschränkten Erkundung für den Nordostbereich eine Aussage über die Eignung für den ganzen Salzstock zu machen - - dass das der Grund für diese Umorganisation war, weil andere Personen eben nicht

solche Problempartner waren und zu größerer Kooperation bereit waren.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich habe dazu ja schon ausgeführt, dass aus meiner Sicht diese Umänderung der Organisation nichts unmittelbar mit Gorleben zu tun hatte, sondern primär sich auf andere Projekte erstreckte. Und da gab es eben Verzögerungen, Hemmnisse, sodass also - in Zusammenarbeit auch mit einem Berater bei dem BfS - das BfS dann diese Matrixorganisation eingeführt hatte und dann auch diese organisatorische Trennung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte Sie noch etwas fragen, Herr Dr. Bloser. Sie haben sehr stark mit Herrn Thomauske kommuniziert. Sie waren die Fachaufsicht, und Sie sagen aber immer: Na ja, ich habe mich natürlich an das BfS gewandt. Herr Thomauske hat Ihnen sozusagen ein Empfehlungsschreiben, das Sie sich dann zu eigen gemacht haben, gegeben, das nicht mit der bergbaufachlichen Person abgesprochen war, im Gegenteil auf den erbitterten Widerstand dieser bergbaufachlichen Person gestoßen ist und mit dem auch der Fachbereichsleiter nicht einverstanden war. Sagen Sie mir: Wie konnte sich Herr Thomauske so sicher fühlen in diesem BfS, dass er Empfehlungen abgibt, Einschätzungen abgibt, die gesamte bis dato Meinung des BfS ändert, in eine neue Richtung geht, ohne, was er hätte tun müssen, die bergbaufachliche Person einzubeziehen, ohne seinen Abteilungsleiter, seinen Fachbereichsleiter einzubeziehen? Was machte Herrn Thomauske so sicher, dass er sich das leisten kann?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Einschätzungsfrage!)

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Diese Frage müssen Sie Herrn Thomauske stellen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Genau!)

Die kann ich ja nicht beantworten. Das weiß ich nicht. Ich kann mich nur wiederholen, dass zunächst mal auch die bergbauliche Fachkunde eine Rolle spielt, wenn es um konkrete bergrechtliche, bergbauliche Aktivitäten geht. Erst dann war natürlich der fachkundige Vertreter des BfS, bergbaufachliche Vertreter des BfS einzuschalten. So-

lange es um Dinge geht, die die Planung betreffen, die Vorgehensweise, was man machen will, besteht ja zunächst mal Freiheit, zu denken und zu schreiben und zu wollen und zu sagen, was man möchte. Die entscheidende Frage in der Tat wäre dann gewesen: Wie wird es dann gegenüber den Bergbehörden umgesetzt?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich administrierte ich hier Mehrheitsbeschlüsse - überhaupt gar keine Frage - und überschreite jetzt weit meine Kompetenzen, wenn ich feststelle, dass die CDU/CSU-Fraktion keine Fragen mehr hat, die FDP-Fraktion keine Fragen mehr hat, die Linken keine Fragen mehr haben, und die SPD hat mir eben auch signalisiert, dass sie keine Fragen mehr hat. In einer gewissen Fürsorge für unseren Zeugen, dem ich es wirklich ersparen möchte, noch mal herzukommen, nachdem er sich uns jetzt viereinhalb Stunden zur Verfügung gestellt hat, würde ich mich sehr freuen, wenn es jetzt zu einem Einvernehmen darüber kommen könnte, die Befragung abzuschließen oder möglicherweise noch eine weitere Fragemöglichkeit zu geben.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Flachsbarth, ich bin mitten im Fragestrang.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Wenn Sie noch viele Fragen haben, dann würde es sich ja tatsächlich lohnen - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich bin vielleicht in einer Runde fertig. Aber wir müssen ihn dann noch mal vorladen, wenn wir jetzt aufhören.

(Ute Vogt (SPD): Sie hat ein Recht darauf, die ganze Runde fertigzumachen, oder? - Gegenrufe von der CDU/CSU: Nein!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, ich hatte gedacht, wenn es noch eine Frage wäre, dann könnte man darüber sprechen.

(Ute Vogt (SPD) und Kirsten Lühmann (SPD): Sieben Minuten!)

Wenn es aber noch eine Runde ist, dann ist es wieder - - Also, wissen Sie, liebe Frau

Kotting-Uhl, ich muss mich irgendwie auch gegenüber der Mehrheit verhalten, und die Mehrheit hat gesagt: Jetzt ist Schluss, jetzt in diesem Augenblick. Und ich frage einfach nur unter Übertretung sämtlicher Kompetenzen, die ich hier habe, ob wir das nicht doch jetzt heute Abend zu einem Ende bringen können, sodass wir Herrn Dr. Bloser ein nochmaliges Erscheinen hier letztendlich ersparen können. Ich habe den Eindruck, der natürlich völlig unmaßgeblich ist, dass sich die Fragen doch doppeln.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich will einmal eines deutlich sagen: Unter professionellen Gesichtspunkten bin ich ja bereit, anzuerkennen, ob jemand einen Punkt hat oder nicht. Wenn ich wirklich erkennen würde - vorhin hatten Sie einen Punkt, der war in der Tat interessant -, dass hier etwas wäre, dann würde ich sagen, das gehört dazu, das muss man ertragen. Aber hier werden Fragen gestellt - - Thomauske war hier, Röthemeyer - - Wosnik war hier. Es ist alles gefragt. Die eigentlichen Zeugen haben alle Stellung genommen. Sie haben bis hierher bis auf ein, zwei Details nichts Neues erfahren. Dann muss ich schon darum bitten, dass etwas konzentrierter diese Befragung vorbereitet wird. Ich frage nie Dinge dreifach und vierfach, sondern ich frage aus der Vernehmung heraus. Das nehme ich für mich in Anspruch.

(Lachen bei der LINKEN und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, liebe Kolleginnen und Kollegen - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich bitte jetzt, das konzentriert hier vorzutragen. Dann bin ich bereit, mir noch drei, vier Minuten das anzugucken. Aber ansonsten haben wir einen Beschluss.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann sind wir doch schon einen Schritt nach vorne, in die richtige Richtung sogar, wenn ich den Grünen noch mal das Wort erteilen darf. Ich möchte bitten, sich tatsächlich auf den Untersuchungsgegenstand und auf diese Zeugen zu konzentrieren. - Bitte schön.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Bloser, ich habe Sie eben gefragt: Was machte Herrn Thomauske

so sicher? Sie haben mir gesagt - das ist auch klar -, das muss ich Herrn Thomauske fragen. Ich frage dann weiter: Herr Thomauske ist ja bald danach an die Stelle von Herrn Röthemeyer getreten. Das heißt, er nahm den Posten ein, den Herr Röthemeyer bis dahin hatte. Herr Röthemeyer wurde von der Höhe des Amtes ihm gleichgestellt in einem neuen Bereich, hatte aber nicht mehr die Entscheidungskompetenzen in genau diesem Bereich. Die hatte jetzt Herr Thomauske.

Sie haben - zumindest haben Sie das vorhin konzidiert - mit Einfluss genommen auf diese Entscheidung dieser Neuentwerfung. Sie waren derjenige, der mit Herrn Thomauske enge Abstimmungen hatte; denn Sie haben ein Schreiben bei ihm bestellt. Herr Thomauske hat es geliefert, Sie haben es sich zu eigen gemacht. Sie haben nicht die fachlichen Personen dazu befragt, sondern haben das von Herrn Thomauske übernommen. Hat Herr Thomauske - - Konnte er sich bei Ihnen sicher fühlen? Konnte er wissen, dass er in der Fachaufsicht des BfS eine gewisse Hilfestellung hatte, vielleicht auch bei Herrn Kaul? Aber das frage ich nicht Sie, sondern ich frage Sie jetzt ganz konkret: Konnte er sich sicher fühlen, dass Sie für seine weitere Karriere einstehen würden und ihn nicht sozusagen für irgendetwas abstrafen würden?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Eine solche Unterstellung, die sich hinter dieser Frage verbirgt, weise ich energisch zurück. Das war nicht der Fall. Ich habe auch nicht Einfluss genommen hinsichtlich der Organisation, so wie Sie das dargestellt haben, als ob jetzt Herr Röthemeyer entmachteter worden sei, sondern ich habe gesagt: Es war eine Art Matrixorganisation, die aus organisatorischen Gründen zweckmäßig war für die Projektabwicklung. Das, was dann geschrieben wurde, kann ich nur wieder sagen, das war nicht die persönliche Meinung von Herrn Thomauske. Jedenfalls bin ich davon nicht ausgegangen, weil es eben ein ganz formal korrektes Schreiben des BfS war und in dem Schreiben nun auch drinsteht: Nach gemeinsamer Abstimmung mit dem BfS, BGR und DBE wollen wir dieses und jenes machen. Da hatte ich - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hatten wir ja schon, Herr Bloser.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, aber das ist in diesem Zusammenhang ja wichtig. Sie vermischen nämlich immer die fachlichen Entscheidungen mit den organisatorischen. Das ist aus meiner Sicht unzulässig.

(Zurufe von der CDU/CSU: Ja!)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, das habe ich gerade nicht vermischt.

Dann zitiere ich Sie noch mal, was durchaus fachlich und organisatorisch zusammenbringt. Sie sagten vorhin als Antwort auf die Frage eines Kollegen: Wir brauchten die Umorganisation, damit wir endlich Entscheidungen bekamen. Und Herr Thomauske stand ja wohl für die Entscheidungen.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich glaube, das habe ich nicht so gesagt.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja wirklich?)

Uns hat bekümmert, dass wir in anderen Bereichen als in Gorleben nicht die Fortschritte in der Entsorgung sahen, die wir eigentlich haben wollten. Nicht Entscheidungen, sondern Fortschritte. Es ging um praktisch managementmäßige Abwicklung dieser Dinge. Deshalb ja auch die Organisation mit Projektleitung und dann Matrixorganisation, weil der Projektleiter ja auch darauf zu achten hat, dass Termine eingehalten werden.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Ihre Formulierung war schon „Entscheidungen“ vorhin; das ist mitgeschrieben worden. Wir können das ja später im Protokoll noch mal kontrollieren; aber Sie sagten „Entscheidungen“. Und Herr Thomauske wurde ja auch klassifiziert - das hatten wir hier schon im Untersuchungsausschuss - als der Macher. Herr Röthemeyer wäre der Bedenkenträger. Sie brauchten einen Macher, damit Sie endlich die Entscheidungen bekommen, und Sie hatten den engen Kontakt zu Herrn Thomauske.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Das ist jetzt Ihre Interpretation. Aber wenn ich das Wort „Entscheidungen“ gebraucht habe, dann meinte ich jetzt nicht fachliche Entscheidun-

gen, sondern Entscheidungen, wie weit³⁵ da³⁶ vorgegangen werden soll im Hinblick auf die Durchführung des Projekts. Die fachliche Beurteilung im Einzelnen lag ja immer noch im Bereich von Herrn Röthemeyer, und insofern waren die beiden ja gleichgestellt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es ging vorhin bei den Entscheidungen um den Zusammenhang mit den Genehmigungen weiterer geplanter AKW. Sie brauchten Entscheidungen. Sie brauchten einen Fortschritt im Entsorgungsvorsorgenachweis, weil der ja ein bisschen im Raum stand, wenn man nicht weiterkommt mit Gorleben. Und Sie brauchten diese Entscheidungen. Und da mit Herrn Röthemeyer die Entscheidungen nicht zu machen waren, weil er Fachzweifel hatte an Gorleben und nicht einverstanden war zum Beispiel mit dem Schreiben von Herrn Thomauske, brauchten Sie einen Macher, damit Sie endlich diese Entscheidungen treffen können.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Wenn Sie das so sehen, dann sehen Sie das so.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ergibt sich aus den Zusammenhängen.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Das mögen Sie so schlussfolgern. Es ist natürlich klar, dass wir Fortschritte sehen wollten, insbesondere dann, wenn eben nach unserer Meinung Zeit genug vergangen war, dass diese Entscheidungen getroffen werden mussten. Wir standen ja unter dem Druck der Politik: Entsorgungsvorsorge, Entsorgungsbeschluss seit 79, quer durch alle Parteien, quer durch alle Regierungen, gültig bis - ja, wenn Sie so wollen - fast bis heute.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, darf ich feststellen, dass alle Fragen zur Erschöpfung des Zeugen beantwortet worden sind? - Dann bedanke ich mich sehr herzlich und will die Vernehmung nun formal beschließen.

³⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „weit“, setze „weiter“, Anlage

³⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „da“, Anlage

Das Sekretariat übersendet Ihnen, Herr Dr. Bloser, das Protokoll nach Fertigstellung. Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dieses durch Beschluss formal feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist. - Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. Dann bedanke ich mich sehr herzlich bei Ihnen, ich bedanke mich sehr herzlich beim Stenografischen Dienst, und ich bedanke mich sehr herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen, dass wir es ermöglicht haben, diese Befragung einem friedlichen Ende zuzuführen. Ich wünsche Ihnen allen noch einen schönen Abend. Herzlichen Dank.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 20.43 Uhr)

Deutscher Bundestag
17. Wahlperiode
1. Untersuchungsausschuss

Protokoll Nr. 72
(Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, I: Öffentlich)
15.02.2012

Stenografisches Protokoll
- Vorläufige Fassung* -

der 72. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 9. Februar 2012, 15.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

Seiten

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen

1 - 69

Herr Dr. Manfred Bloser
gemäß Beweisbeschluss 17-226

* Hinweis:

Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturwünsche und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden sodann durch das Sekretariat zum Zwecke der Beifügung zum entsprechenden Protokoll verteilt.

Das bestätige ich in der Tat.

Also, uns ist hier der Eindruck vermittelt worden, als wenn das sehr überraschend gewesen wäre für die weiteren Mitglieder dieser Runde, dass Sie, also BMI, nun auch da waren. Warum war das so? Oder: War das so?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich glaube nicht, dass das so war. Das ist eigentlich nicht Stil des Ministeriums gewesen, unerwartet irgendwo reinzuplatzen. Ich glaube, „reinplatzen“ habe ich irgendwo gelesen. Es ist vielmehr so, dass natürlich das abgesprochen war, obgleich möglicherweise die PTB natürlich im internen Kreis mit BGR und DBE erst mal alleine diesen Bericht verhandeln wollte. Das will ich ja gar nicht ausschließen. Ich habe diese Sitzung auch nicht organisiert, sodass ich gar nicht weiß, welche Absprachen da vorher stattgefunden haben. Ich gehe auch davon aus, dass das vom BMFT organisiert worden war. Wie ich eingangs sagte: Der BMI wurde immer zugezogen, um die heißen Kartoffeln oder die heißen Kohlen da rauszuholen. So war mein Empfinden. So war meine Wahrnehmung. Ich kann also jetzt aber nichts bezeugen als Tatsache, sondern ich sage hier ganz ausdrücklich: So war meine Wahrnehmung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Kannten Sie Vorentwürfe dieses Zwischenberichts? Denn es wird ja über diesen Zwischenbericht gesprochen und über die Frage, in welcher Fassung der denn letztendlich dann weiterverwertet werden sollte. Kannten Sie Vorentwürfe? Haben Sie mit Ihren Kollegen im BMI oder aus der Bundesregierung mal über diesen Vorbericht gesprochen? Haben Sie sich irgendwie vorbereitet auf diese Sitzung?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich die Vorberichte gesehen habe. Ich habe sie mit Sicherheit, glaube ich, auch gar nicht gelesen. Ich habe sie auch, glaube ich, gar nicht gehabt. Was ich hatte, war der endgültige Bericht. Ich war mir, glaube ich, auch gar nicht im Klaren darüber, dass es da irgendwelche, sage ich mal, Unstimmigkeiten geben könnte zwischen den Ministerien und der PTB damals, obwohl ich natürlich wusste, dass ein Gespräch stattfinden sollte mit der PTB, wo eben über den Inhalt dieses Berichtes ge-

sprochen worden war. Aber, wie ich eingangs sagte, ich war relativ neu in diesem Geschäft. Ich habe also, sagen wir, die ganzen Vorläuferexemplare, alles das, was davor war, eigentlich gar nicht -- wenn ich sage, nicht gesehen, ist das vielleicht nicht ganz wahrheitsgemäß. Aber ich habe sie nicht bewusst zur Kenntnis genommen, um es mal so zu sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Haben Sie im Vorfeld dieses Gesprächs irgendwie ein Vorgespräch gehabt, so eine Vorbesprechung, also Mitarbeiter BMI oder Mitarbeiter Bundesregierung, um zu sagen: „Wir müssen in die eine oder die andere Richtung; das und das soll dabei rauskommen, bei diesem Gespräch“? Das macht man ja manchmal, wenn man in so eine Besprechung geht.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, wenn es irgendwelche Vorgespräche gab, war ich nicht dabei.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wenn Sie nicht dabei waren, erübrigt sich praktisch meine nächste Frage. Also, hat jemand versucht, Einfluss zu nehmen auf Sie? Haben Sie da irgendwas mitgekriegt? Haben Kollegen gesagt, da muss aber jetzt unbedingt das und das rauskommen bei diesem Gespräch?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Wie ich sagte: Ich bin neugierig - ergebnisoffen, neugierig / reingegangen. Ich wollte alle Informationen, die ich bekommen konnte, aufnehmen, war also nicht irgendwie, jetzt sage ich mal, mit einer Vormeinung behaftet, belastet. Ich habe auch zu niemandem was gesagt, was da rauskommen sollte. Mir selbst hat aber auch niemand gesagt: Das Ergebnis muss so oder so ausschauen. Es ist sicherlich so möglich, dass, sage ich mal, gerade in der kurzen Phase vor diesem Gespräch gerade dieser kritische Punkt mit den alternativen Standorten diskutiert worden war, wobei ich aber auch, muss ich wiederholt sagen, da gar keine konkrete Meinung hatte, weil das für mich noch relativ neu war.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dr. Matting, der ja ebenfalls ein Vertreter des BMI war, soll laut der Mitschrift von Dr. Illi zufolge geäußert haben, dass BMI nicht

1/29

wolle, dass andere Standortvorschläge in den Bericht eingehen. Ich zitiere:

Matting: BMI will nicht, daß andere Standortvorschläge in den Bericht eingehen.

Seite 9. - Hat es entsprechende Hinweise gegeben und, wenn ja, warum? Also, warum wollte BMI das nicht?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Zunächst darf ich mal sagen: Diese sogenannte Mitschrift von Herrn Illi ist so ein typisches Papier, was, sage ich immer, bei den Behörden und auch in Ministerien existiert oder gemacht wird, wenn eine Besprechung ist, dass man versucht, stichwortartig festzuhalten, was irgendeiner sagt oder gemeint haben könnte. Ich habe ja dieses Stichwort von Herrn Illi gelesen, und aus meiner Sicht ist das mitnichten ein Protokoll oder ein Vermerk, sondern allenfalls eine Gedächtnisstütze für das, was die Beteiligten dort vorgetragen haben. - Das zum Ersten.

Zum Zweiten: Weshalb war das so, dass die Bundesregierung nicht wollte, dass in dem Bericht die Frage alternativer Standorte thematisiert wurde? Ich habe das so wahrgenommen - das war für mich sehr überzeugend -, dass ich natürlich wusste, dass dort im Wendland große Proteste waren gegen das nukleare Entsorgungszentrum, gegen die Wiederaufarbeitungsanlage, gegen das Endlager und gegen das Zwischenlager. Man konnte sich also jetzt leicht vorstellen, wenn man jetzt noch alternative Standorte nehmen würde, um möglicherweise - sage ich mal, wie das jetzt so schön heißt; der Begriff war damals noch nicht geprägt - das beste Endlager zu finden, hätte man flächendeckend in der Bundesrepublik - die DDR war ja noch nicht zur Bundesrepublik gehörig - bohren und erkunden müssen. Man hätte sich also vorstellen können, was das für einen Aufstand gegeben hätte.

Im Dritte Das ~~Zweite~~ war natürlich, dass die Frage eine Rolle spielte, dass ja überhaupt gar keine Ergebnisse vorlagen, die das hätten begründet rechtfertigen können, alternative Standorte zu suchen, jedenfalls nicht von den Erkundungsergebnissen in Gorleben her, sondern hier war das so - das war auch eindeutige Meinung aus meiner Sicht -, dass hier das BfS Sorge hatte, falls Gorleben ungeeignet sein könnte, dass dann die ganze Entsorgung, also die Endlagerung radioaktiver Abfälle für längere Zeit proble-

matisch sein würde und nicht gelöst werden könnte; denn man muss ja - jetzt wird es etwas länger, wenn Sie gestatten, wenn ich das ausführe - zurückgehen auf den Entsorgungsbeschluss von 1979.

1979 - Sie kennen das ja alle - haben die Länder ja beschlossen, vorrangig für die Entsorgung zu sorgen, und insbesondere den Bund, sage ich mal, beauftragt und gedrängt, tätig zu werden, und haben ja auch einen strengen Fahrplan gehabt. Ich darf nur noch mal so zwei Daten nennen. Das war also: 1986 sollte klar sein, ob die direkte Endlagerung als alternativer Entsorgungsweg zur Wiederaufarbeitung gangbar ist, und Ende der 90er-Jahre sollte feststehen, ob Gorleben geeignet ist oder nicht. Ende der 90er-Jahre; man muss sich das jetzt mal vorstellen. So war also ein erheblicher Druck natürlich vorhanden, sicherzustellen, dass ein Endlager da sein sollte. Von Gorleben war da nicht die Rede. Es sollte ein Endlager da sein. Von daher hatte natürlich das BfS auch Sorge, weil ja hier insbesondere nun auch die politische Aussage die war - von Alt Bundeskanzler Schmidt ja noch übergegangen zu Kohl -, die Energieversorgung weitestgehend durch Kernenergie sicherzustellen. Man wollte natürlich hier auch dann eben diese offene Flanke, nämlich die ungelöste Entsorgung, dadurch nicht noch komplizieren, dass man dann, wenn Gorleben ungeeignet wäre, kein anderes Endlager zur Verfügung stellen könnte, man noch nicht mal einen alternativen Standort hätte. Das war der Grund, weshalb Matting - würde ich mal behaupten; jedenfalls habe ich das so verstanden - gesagt hat: Die Ministerien wollen das nicht.

Im Übrigen war das ja auch nicht, glaube ich, nur Dr. Matting, sondern es war, glaube ich, einhellige Meinung der Ministerialen, die damals da waren. Wenn ich dann wieder sage *H:* Ich war relativ neu. Ich habe das, sage ich mal, weniger befördert, weder in der einen noch in der anderen Richtung. Für mich war natürlich dann auch entscheidend, was die Geowissenschaftler gesagt haben; denn bis dato war das ja praktisch mehr oder weniger alles eine Frage der Geowissenschaften, was da, sage ich mal, gemacht worden ist. Die Frage der Sicherheit, der Langzeitsicherheit konnte man ja noch gar nicht stellen. Man hatte ja noch gar keine Daten gehabt, um diese Frage überhaupt substantiiert beantworten zu können. Das war also praktisch alles offen. Insofern, wenn

Hier
man jetzt das Wort „Sicherheit“ gebraucht, muss man immer sagen: Es ging nur um die Entsorgungssicherheit, nicht um die nukleare Sicherheit, den Schutz radioaktiver Strahlung.

Jetzt weiß ich - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich frage einfach noch mal nach. Wir haben ja noch eine Weile. Herr Dr. Bloser, wenn ich dieser Argumentation folge, die Sie gerade zu Recht angeführt haben, wo Sie gesagt haben: Na ja, wenn Gorleben denn nicht geeignet wäre, hätte man ja irgendwo anders eine Entsorgungsmöglichkeit letztendlich finden können, und die Konzentration nur auf den Standort Gorleben birgt dann ja doch einige Gefahren - - Das ist ja gerade auch ein Anliegen dieses Ausschusses, genau das herauszuarbeiten, also ob es da politische Manipulationen gegeben hat im Zusammenhang mit der Auswahl dieses Standortes in Gorleben.

Ich will vielleicht noch eine Frage anschließen; bezieht sich auch auf eine Vernehmung von Herrn Professor Röthemeyer, die wir hier am 11. Mai durchgeführt - - Nein, ist gar nicht wahr. Ich weiß gar nicht, wann wir die durchgeführt haben. In der Vernehmung von Professor Röthemeyer in der 10. Sitzung auf jeden Fall, da hat er nämlich gesagt, dass er diesen Hinweis aus dem BMI - BMI will nicht, dass andere Standorte in den Bericht eingehen - als Weisung aufgefasst habe, also als beamtenrechtlich relevanten Sachverhalt sozusagen.

Dann haben wir aber von Ihnen ein Schreiben an Professor Röthemeyer vom 6. August 85 zu den Formulierungsvorschlägen für die Antworten an das Verwaltungsgericht Stade zu den Fragen hinsichtlich der PTB-Erwähnungen zu alternativen Standorten. Das ist MATE 4, Band 35, Paginierung 006 bis 009. Da zitiere ich jetzt raus:

Die ... Weisung an die PTB gibt es nicht. Die Bundesregierung hat 1983 vielmehr die PTB gebeten, die Bewertung des Salzstockes Gorleben im Zusammenhang mit der Erstellung des zusammenfassenden Zwischenberichtes nicht mit der Frage nach Untersuchung anderer Standorte zu verknüpfen.

Röthemeyer, wie gesagt, hat diese Aussage des BMI als Weisung aufgefasst. Sie haben - 85 jedenfalls - geschrieben, es war gar keine Weisung. Was war es denn nun,

und wie hat man denn nun gedacht? Also, wenn man sich wirklich nur auf Gorleben kapriziert, war das nicht einigermaßen risikobehaftet?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, zunächst mal ist es natürlich entsorgungsrisikospezifisch gewesen, sich nur auf Gorleben zu beschränken. Das habe ich ja eben ausgeführt. Insofern hätte es natürlich eine Lücke da gegeben, was die Endlagerung betrifft, wenn sich Gorleben in der Zwischenzeit als ungeeignet erwiesen hätte.

Was die Frage der Weisung anbetrifft, denke ich mal, dass der Begriff der Weisung von Herrn Röthemeyer hier nicht beamtenrechtlich oder verwaltungsrechtlich gemeint ist. Ich kenne Herrn Röthemeyer seit langer Zeit. Er war ja Kollege bei mir damals noch im Innenministerium. Er war da tätig in der Reaktorsicherheit, und bei der Reaktorsicherheit war es immer so, dass, wenn ein Kernkraftwerk genehmigt werden sollte, die Länder eine bundesaufsichtliche Stellungnahme anforderten. Die wurde dann auch vom BMI oder BMU dann - weiß ich nicht mehr so genau; da war ich nicht mehr tätig. Aber in diesem Bereich oder im BMI war das so. Da redete man immer von Weisung. Aber es war keine Weisung im verwaltungsrechtlichen Sinne, sondern nur eine bundesaufsichtliche Stellungnahme. Dafür waren die Länder dann immer dankbar, dass sie die kriegten, weil wir vorher ja auch Gremien eingeschaltet haben etc.

Aber beamtenrechtlich, verwaltungsrechtlich eine Weisung erfordert natürlich noch viel mehr. Die erfordert nämlich dann natürlich auch mal Vorgespräche auf den Ebenen, die dann angewiesen werden sollen. Diese formalen Gespräche haben überhaupt gar nicht stattgefunden. Das heißt, von einer Weisung kann gar nicht die Rede sein. Er kann natürlich persönlich das als Weisung wahrgenommen haben. Aber wenn Sie den Begriff verwaltungsrechtlich und beamtenrechtlich nehmen, würde ich meinen, obwohl ich kein Jurist bin. Aber im Laufe meiner Verwaltung, denke ich mal, habe ich da eine gewisse Kenntnis bekommen, die vielleicht nicht so profund ist wie bei Juristen hier in Ihrem Kreise. Aber eine Weisung in dem Sinne war das nicht.

Wenn es eine Weisung gewesen wäre, wenn er meinte, es sei eine Weisung gewesen im Sinne, sage ich mal, einer bindenden Aussage - ich darf darüber gar nicht mehr

Hin dies Bereich

Hilffte der Licht 74

nachdenken und gar nichts mehr sagen -, hätte er ja remonstrieren können beim BMU. Es war ja doch so, dass, sage ich mal, Herr Röthemeyer fast auf Augenhöhe mit den Ministerialen dort war. Er hätte also durchaus sagen können: Nein, da wende ich mich noch mal an den Staatssekretär oder an den Minister, wenn das so ist. - Das alles ist ja nicht passiert.

Ich darf auch daran erinnern, dass ja auch weitere Berichte dann erfolgt sind. Es gibt beispielsweise eine Fortschreibung dieses Berichtes von 1983, Gesamtbewertung, also Fortschreibung des zusammenfassenden Zwischenberichtes über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung Gorleben vom Mai 1983. Da hat das BfS eine Presseerklärung rausgegeben, ein Infoblatt vom 15. Oktober 1990. Da wird also alles noch mal gesagt, was damals in dem Zwischenbericht von 1983 drin ist und was man zusätzlich nicht bekommen hat. Sie werden dort keinen Hinweis finden über die Notwendigkeit der Untersuchung alternativer Standorte.

noch an
Erkenntnissen

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich wende mich noch mal einem anderen Bereich zu. Ich bin mir ganz sicher, dass dieser Fragenkomplex in den weiteren Vernehmungen noch eine Rolle spielen wird. Herr Dr. Matting soll nämlich ausweislich dieser Mitschrift von Herrn Dr. Illi zufolge auch geäußert haben:

Es will niemand eine Aussage aus der PTB herauspressen, die nicht fundiert ist, aber die Aussagen könnten auch positiver gefasst werden.

Da fragt man sich jetzt eben auch besorgt, ob das BMI möglicherweise da Einfluss nehmen wollte auf wissenschaftliche Bewertungen. Zunächst möchte ich Sie mal fragen: Können Sie sich erinnern, dass Matting so eine Aussage gemacht hat?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Daran kann ich mich nicht erinnern. Ich will aber auch damit nicht die Aussage von Herrn Illi schmälern. Das kann ich nicht. Es kann ja sein, dass Herr Illi die so wahrgenommen hat, oder er wird sie so wahrgenommen haben. Es ist allerdings so, dass keiner was herausgepresst hat aus dem BfS. Es ging lediglich um diese Frage: Soll denn die Frage der Untersuchung alternativer Standorte in

dem Bericht erscheinen? - Man hat einfach aus der Überlegung heraus, die ich Ihnen geschildert habe, a) es gibt keine Befunde, die gegen die Eignungshöflichkeit sprechen -- Es ging ja immer nur noch um die Eignungshöflichkeit, nicht um die Eignung; die sollte ja erst später nachgewiesen werden. Zweitens sage ich mal, dass es darum ging, jetzt nicht an allen Standorten möglicherweise Widerstand zu erzeugen, und drittens war natürlich auch relevant die Frage: Wer soll das denn machen? Die Geologen waren alle ausgelastet. Wir hatten ja auch praktisch gar keine Kapazität.

Jetzt kann man natürlich spekulieren, weshalb Herr Illi, der ja sagt, es wäre eine seiner schrecklichsten Sitzungen gewesen, das so empfunden hat. Aber das mag ich jetzt hier nicht tun wollen. Es ist ja auch so, dass die ganze technische Fachwelt, soweit sie in den Behörden jetzt verankert war -- ich weiß, dass es andere Stimmen gab, aber beispielsweise DBE, BGR, BfS von der fachlichen Seite dieses Votum ja auch geteilt haben.

1- b)

1: 1b--

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich nähere mich noch einmal der Frage der alternativen Standorte. Da hat es ja laut unserer Akten dann doch auch eine gewisse Entwicklung, sage ich mal, in Dokumenten gegeben, die die Bundesregierung verfasst hat oder die wir in unseren Akten finden; vielleicht lieber so rum.

Zum einen gibt es einen Auszug aus einem von Herrn Ollig, BMFT, am 19. Juni 1981 verfassten Sprechzettel für den Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Ich zitiere:

Die Bundesregierung hat ... ihre Auffassung wiederholt, daß im Interesse einer ausreichenden Standortvorsorge auch an weiteren Standorten Eignungsuntersuchungen im Hinblick auf die Errichtung eines Endlagers durchgeführt werden sollten.

Das ist MAT A 108, Band 5, Paginierung 053039.

Dann gibt es einen Auszug aus der Beschlussvorlage des BMI von Herrn Dr. Fröhlich vom 5. Juli 1983 für die Kabinettsentscheidung vom 13. Juli 1983. Da kann man lesen:

Die Bundesregierung sieht derzeit keine Notwendigkeit, neben Gorle-

Die Eignungshöflichkeit ist gemindert. Die Abweichung von der einvernehmlich festgelegten Vorgehensweise bei der Erkundung wird als problematisch angesehen.

Das ist das Protokoll einer Besprechung zwischen BGR und BfS vom 30. Juni 1993. Wir finden das unter MAT E 9, Band 54, Paginierung 335 bis 341.

Also, es gab ja eben nicht nur diese rechtliche Fragestellung, sondern tatsächlich auch eine hinsichtlich einer möglicherweise sicherheitstechnisch relevanten Bedeutung dieser Frage.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, das sehe ich genauso. Ich meine, es ist natürlich klar, dass, wenn es um technische, naturwissenschaftliche, geowissenschaftliche, geophysikalische Fragen geht, man da unterschiedliche Sichtweisen haben kann und dass man die dann ausdiskutiert. Es ist in der Tat so - da hat natürlich dann die BGR auch recht -: Der Salzstock Gorleben hat ja einen Vorteil: dass er, wie die Fachleute sagen, unverritz war. Es heißt, er war nicht durchlöchert worden wie ein Käse. Wenn man natürlich jetzt etwas umfährt, was aber gar nicht zum eigentlichen Erkundungsbereich gehört, dann schafft man natürlich Hohlräume, möglicherweise Wegsamkeiten, die natürlich dann den Nachweis für die Langzeitsicherheit, sprich: dass da keine radioaktiven Stoffe austreten können und da keine Wasserwegsamkeiten sind etc. etc. ~~führen dann natürlich möglicherweise zu Schwierigkeiten~~

Die Idee ist ja insgesamt, dass man eben ein ungestörtes geologisches Gebilde vorfindet, schönes Salz, was nicht gestört ist durch irgendwelche Bohrungen, nicht durch andere Schichten etc. Und das führt natürlich dann dazu, wenn man also so was macht, dass dann die BGR, die damals davon ausgegangen ist: „Wir wollen so wenig Löcher machen wie nur möglich“, dann ihre Bedenken geäußert hat. Aber im Ergebnis hat die BGR ja doch die Vorgehensweise da mitgetragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Aber die Frage ist, die wir auch klären wollen, wie denn umgegangen worden ist mit Kritikern. Und da hat uns der Zeuge Henning Rösel zum Beispiel gesagt in unserer Sitzung vom 10.11.2011, dass aus seiner Kenntnis sein damaliger Kollege Wosnik als Bergmann

eine Äußerung dahin gehend getätigt habe, dass Wosnik im Diskussionsprozess eine Zeit lang die Auffassung vertreten habe, dass dies, nämlich eben die Beschränkung der Erkundung auf den dem BfS derzeit zugänglichen Bereich im Nordosten des Salzstocks, einen neuen Rahmenbetriebsplan erforderlich machte. Und dazu sagte der Zeuge Henning Rösel:

Diese Auffassung hat er nach meiner Kenntnis später revidiert. Er hat zwar Bedenken weiter geäußert oder auf Risiken hingewiesen, aber die Vorgehensweise nach Nordosten hat er dann später nicht mehr infrage gestellt.

Weiterhin hat der Zeuge Henning Rösel in der Sitzung dargelegt, dass Herr Röthemeyer von BfS und Professor Herrmann von der Universität Göttingen ebenfalls bezüglich der Vorgehensweise allein nach Nordosten Bedenken geäußert hätten, und dazu sagte Herr Rösel dann: Aber das sind keine Bedenken, die grundsätzlicher Natur sind dahin gehend, dass die Vorgehensweise infrage gestellt wurde.

Das ist der Auszug aus dem endgültigen Protokoll Nr. 60 unserer Sitzung vom 10.11.2011. Meine Frage an Sie ist jetzt eben: Wie ist denn aus Ihrer Erinnerung mit solchen kritischen Stimmen umgegangen worden? Hat man die angehört? Hat man sie ernst genommen? Hat man sie zur Seite geschoben? Inwiefern sind denn diese Bedenken, diese Kritik, inwiefern ist sie denn eingeflossen in die Überlegungen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Wir hatten selbstverständlich die Fachaufsicht über das BfS. Aber die Fachaufsicht war natürlich nicht so, dass wir uns als Obergutachter und Entscheider in solchen technisch-wissenschaftlichen Fragen empfunden hätten, sondern hier war das natürlich das originäre Interesse und auch Aufgabe des BfS, Diskussionen wissenschaftlicher Art, auch wenn sie kontrovers waren, natürlich selbst zum Konsens zu bringen, und das ist ja auch geschehen. Von daher kann ich mich nicht erinnern, dass ich da eingegriffen hätte.

Ich kann mich nur daran erinnern, dass natürlich einmal die Frage da auftauchte, dass eine Konzeptänderung, wie das offenbar von Herrn Röthemeyer gesehen wurde, wie ich dem Internet entnommen habe, dass diese Konzeptänderung also nicht eine Kon-

Fein
Twar 10
Zur Verfü-
gung stehen

zeptänderung war - so habe ich es verstanden -, sondern in der Tatsache eine Änderung der Vorgehensweise; denn ursprünglich war vorgesehen - und zwar muss ich das wieder oder müssen wir das wieder im Zusammenhang sehen -, dass natürlich Ende der 90er-Jahre ~~Endlager~~ die Eignungshöflichkeit für Gorleben ~~ja doch festgestellt werden sollte~~ - führte das ja dazu, dass man also nicht nacheinander erkundet hat, sondern gleichzeitig in mehreren Schichten. Dann hat man also gleich - war ursprüngliche Vorgehensweise - nach vielen Richtungen und in diesem Falle also gleichzeitig vorgesehen gehabt, nach Nordosten und nach Südwesten zu gehen.

Weil aber in der Zwischenzeit sich erstens die Menge der Abfälle durchaus verringert hatte, sodass man sagen konnte: „Möglicherweise können wir sogar auf Südwesten verzichten“ - möglicherweise - und zweitens der Zeitdruck nicht mehr da war - denn es gab gar nicht mehr so viele Abfälle; die Kernenergie hat ja auch nicht den Ausbau erfahren, der ursprünglich geplant war -, war das Ganze entspannt, sodass man sagen konnte: Okay, wir machen das nacheinander. - Und da war es natürlich logisch, dass man zunächst mal nicht jetzt also den problematischen Bereich, nämlich dort, wo wir die Salzrechte nicht hatten, erkunden wollte, sondern dorthin ging, wo es möglich war, und das war dann eben nach Nordosten. Und in der Zwischenzeit - so war jedenfalls immer mein Verständnis - versucht man auf allen Wegen natürlich, Graf Bernstorff zu bewegen, seine Salzrechte zu veräußern, zumindest diese Rechte, die es erlauben, zumindest dort zu erkunden. Wenn es alleine darauf angekommen wäre, nur noch die Eignungshöflichkeit oder die Eignung festzustellen, wenn es also absolut notwendig gewesen wäre, dort auch zu erkunden, und alles andere wäre paletti gewesen - so habe ich mir das jedenfalls vorgestellt -, dann wird auch Graf Bernstorff in seiner gesamtstaatlichen Verantwortung möglicherweise nicht sagen: Nein, ich will nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Dann verlassen wir auch diesen Komplex mal. Und ich würde noch einmal abschließend anreißen wollen, bitte, Studien der BGR zu potenziellen Ersatzstandorten. Denn Anfang der 90er-Jahre wurden ja durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie, also BMFT - 94 gab es da eine Um-

benennung in BMBF, also Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie -, und das BMU bei der Bundesanstalt für Geologie [sic!] und Rohstoffe zwei Studien zum Thema Endlagerung stark wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle in tiefegeologischen Formationen Deutschlands in Auftrag gegeben. Das war einmal 1991 durch das BMFT in Auftrag gegebene Studie „Untersuchte und bewertete Regionen in nichtsalinaren Gesteinsformationen“; die Studie wurde im November 94 von der BGR fertiggestellt. Und dann die vom BMU 1992 in Auftrag gegebene Studie behandelte die Untersuchungen und Bewertungen von Salzformationen. An der Erarbeitung - sage ich für das Protokoll und auch für die Kolleginnen und Kollegen - dieser Studie war unter anderem unser Zeuge Dr. Paul Krull, den wir am 9. - - das stimmt nicht - den wir noch vernehmen werden, beteiligt. Die Studie wurde ja von der BGR im August 1995 fertiggestellt.

Hinweis auch für die Kolleginnen und Kollegen: Die Studien liegen dem Untersuchungsausschuss, soweit ersichtlich, jeweils nur als zweiter Entwurf vor, und zwar als MAT A 186, Band 8, Paginierung 26702 bzw. Paginierung 267202 ff. Die endgültigen Fassungen sind aber im Internet auf den Seiten der BGR veröffentlicht und werden gerne im Anschluss als MAT B verteilt. - Habe ich irgendwas falsch gesagt?

(Zuruf)

- MAT A 136. Da habe ich irgendwas Falsches gesagt. Also nicht 186, sondern 136.

In einer Pressemitteilung des BMU vom 28. August 1995 heißt es - ich zitiere -:

Die Studien waren vorsorglich für den Fall in Auftrag gegeben worden, daß sich der Salzstock Gorleben entgegen den bisherigen Erkundungsergebnissen doch als ungeeignet für ein Endlager erweisen sollte.

In der Koalitionsvereinbarung zur 12. Legislaturperiode wurde 1990 zwischen CDU/CSU und FDP eine Erkundung möglicher weiterer Standorte für hochaktive, stark wärmeentwickelnde Abfälle vorgesehen.

Zitat Ende.

Für die Studien wurden ja Literatur und Archivdaten für das gesamte Bundesgebiet

das eine und der andere das andere? Wie darf ich das verstehen?

2/ geog r

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, das weiß ich jetzt nicht mehr, weshalb wir das so gemacht haben. Ich meine, es war so: Also, zunächst mal war ja das BMFT das federführende Ressort für Gorleben, also bis, glaube ich, weit in die 80er-Jahre hinein. Ich habe das eigentlich nie verstanden; das habe ich ja eben schon gemacht. Das machte mich auch unzufrieden, dass wir eigentlich immer nur die Büttel für das BMFT sein sollten. Ich glaube, das ist eine ganz verständliche menschliche Reaktion. Zwischenzeitlich hatte das BMFT aber auch keine Lust mehr gehabt, jeweils in dem Haushalt des BMFT die Mittel zu veranschlagen, die natürlich die untätige Erkundung kostete; das ging ja dann auch in die Millionen. So war dann, glaube ich, nachher - sage ich mal - durchaus auch Bereitschaft, dass das BMFT diese Geschichte, also diese Haushaltsverantwortung, an das BMU - glaube ich, war es schon - abgetreten hat. Aus meiner Sicht war das - sage ich mal - natürlich erfreulich, all-dieweil - vielleicht finden Sie das als Ego-manie - aber zumindest das Fachreferat als solches natürlich doch eine stärkere Einflussnahme hatte, sowohl bei der DBE als auch - würde ich mal sagen - beim BfS.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: In einer Vorlage - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Entschuldigung. Ich habe dann ja - - Wie gesagt, ich kann jetzt nicht mehr sagen, was alles sonst noch der Grund war. Voraussichtlich war es so gewesen - wenn ich mich richtig erinnere -, dass dazu - - Ach ja, das war der Faden, weshalb ich das gesagt habe: Dadurch, dass wir, also das BMU, auch die Verantwortung für Gorleben insoweit übernommen hatten - der BMFT war da weitestgehend draußen -, stand das Salz natürlich - ich sage mal - uns oder mir natürlich näher als die anderen Formationen. Die anderen Formationen waren dann eher schon wieder ein Gegenstand von Forschung, sodass es also von daher logisch war, dass das eher dann vom BMFT gemacht wurde. Ich glaube, das waren die damaligen Überlegungen. Aber das waren einfach so Gespräche, die geführt wurden. Die haben eine gewisse innere Logik, wie ich versucht habe, jetzt darzulegen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Wenn wir jetzt mal gucken, also, die Bewertung, Ihre Bewertung in einer Vorlage vom 19. Mai 95 an Bundesministerin Merkel. Da haben Sie den wesentlichen Inhalt der Studien zusammengefasst und haben unter anderem ausgeführt, dass salinare Strukturen nur in Norddeutschland untersucht wurden, da es Salzvorkommen in den süddeutschen Bundesländern nicht gibt, und haben dann ausgeführt - ich zitiere - das alles zitiere ich aus MAT A 136, Band 8, Paginierung 267143; das ist die Vorlage BMU, Bloser, Referat RS III 6, an Frau Ministerin über Staatssekretär Jauck -, da haben Sie dann ausgeführt:

Die BGR-Betrachtungen haben ergeben, daß keine der untersuchten Salzstrukturen alle Anforderungen optimal erfüllt und die Ausbeute an untersuchungswürdigen Salzstrukturen als nicht gerade sehr positiv bewertet wird. Dies bestätigt die Auffassung des Bundes, daß es den idealtypisch optimalen Standort nicht gibt, sondern es vielmehr darauf ankommt, daß die Schutzziele an dem ausgewählten Standort - z. B. bei Gorleben - erfüllt werden.

Zitat Ende. - Dann weisen Sie weiter darauf hin, dass laut BGR - ich zitiere weiter -

für die Einschätzung einzelner Parameter bei manchen Strukturen gegenwärtig der Kenntnisstand für eine hinreichend untermauerte Vorauswahl nicht ausreicht und weiterführende Untersuchungen eine andere Bewertung ergeben könnten.

Beide Studien erhielten dann vereinbarungsgemäß

kein „Ranking“ (Reihung)

- das ist wieder ein Zitat -

der untersuchten Strukturen. Voraussetzung dazu ist u. a. die vorherige Festlegung eines „Ranking“ der Vorauswahlkriterien, was ebenfalls ... nicht erfolgt ist.

Insgesamt haben Sie festgestellt - und jetzt wieder ein Zitat -:

Zu den Berichtsentwürfen ist ferner festzustellen, daß verschiedene Formulierungen mißverständlich sind, zu Fehlinterpretationen Anlaß geben würden und von der BGR zu

Das ist MAT E 9, Band 54, Paginierung 051 bis 053.

Wie konnte die Bundesministerin jetzt sozusagen sagen: „Gorleben bleibt erste Wahl“, wenn Gorleben in den Untersuchungen gar nicht beteiligt war?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, da weiß ich auch nichts zu zu sagen. Von mir stammt dieser Satz nicht. *H, wie ich glaube.* Aber vielleicht darf ich nachführen: Ich meine, ich erinnere mich da noch so hundertprozentig, weil natürlich - sage ich einmal - die Telefone dann wieder nicht stillstanden, und das ist gewissermaßen - - Man könnte jetzt Anekdoten dazu erzählen. Deshalb erinnere ich mich da so genau. Aber ich glaube, das brauche ich jetzt hier nicht zu tun.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Aber ich habe richtig verstanden, dass diese Untersuchungen, die dort durchgeführt worden sind, ohne Bohrungen sozusagen stattgefunden haben?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja. Erstens war in den Berichten ja gar nicht von Gorleben die Rede. Gorleben war ja gar nicht Gegenstand der Berichte. Insofern - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Warum eigentlich nicht?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Weil die Frage sich ja auf alternative Standorte zu Gorleben erstreckte. Zu Gorleben hatte man ja entschieden: Da untersuchen wir jetzt mal, ob die Eignungshöflichkeit auch sich bestätigt. Die Alternativstandorte waren ja eben alternative - sagen wir - Rückzugsmöglichkeiten für den Fall, dass Gorleben sich nicht als geeignet erweisen sollte. Von daher bestand gar keine Veranlassung, Gorleben mit einzu beziehen.

Jetzt komme ich noch mal auf das Ranking zurück. Jetzt könnte man natürlich sagen: Ja, das wäre doch schön gewesen, wenn man das einbezogen hätte, hätte das Ranking machen können. Aber bei Gorleben, da waren wir ja schon sehr viel weiter im Kenntnisstand. Da hatten wir ja schon die Schächte abgeteuft. Wir hatten doch schon - - Also, ich weiß nicht, ob da schon Erkundungsbohrungen - ich glaube, noch nicht - gestoßen worden sind oder so. Das

war also auf einer Teufe von etwa 800 Metern.

Kurzum: Man hatte dort einen ganz anderen Erkenntnisstand als bei den anderen Standorten. Man hätte - - Es hätte gar keinen Sinn gemacht, Gorleben mit einzubeziehen, wie gesagt, weil man da auch gar kein Ranking hätte machen können und wollen, weil das aus wissenschaftlichen Gründen sinnlos gewesen wäre.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann habe ich tatsächlich noch eine abschließende Frage. Und zwar hat am 11. November 2010 Dr. Appel in der öffentlichen Sitzung unseres Ausschusses als Zeuge Folgendes gesagt - ich zitiere -:

Seit 1995 gibt es Kriterien, die durchaus geeignet gewesen wären, auch den Standort Gorleben zu bewerten. ...

Wenn man sich die Kriterien anschaut, die die BGR entwickelt hat, dann stellt man fest, dass wichtige Kriterien, und zwar solche, die sogar dann zur Ausscheidung untersuchungswürdiger Standorte - das war das Ziel dieses Kriterienkatalogs oder dieses Vorgehens - - sich auf das Deckgebirge des Salzstockes, der Salzstöcke, die betrachtet worden sind, beziehen. Und es wird auch deutlich, wenn man sie auf den Standort Gorleben anwendet, dass der Standort Gorleben nicht zu den untersuchungswürdigen Standorten gezählt hätte.

Das war das Stenografische Protokoll in seiner endgültigen Fassung der 23. Sitzung am 11.11.2010 auf der Seite 204.

Das passt jetzt wieder irgendwie nicht zusammen, also die Aussage von Dr. Appel zu der Aussage, letztendlich der Pressemitteilung des BMU - ich zitiere noch mal -:

Die Untersuchungsergebnisse der BGR zeigen für mich, dass es keinen Grund gibt, nach Ersatzstandorten zu suchen. Gorleben bleibt erste Wahl.

Deshalb noch mal die Frage an Sie: Wissen Sie, wie denn die BGR jetzt sozusagen zu dieser Aussage gekommen ist, die die Bundesministerin dann referiert hat?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich glaube mal, wir müssen jetzt - - wir dürfen die ver-

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Das Unsicherheitsrisiko ist ein Unsicherheitsrisiko in Bezug auf die Sicherheit der Entsorgung. Es geht immer nur um die ~~die~~ ^{Also, der Begriff} Sicherheit wird häufig - sage ich mal - in einer unzulässigen Weise erstreckt oder unterschiedlich benutzt. Es geht einmal um die nukleare Sicherheit und dann einmal um die Entsorgungssicherheit, und hier ~~war~~ ^{geht} es gar nicht um die nukleare Sicherheit, sondern einfach nur um die Entsorgungssicherheit. Das ist also das -- Deshalb steht das auch in Anführungszeichen: das „Unsicherheitsrisiko“ der Eignung des Salzstockes Gorleben.

Es besteht kein -- Wir hatten keinen Zweifel daran, dass die Eignungshöflichkeit gegeben war. Sonst hätten wir das ja doch nicht gemacht. Das wäre ja auch blöd gewesen; denn es ist ja doch das Verfahren zu betrachten. Selbst wenn der Bund jetzt alle Bedenken hintangestellt hätte, hätte ja noch ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden müssen. Das hätte das Land machen müssen. Und ich meine, man muss da schon mit dem Klammerbeutel gepudert sein, wenn man also dem Land eine Steilvorlage gibt, indem man also Dinge einfach nicht beachtet, schlampt, unter den Teppich kehrt und dergleichen mehr. Also, das hätte ja alles dann zu Nachfragen geführt, die das ganze Verfahren noch weiter verzögert hätten, möglicherweise sogar torpediert hätten.

Insofern hatten wir sowohl die Absicht, alles wissenschaftlich, rein fachlich abzuarbeiten, das auch transparent zu machen, vor dem Hintergrund erstens - sage ich mal -, dass man sowieso am besten fährt, wenn man immer bei der Wahrheit bleibt, und zum Zweiten, dass natürlich das Planfeststellungsverfahren ja noch abgewickelt werden musste. Also das -- Ich denke mal, das war auch klug so; denn die Geschichte hat ja doch gezeigt, dass bis heute und selbst - sage ich einmal - in der Konsensvereinbarung von 2000 oder 2001 ~~h~~ ^{sogar} die höchsten Weihen bekommen hat, insofern, dass gesagt wurde: Es bestehen keine Fakten, die gegen Gorleben sprechen derzeit, also gegen eine potenzielle Eignung. Also, das muss ich ja immer sagen.

Wir sind da auch ganz ergebnisoffen rangegangen. Es war nie die Rede davon, dass Gorleben geeignet ist, sondern es ging immer nur darum, dass die Eignungshöflichkeit vorhanden ist, sich im Laufe der

Erkundung bestätigt hat und die begründete Aussicht auf Eignung besteht.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Jetzt bin ich ja kein Naturwissenschaftler, sondern Jurist, und jetzt stelle ich mir mal die Frage: Was wäre denn, wenn man jetzt den Weg gegangen wäre, auch an anderen Standorten obertägig zu erkunden? Hätte man dann irgendwann die Sicherheit gehabt: „Ja, ich weiß jetzt, es gibt an einem anderen Ort einen genauso geeigneten Standort wie Gorleben“, oder wie habe ich mir das vorzustellen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, man kommt dann in eine Bredouille, die wir möglicherweise demnächst haben werden. Jetzt weiß ich gar nicht, ob ich den Bezug zur Gegenwart herstellen darf. Es geht ja eigentlich nur um --

Also gut, die Bredouille, die wir damals gehabt hätten und - jetzt nicht für das Protokoll - die wir dann zukünftig möglicherweise haben werden, wenn alles so kommt, wie es angedacht ist, ist doch so: Wenn man jetzt einen anderen Standort nimmt und da bohrt, dann hat man ein Teilergebnis, eine klitzekleine Einzelheit. Und dann fragt man sich -- Die kann natürlich jetzt besser sein, gerade an der Stelle, als vielleicht - sage ich einmal - irgendein Ergebnis, was man bei Gorleben hat. So, und jetzt ist man in der Bredouille: Ja, was machen wir denn jetzt nun? Sagen wir jetzt schon: Gorleben werfen wir ab und machen jetzt nur noch da das Endlager?

So, und wenn man jetzt also diese eine Entscheidung treffen würde - wir werfen jetzt Gorleben ab - und bohrt dann jetzt erst mal weiter, dann stellt sich plötzlich heraus, dass das also viel schlimmer ist. Oder man stellt fest - was wahrscheinlich der Fall sein wird -: Wir können gar nicht vergleichen. Wir haben bei dem einen, Endlager Gorleben, eine Erkundung -- Oder: Bei dem möglicherweise geeigneten Endlager Gorleben haben wir eine Erkundung über mehrere Jahre gemacht mit einem finanziellen Aufwand von, ich denke mal, 1,5 Milliarden etwa. Wir haben also große Kenntnisse, und die sollen wir jetzt vergleichen mit einem Standort, wo wir vielleicht dann jetzt gerade - sage ich mal - nur drei, vier Bohrungen gemacht haben, Oberflächenbohrungen, vielleicht eine Tiefbohrung. Das geht nicht. Das ginge nur dann, wenn man dann in die gleiche

H-Entsorgung =
guppssibel-
heit

H-19

H die Aus-
sage der
bestätigten
Eignung-
hoffigkeit

Tiefe gehen würde wie jetzt bei Gorleben, also sprich: dann also auch auf etwa 900 Meter Teufe, wie die Bergleute sagen, also Tiefe, und von dort aus dann also weiter erkunden würde.

So, und dann kann man sich natürlich auch fragen: Gut, wenn ich jetzt also den zweiten genommen habe: Ja, ist das denn jetzt wirklich der beste? - Dann kommt sofort die Frage: Ja, von zweien ist er der beste. Aber der beste ist er immer noch nicht. Also muss ich noch irgendwo anders bohren. - Und so kann man das fortsetzen, und dann pflastere ich die ganze Republik zu mit Bohrungen, was natürlich illusionär ist.

Von daher ist es natürlich idiotisch, zu sagen: Wir brauchen den besten Standort. Man kann höchstens alles -- Das ist unsinnig, diese Formulierung. Man muss so formulieren, dass man sagt: Wir brauchen einen Standort, der die Anforderungen erfüllt. Nur so kann es doch sein.

Entschuldigung, das war jetzt -- Also, der Bezug - sage ich mal - jetzt zur Zukunft oder zur Gegenwart ist also dann möglicherweise - sage ich einmal - von Ihnen zu ziehen. Ich habe jetzt nur von der Vergangenheit geredet.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Das war super
erhellend!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist gut. Bei der Vergangenheit bleiben wir.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wurde denn in der Vergangenheit -- Sprich: Das, was Sie in dem Vermerk niedergelegt haben, ist das dann auch Hausmeinung geworden, und ist das dann auch von den anderen Ressorts letztlich geteilt worden, also sprich, dass man eben nicht an anderen Standorten die obertägige Erkundung durchführt, oder war das eine Meinung, die jetzt zwar im BMI vertreten wurde, aber die sonst kein anderes Ressort so geteilt hat?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Mir ist keine gegenteilige Meinung bekannt geworden.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Es gab ja dann, als es eben um die Entscheidung ging, untertägig zu erkunden, eine entsprechende Kabinettsvorlage vom 6. Juli 83, und da heißt es - ich zitiere jetzt hier; das ist MAT A 52, Band 11, dort die Blattnummern 72 ff. -:

Aufgrund der Eignungshöflichkeit des Salzstockes Gorleben ist derzeit die Erkundung anderer Salzstöcke nicht erforderlich.

Sollten die untertägigen Erkundungen am Salzstock Gorleben entgegen den bisherigen Erkenntnissen zeigen, daß dieser als Endlager nicht geeignet ist, würde dies nur eine zeitliche Verschiebung zur Folge haben, weil im Bedarfsfall auf der Grundlage von bisher durchgeführten Untersuchungen über eignungshöfliche Salzformationen kurzfristig andere Standorte benannt und aufgrund der bei der Erkundung von Gorleben gewonnenen Erfahrungen rasch erkundet werden könnten ...

Wenn ich mir diese Passage jetzt mit entsprechendem zeitlichen Abstand anschau, erscheint mir --

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Mögen Sie die
MAT-Nummer wiederholen?)

- Ja, gerne: Das ist MAT A 52, Band 11, dort die Blätter 72 ff.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Danke!)

Wie gesagt: Wenn ich mir mit zeitlichem Abstand noch mal diese Aussage in der Kabinettsvorlage anschau, erscheint es mir so, dass man durchaus in der Bundesregierung sich über Alternativen zu Gorleben Gedanken gemacht hat, jedenfalls die Gedanken gemacht hat, was passiert, wenn sich Gorleben am Ende als nicht geeignet erweisen sollte. Ist der Eindruck so richtig, oder war es damals vielleicht doch anders? Hier im Untersuchungsausschuss wird ja oftmals die These vertreten, die Bundesregierung habe damals -- Augen zu und durch! Wir schauen nur auf Gorleben, und links und rechts nehmen wir nichts mehr zur Kenntnis. - Wie war das aus Ihrer Sicht in der damaligen Zeit?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, es war in der Tat so, wie Sie gerade vorgelesen haben, Herr Dr. Paul, dass es also die Fachmeinung war. Ob es jetzt - sage ich mal - Vertreter der Bundesregierung waren, die da vorbehaltlos dem zugestimmt haben, das weiß ich natürlich nicht. Ich habe da keinen Respons, kein Feedback, bekommen. Aber es war in der Tat - so, wie Sie vorgelesen

Htragen

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Aber selbstverständlich.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Aber ich kann jetzt - sage ich mal - nicht die einzelnen Standorte benennen. Das kann ich jetzt nicht. Aber ich habe ja selbst damals gesagt - - also mit Herrn Lummerzheim, meinem Kollegen, ja dies in Auftrag gegeben. Ich habe auch sogar diese Pressekonferenz mit vorbereitet. Ich habe, denke ich, auch an der Presseerklärung mitgewirkt.

Bloß war da - sage ich mal - gewissermaßen ein Satz dann möglicherweise drin, der da gesagt worden war, der also nicht von mir stammte. Wer ihn reingefummelt hat - ich darf das mal so respektlos sagen -, weiß ich nicht. Aber er hat natürlich dann eben insofern für Aufregung gesorgt, alldieweil da natürlich dann auch Leute bei der BGR angerufen haben und dann gesagt haben: „Was, hier? Da haben wir die Aussage vom BMW, Gorleben sei der beste Standort“, und die BGR natürlich sagte: Nein, das haben wir nie gesagt.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit ist das Fragerecht zunächst erschöpft und geht jetzt weiter an die SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Vogt.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Herr Dr. Bloser, ich wollte noch mal auf das Thema Standortsuche und die Frage der Alternativen zurückkommen. Sie haben eben selber gesagt, es kommt ja darauf an, nicht auf das Gestein grundsätzlich, sondern auf die konkreten Verhältnisse am Standort, ob die für die Beurteilung der Sicherheit - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Die sind letztlich maßgeblich. Entschuldigung, wenn - -

Ute Vogt (SPD): Ja, klar, die sind maßgeblich. - Jetzt gibt uns ja § 1 des Atomgesetzes vor, dass die Schutzziele sehr hoch gelegt werden, nämlich Leib und Leben, Gesundheit. Das heißt, das ist ein hoher Maßstab. International beobachten wir ja - das war auch damals schon -, dass vielfach ein

alternatives Suchverfahren auch gewählt worden ist, um den sogenannten bestmöglichen Standort zu finden.

Jetzt finde ich in einem Referatsschreiben von Ihnen 1992 - MAT A 126/1, Band 8 -, wo Sie unter anderem schreiben:

Im übrigen kommt es überhaupt nicht auf den „optimalen“ Standort an, sondern darauf, daß die gesetzten Schutzziele erfüllt werden. Nach dem jetzigen Kenntnisstand wird dies bei Gorleben der Fall sein.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU):
Können Sie bitte die MAT-Nummer nennen?)

- MAT A 126/1, Band 8, habe ich gesagt.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU):
Blatt?)

- Paginierung 265165 bis 265178.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU):
Vielen Dank!)

- Bitte sehr.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, das kann ich - -

Ute Vogt (SPD): Nach meinem Verständnis ist es doch so: Wenn man vergleichende Untersuchungen anstellt, hat man doch eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass man das Bestgeeignete unter mehreren rausfindet, so wie zum Beispiel in der Schweiz die Suche derzeit stattfindet.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich habe ja versucht, das gerade erkenntnistheoretisch zu erläutern. Selbst wenn Sie einen zweiten Standort haben, der besser ist als der erste, dann haben Sie noch lange nicht den besten. Dann haben Sie bloß einen besseren als den ersten.

Ute Vogt (SPD): Ja. Aber ist es nicht meine Verpflichtung - jetzt sage ich mal -, dass ich den bestmöglichen wenigstens versuche zu finden, und kann ich das überhaupt, wenn ich nur einen angucke?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Sie haben recht. Aber selbst wenn Sie - sage ich mal - n plus eins untersucht haben, dann könnte Standort „n plus zwei“ immer noch besser sein. Das heißt, Sie kommen aus diesem Dilemma nicht raus, dass Sie irgendwas

anderes sagen müssen als den besten. Ich habe Ihnen ja eben eine Alternative genannt. Sie müssen einen Standort haben, der die Anforderungen erfüllt. Das ist der Punkt.

Ute Vogt (SPD): Die Anforderungen - haben Sie vorhin gesagt - wurden 83 formuliert.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja. Sie wurden 83 formuliert in den Sicherheitskriterien, und zwar ist die letzte Anforderung eigentlich die, dass die Langzeitsicherheit gewährleistet sein muss. Der Wert der Langzeitsicherheit ist ja dort auch noch damals in einem Wert in Millirem genannt worden.

Ute Vogt (SPD): Jetzt gab es zum Beispiel auch die Anforderung des Deckgebirges, die dann später wieder verändert worden ist. Entspricht es Sicherheitsanforderungen, wenn ich einmal erst die Anforderung stelle - Deckgebirge war eine; da sind wir uns, glaube ich, einig - und die dann später als nicht mehr so relevant nutze? Können Sie mir den Verdacht entkräften, dass man da einfach auch die Anforderungen angepasst hat an das, was man findet?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich versuche, das mal zu erläutern. Es klingt in der Tat - sage ich mal - verdächtig, -

Ute Vogt (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: - wenn ich erst mal diese Anforderung habe und dann werfe ich sie über Bord. Da muss ich mich aber darauf besinnen: Worauf kommt es denn eigentlich an bei der Tiefenendlagerung? Sie haben durchaus recht, dass das Deckgebirge wichtig ist bei der oberflächennahen Endlagerung. Die Franzosen und die Engländer haben ja beispielsweise in La Hague und Sellafield und in der Kante eine oberflächennahe Endlagerung gemacht, praktisch in Gräben gemacht, die etwas tiefer waren. Da ist natürlich dann entscheidend, dass da das Deckgebirge in Ordnung ist und keine Verhältnisse sind, die möglicherweise dann fließendes Wasser in Kontakt bringen mit den radioaktiven Dingen.

So. Bei der Tiefenendlagerung, aber jetzt in Salz, da sind wir ja nicht mehr im Deckgebirge, was dann also einige zig Meter nur ist - sagen wir mal 100 Meter oder 150 oder 200 -, sondern da sind wir ja praktisch auf

900 Metern und weiter, noch tiefer. Das heißt, dort von der Strecke aus geht man ja noch mal tiefer rein - was weiß ich, wie viel Meter -, um dort beispielsweise Glaskokillen oder sonstige Dinge reinzubringen. Das heißt, die eigentliche Schutzbarriere ist das Salz, bei Salz jetzt. Bei anderen Gesteinen wären es eben Granit, Ton oder sonst was. Das heißt, das Deckgebirge hat eine nachgeordnete Bedeutung, also fast keine.

Man ist ja diesen Dingen auch insoweit nachgegangen, dass man gesagt hat: Dadurch, dass der Salzstock weiter aufsteigt, ist die sogenannte Subrosionsrate so, dass kein Wasser nach unten an diese Endlagergebäude kommen kann. Das heißt, der Salzstock **H** Das Salz wird nachgeliefert. Das Wasser hat gar keine Chance, da weiter nach unten zu kommen. Das macht einen Unterschied zu Salzbergwerken, die durchörtert worden sind, wo also beispielsweise Salz bis ans Deckgebirge abgebaut worden ist. Aber das wissen Sie ja alles.

H. liegt auf.

Ute Vogt (SPD): Ja. - Herr Professor Duphorn hat ja da eine etwas andere Auffassung als Sie in Bezug auf die Notwendigkeit des Deckgebirges auch geäußert. Sie haben vorhin gesagt - -

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Darf ich da vielleicht einhaken?

Ute Vogt (SPD): Ich frage Sie danach - dann können Sie es gleich verbinden -, weil Sie vorhin gesagt haben: Wir mussten oft ausbaden, was von Duphorn oder anderen Kritikern gesagt wurde. Das haben Sie bei der Vernehmung der Frau Vorsitzenden so noch mal gesagt. Das würde ich dann gerne erläutert haben. Hat das was mit solchen kritischen Äußerungen zu tun, die er zum Beispiel in Bezug auf das Deckgebirge gemacht hat?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein, ich habe mich geärgert, wenn eine parlamentarische Anfrage zu einem Ergebnis von Duphorn kam, dass die vom BMFT ans BMI damals noch geleitet wurde.

Ute Vogt (SPD): Das habe ich jetzt nicht verstanden.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Es war eine parlamentarische Anfrage von Ihren früheren

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Dr. Bloser, ich möchte trotz alledem auch noch mal auf diesen Part dieser angeblichen Weisung kommen. Also, ich habe in den Unterlagen Hinweise gefunden, dass überhaupt gar keine Weisung nötig war, weil Herr Professor Röthemeyer schon im Rahmen dieser Besprechung am 11. Mai 83 von sich aus angeboten hatte, diese Frage der Erkundung weiterer Standorte herauszunehmen, bevor Herr Dr. Matting eben gesagt hat: BMI will nicht, dass andere Standortvorschläge in den Bericht eingehen. Und ich zitiere noch mal aus einer Aussage, die wir von Herrn Professor Röthemeyer bekommen haben in der 10. Sitzung am 1. Juli. Das ist ein Teilzitat. Ich zitiere - ist im Protokoll Seite 7 als Fundstelle -:

„Die Frage der anderen Standorte kann herausgenommen werden, wenn die Ressorts es wünschen.“

Mir war hierbei klar geworden, dass es sich um eine entsorgungspolitische Entscheidung handelt, die eine Fachbehörde hinnehmen muss. Argumentiert wurde nämlich entsorgungspolitisch: Unruhen an anderen Standorten und Ähnliches.

Und etwas weiter im Protokoll, auf Seite 37, sagt er, ihm war klar geworden:

... dass ich in einer entsorgungspolitischen Frage dem weisungsberechtigten Ministerium, nicht nur zweckmäßigkeitsaufsichtlichen, sondern auch fachaufsichtlichen Ministerium, hier nicht widersprechen kann.

Also, wie bewerten Sie das denn? Ich frage Sie noch mal auch als ehemaliger hoher Mitarbeiter, Beamter der PTB: Dieser Vorwurf der Weisungsabhängigkeit, inwieweit hat das denn überhaupt Einfluss nehmen können auf Ihre wissenschaftliche Arbeit?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Diese Weisung als solche hat keinen Einfluss gehabt auf die wissenschaftliche Arbeit des BfS oder der PTB im Hinblick auf Gorleben. Denn es war ja Aufgabe des BfS, der PTB, Aussagen zu treffen aufgrund der Ergebnisse der geowissenschaftlichen, geophysikalischen Erkundungen, was Gorleben betraf. Und Herr Röthemeyer hat ja - Sie haben es ja vorgelesen - doch eindeutig auch gesagt: Diese Aussage war rein entsorgungspolitisch bedingt. - Und das habe ich eben ja versucht

darzulegen, dass man, wenn man von Sicherheit redet, den Begriff der Sicherheit immer in einem unterschiedlichen Begriffsumfeld verwendet: Sicherheit der Entsorgung auf der einen Seite, also sprich: eine Lösung zu haben für das Verbringen der Abfälle, und auf der anderen Seite Sicherheit gegen ein nukleares Risiko.

Darf ich vielleicht noch Folgendes sagen mit der Weisung? Ich habe das, glaube ich, eben vielleicht zu kurz gesagt. Herr Röthemeyer ist mir ja bekannt als lieber Kollege. Wir waren gemeinsam, sage ich ja mal, dort in einer Abteilung und fast Zimmer an Zimmer, und wir haben häufig, wenn es darum ging, eine Stellungnahme auch an die Länder zu geben im Zusammenhang mit Kernkraftwerken, von Weisung geredet. Das waren aber nie Weisungen in dem Sinne, wie man eine Weisung zu verstehen hat, sondern das waren Stellungnahmen. Wir haben einfach, wie gesagt, das immer salopp als Weisungen bezeichnet.

Zudem hätte Herr Röthemeyer ja auch die Gelegenheit gehabt, wenn es ihm ein ernstes Anliegen gewesen wäre, oder auch Herr Illi, zu remonstrieren, also einfach zu sagen: Hier kommen Ministeriale und wollen hier irgendwas manipulieren oder unsere Fachmeinung total konterkarieren. - Das war ja alles nicht der Fall. Und auch in den nachfolgenden Papieren, die das BfS erstellt hat, wird nie gesagt, dass die Erkundung alternativer Standorte notwendig sei aus Sicherheitserwägungen, weil die der Meinung wären, Gorleben wäre nie ein sicheres Endlager.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt zunächst an die Linken. Frau Kollegin Voß.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön, Frau Flachsbarth. - Herr Dr. Bloser, Sie sind Naturwissenschaftler. Würden Sie mir verraten, in welchem Fach Sie promoviert haben?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Promoviert?

Johanna Voß (DIE LINKE): Nein, also Ihren Doktor gemacht haben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte mit Mikro.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Doktor der Physik, Dr. rer. nat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, bitte mit Mikrofon.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ach so, Entschuldigung. Dr. rer. nat., und zwar eher ein neutronenphysikalisches, kernphysikalisches Untersuchungsprogramm.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das ist spannend, ja.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Na ja, ich kann Ihnen sagen, also die *Messung des (n , $2n$)-Wirkungsquerschnitts in einem Energiebereich von etwa 2, MeV*. Der Titel stimmt nicht mehr ganz, aber so in etwa.

Johanna Voß (DIE LINKE): Okay. Also das heißt, geologisch oder biologisch, das waren nicht Ihre Sachen, sondern Kernenergie?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also biologisch ist ~~H~~ Oder was sagten Sie?

Johanna Voß (DIE LINKE): Also, nicht Biologie oder Physik, sondern Atomthemen waren Ihre --

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein, ich habe ja Physik studiert. Ich habe mich dann danach --

Johanna Voß (DIE LINKE): Physik. In der Physik.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich habe Physik studiert, und daneben habe ich auch Reaktorphysik gemacht und Neutronenphysik. Also, ich weiß jetzt nicht genau, worauf Sie hinauswollen. Wenn Sie darauf hinauswollen, dass ich gar keinen geowissenschaftlichen Sachverstand habe --

Johanna Voß (DIE LINKE): Ich wollte nur auf Geologie hinaus, aber das ist nicht Ihr Feld.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, genau. Ja, wenn Sie --

Johanna Voß (DIE LINKE): Weil Sie ja sicher genau, also zu geologischen Themen immer wieder, eine Fachmeinung Ihres Hauses vertreten haben und damit nach außen gekommen sind. Ich will Ihnen noch mal sagen, hier also bisschen --

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Entschuldigung, darf ich das sagen: Ich meine, die Geologie ist so ein Sammelbegriff. Im Deutschen sagt man Erdwissenschaften. Und die umfassen die Paläontologie, die Geophysik, die Ingenieurgeologie und all die anderen --

Johanna Voß (DIE LINKE): Ich weiß. Herr Dr. Bloser, meine Zeit, zu fragen, ist ganz knapp.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Entschuldigung.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das ist jetzt anders, als es da drüben war. Unsere Fragezeit ist ganz kurz, und deshalb würde ich --

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Entschuldigung.

Johanna Voß (DIE LINKE): Erlauben Sie mir, dass ich hin und wieder unterbreche, und ich bitte Sie auch, kurz zu antworten, wenn es geht. Also, wir haben diesen 19. Mai 95 schon gehabt, wo es diesen Vermerk gab, der für Frau Ministerin Dr. Merkel verfasst worden ist. Und auf diesem Vermerk, den wir hier haben vom 19. Mai - das ist MAT A 136, Band 8, die Seiten 267143 ff. - stehen Notizen drauf in roter Farbe. Also, vermutlich sind das die von Staatssekretär Jauck. Ich möchte Ihnen diese mal vorlesen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Da steht:

Auf Frage teilt mir AL RS ...

- das ist der Abteilungsleiter Reaktorsicherheit im BMU, damals und heute wieder Herr Hennenhöfer -

... daß die Entwürfe des Berichtes zugleich zugeleitet wurden an BMWi und BMWF.

Und weiter:

AL RS hofft, daß die Sache den Kreis der Gesprächsteilnehmer nicht verläßt.

2. Da das aber in Bonn nicht auszuschließen ist, habe ich mit Frau Sahler wegen einer Offensivpressestrategie gesprochen. Frau Sahler steht auch im Kontakt zu AL RS.

Zitat Ende. - Herr Dr. Bloser, Frau Gertrud Sahler war damals die Presseverantwortliche von Frau Dr. Merkel.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja. Ihr Name steht auch unter der späteren Pressemitteilung von Frau Merkel, bei der sie sagte, Gorleben bleibe erste Wahl. Was ist unter „Offensivpressestrategie“ hier zu verstehen? Also, ich will Ihnen sagen, was wir unter Offensivpressestrategie verstehen, und dann einen - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Da kennen Sie sich doch aus!)

- Gleich sind Sie dran, ja. - Da Sie wussten, es würden bei der Vorstellung der Studien Fragen nach Gorleben kommen, haben Sie lieber gleich sehr offensiv die Behauptung aufgestellt: „Gorleben bleibt die erste Wahl“, obwohl Gorleben überhaupt nicht untersucht wurde, obwohl den Fachleuten und auch Ihnen, Herr Dr. Bloser, bekannt gewesen sein dürfte, dass Gorleben das in der Studie genannte Positivkriterium „intaktes Deckgebirge“ nicht erfüllt, dafür aber das Negativkriterium „eine eiszeitliche Rinne“ durchaus erfüllt.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Sie wollten eine kurze Antwort. Erstens stammt dieses Feld in Rot nicht von mir.

Johanna Voß (DIE LINKE): Nein, Herr Jauck. Das hatte ich ja gesagt.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Zweitens hat auch der Abteilungsleiter AL RS mit mir keine Rücksprache genommen. Also, Sie dürfen mich jetzt nicht fragen, was die beiden Herren möglicherweise bewogen hat, das draufzuschreiben. Ich kann nur sagen: Von mir stammt es nicht.

Johanna Voß (DIE LINKE): Sie hatten eben was gesagt, nachdem diese Studien fertig waren und bekannt gegeben wurden, dass da in Ihrem Haus jede Menge Telefonanrufe waren, und Sie hatten gesagt, was da

los war. Könnten Sie das noch mal näher beschreiben, was da los war?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich kann es nur vermuten. Ich kann nur vermuten, dass diese Offensivstrategie dazu geführt hat - was irgendwann mal, glaube ich, hier gesagt worden ist, Gorleben ist erste Wahl oder beste Wahl, was weiß ich -, dass man bei der BGR angerufen hat und die natürlich dann gesagt haben: Davon wissen wir nichts, das haben wir so nicht gesagt. - Und das ist ja zutreffend.

Johanna Voß (DIE LINKE): Aber können Sie sich erklären, woher dann diese Umgehungsweise gekommen ist, wer diese BGR-Studie dann so weginterpretieren durfte?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ober sticht Unter.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ober sticht Unter.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich weiß nicht. Man hat mit mir nicht darüber gesprochen, man hat mich da nicht befragt.

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut, danke. Vielleicht ja die Chefin?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, wie gesagt, ich will nichts vermuten. Ich weiß es nicht. Nein, also ich sage ja: Mich hat niemand befragt.

Johanna Voß (DIE LINKE): Aber Sie haben doch gewusst - das ist seit Duphorn ja auf und ab diskutiert worden -, ob es ein intaktes Deckgebirge gibt und dass es das nicht gibt und dass es diese Gorlebener Rinne gibt. Also, Ihnen war durchaus bekannt, dass - - Und der Inhalt dieser Studien war Ihnen auch bekannt. Also konnten Sie auch eins und eins zusammenzählen: Anhand der Kriterien dieser Studien müsste man Gorleben aus dem Topf nehmen.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich habe versucht, das zu erläutern. Das Deckgebirge ist ja praktisch nur eine kleine Schicht oberhalb des Salzes, und die eigentliche Barriere - -

sage ich ja mal, en passant, aber nicht so, dass da was Wesentliches gewesen wäre.

Vor dem Hintergrund der Verlautbarung, die ich im Internet nachlesen konnte, ergänze ich einfach noch mal, dass also auch kein Vertreter der Energiewirtschaft versucht hatte, bei mir Einfluss zu nehmen auf irgendeine Entscheidung oder auf eine sonstige Sache. Das hätten die auch gar nicht gekonnt, weil, glaube ich, deren Kenntnisse hinsichtlich der Geowissenschaft und anderer Dinge rudimentär waren und die sich eher auf reaktorphysikalische oder reaktor-technische Dinge bezogen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ein Punkt, der die Energiewirtschaft bestimmt sehr interessiert hat, war natürlich das Geld, die Kosten für Gorleben. Nach unseren Unterlagen gab es ja dann eben eine dritte Gesprächsebene. Unter der Überschrift „Optimierung der Endlagerung“ gab es wohl da verschiedene Gespräche auf, ich würde das mal Arbeitsebene nennen. In verschiedenen Protokollen taucht da auch Ihr Name auf, sodass ich jetzt mal davon ausgehe, dass Sie auch bei diesen Gesprächen dabei waren. Können Sie sich daran erinnern - das war also die Jahreswende 96/97, wo es insbesondere um die Frage Kostenoptimierung bei der Endlagerung ging -, dass Sie da dabei waren?

Zeuge Dr. Manfred Blosler: Also, ich kann mich da konkret nicht mehr erinnern. Aber die Kostenoptimierung war natürlich ein ständiges Problem, alldieweil natürlich die EVUs immer klagten: Das Ganze wird ja teurer, und wir sehen da keine Fortschritte. Das bezog sich aber im Wesentlichen, wenn ich das richtig erinnere, nicht auf Gorleben, sondern eher auf andere Projekte.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann darf ich Ihnen gerne mal eine Unterlage zur Verfügung stellen. Das ist MAT A 191, Band 1, Paginierung 623184 f.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Da geht es um einen Bericht des BfS, und zwar auf Präsidentenebene; also Präsident Kaul schreibt direkt an Bundesumweltministerin Angela Merkel, wo es um die Vorbereitung eines Ministergesprächs geht, das am 13. Januar 97 stattfinden soll. Teilnehmende Minister auf Bundesebene: Rexrodt, Merkel,

und dann eben Vorstände der Energiewirtschaft. Und da wird sowohl auf Kostenbetrachtung als auch auf das Entsorgungskonzept hingewiesen, und insbesondere findet sich - das ist die letzte Seite - eine Übersicht, eine Tabelle „Kosten Gorleben und verschiedene Varianten“. Darauf würde ich jetzt gern noch mal zu sprechen kommen; denn es wird ja immer so der Eindruck erweckt, jetzt so im Nachhinein, die Energiewirtschaft und die damalige Bundesumweltministerin, der Bundeswirtschaftsminister hätten da an einem Strang gezogen.

Wenn man sich das anschaut, stellt man ja fest: Es gab ja offensichtlich Gesprächsbedarf, sonst hätten die sich ja nicht getroffen, und zum anderen gab es ja wohl auch erhebliche Meinungsunterschiede, gerade was die Kostensenkungsmöglichkeiten im Bereich der Endlagerung anging. Und da spielte wohl auch eine Rolle - sonst hätte nämlich der Präsident Kaul da wohl kaum geschrieben -, in welcher Weise man die Erkundung Gorlebens weiterführt. Ich lese das so, dass verschiedene Varianten in der Kostenbetrachtung dann untersucht wurden; einmal so, wie es ja früher der Fall war: parallele Erkundung Nordost-Südwest, dann ausschließlich Nordost und konsekutiv nacheinandergeschaltet Nordost-Südwest auf der einen Seite, und auf der anderen Seite dann so eine Art Moratorium, was wohl von der Energiewirtschaft gefordert wurde, dass man da eben für ein paar Jahre unterbricht, und dann ebenfalls nach den drei genannten Varianten. Also, so lese ich jetzt diese Tabelle. Frage: Können Sie sich daran erinnern und etwas dazu sagen?

Zeuge Dr. Manfred Blosler: Also, ich muss ehrlich sagen, dass ich mich daran eigentlich gar nicht mehr so recht erinnere, wenn ich denn überhaupt da eingeschaltet war. Aber wenn Sie sagen, ich war da bei solchen Gesprächen dabei, dann trifft das sicherlich zu. Aber ich war auch nicht bei allen Gesprächen dabei. Ich weiß auch gar nicht, was daraus geworden ist. Also, was Gorleben anbetrifft, würde ich sagen, hat das jedenfalls zu keinem Ergebnis geführt.

Es hat allerdings, muss ich sagen, ja sage ich mal, Änderungen der Redeweisen gegeben. Also, wir haben ja mal angefangen bei Gorleben, dass man sagte, ~~im~~ Gorleben solle eine Endlager sein für alle Arten von radioaktiven Abfällen, also sowohl von den schwachaktiven und von den hochaktiven.

1-19

Dann ergab sich das ja so, dass insgesamt das Abfallspektrum geringer wurde. Dann kam Konrad, wo diese schwachaktiven und mittelaktiven rein sollen, sodass dann also stärker das Argument immer nur kam: Gorleben ist das Endlager für hochradioaktive Abfälle.

Ich habe das eigentlich nie verstanden, weshalb man immer diese ~~Ich~~ Ich habe das auch nie so gesagt, sondern das war dann einfach so ein Sprachgebrauch, der dann kam, der sich dann auch so ein bisschen eingeschliffen hatte. Aber es gab ja auch keinen Grund, dem unbedingt entgegenzutreten, weil in der Tat sich das von den Fakten nachher so ergab, dass eben die schwachaktiven und mittelaktiven nach Konrad kommen mussten, alleine schon von der zeitlichen Perspektive, dass Gorleben allenfalls sehr viel später in Betrieb hätte gehen können.

Und dann waren natürlich in der Tat -- Dann wurde hier also diskutiert -- Die Dinge, die hier in dem Vermerk sind, ich muss sagen, ich erinnere die -- Also, die Begriffe kommen mir jetzt wieder ganz bekannt vor, aber, wie gesagt, die Überlegungen, die da weiter angestellt worden sind, kann ich im Einzelnen gar nicht mehr memorieren. Nach meiner Kenntnis haben die auch zu keinem Ergebnis geführt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht ist jetzt bei der SPD-Fraktion. Frau Kollegin Vogt.

Ute Vogt (SPD): Vielen Dank. - Herr Dr. Bloser, Sie haben vorhin, am Ende, als ich Sie gefragt hatte, noch einmal erläutert, dass man ja die andere Seite des Salzstockes dann möglicherweise auch mit technischen Möglichkeiten erkunden könne.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Sie meinen jetzt die südwestliche Seite?

Ute Vogt (SPD): Ja. Mir geht es noch einmal um die Frage der Erkundung. - Jetzt haben Sie aber andererseits vorhin gesagt: Wir wären beglückt gewesen, wenn die Salzrechte verkauft worden wären. Wie bringe ich das zusammen? Entweder braucht man die Salzrechte zur Erkundung - dann ist es gut, wenn man sie hat -, oder man braucht sie nicht, wenn man andere Verfahren hat, um den Salzstock zu erkunden.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, es ist doch immer so, dass man mit Sorge betrachtet, was möglicherweise passieren könnte, wenn dieses oder jenes nicht ist. Und für mich war die Welt heil und in Ordnung, optimal, wenn der Bund alle Salzrechte gehabt hätte. Wenn man die also nicht hat, muss man eben zu anderen Verfahren greifen, nicht?

Denklogisch kann ich ja gar nicht ausschließen, dass, selbst wenn man diese neuen Methoden alle anwendet, dann nicht möglicherweise nachher die Planfeststellungsbehörde sagt: Nein, damit sind wir nicht zufrieden; wir möchten aber gerne noch etwas anderes. - Und dann ist man geerdet, wenn man die Rechte nicht hat. Das war eben meine Sorge. Denn ich wollte ja jetzt nicht, sage ich einmal, nur den Salzstock Gorleben gewissermaßen hinsichtlich der Frage „Ist er eignungshöflich, ist er geeignet?“ klären, sondern ich wollte gerne - das war ja natürlich auch das Ziel der Fachleute -, dass ein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren, was nach der Feststellung des Bundes zur Eignung hätte durchgeführt werden müssen, auch zum Ergebnis führt.

Ute Vogt (SPD): Okay. - Sie haben dann am 5. Februar in dem Zusammenhang 1997 ja ein Schreiben, eine Vorlage, für Frau Bundesministerin Merkel verfasst. - Fürs Protokoll: Das ist MAT A 116, Band 2, Paginierung 134047 ff. - In diesem Referatsschreiben an Frau Ministerin Merkel geht es um die Frage, wie die Erkundung auch ohne die Salzrechte vorstattengehen kann. Es gibt dann einen handschriftlichen Vermerk der Ministerin auf Ihrem Vermerk, wo die Ministerin schreibt, dass --

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel
(CDU/CSU))

- Habe ich alles schon gesagt. Ich sage nicht alles dreimal. - Frau Merkel hat handschriftliche Anmerkungen auf die Vorlage geschrieben und sich gewundert, warum nun eine Aussage für den gesamten Salzstock möglich ist und was die neuen Erkenntnisse waren. Sie hat da draufgeschrieben, dass es ihr zu vage --

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber
ich möchte es noch einmal hören,
bitte!)

- MAT A 116, Band 2, 134047 ff. Wenn Sie nicht ständig quatschen würden, dann

1. "Einend-
Lage"-ge-
schichte
us Spiel
brachte.

Funktion bei Dr. Thomauske angefordert haben.

Zeuge Dr. Manfred Blosler: Wir wollen ja korrekt sein. Ich habe schon mehrmals gesagt, dass diese Schreiben an die Behörden gegangen sind. Wenn ich auch letztlich der Adressat sein sollte, aber die Behörde ist der Ansprechpartner. Und dass man das aus bestimmten Gründen der Schnelligkeit etc. dann möglicherweise gleich nachrichtlich an diese eine oder jene Person schickt, das ist Praxis. Da ist also zunächst einmal nichts Verwerfliches dran. Dass ich dieses Schreiben auch gemacht habe, sehen Sie ja daran, dass dem ein Telefonat zwischen den Herren Dr. Matting und Dr. Thomauske am 7. Januar 1997 zugrunde lag. Das heißt, ich bin von meinem Vorgesetzten darüber informiert worden und habe dann, sage ich einmal, hier nachgefragt.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist okay. Da haben wir keinen Dissens, Herr Dr. Blosler. Aber es war nicht nachrichtlich, sondern es war per Fax. Und meine Frage zielt eigentlich auch eher darauf - mir geht es mehr um den Inhalt und die Übertragbarkeit der Erkundungsergebnisse -: Wer ist denn eigentlich vor allem verantwortlich für diese Einschätzung, die ja letzten Endes dann auch BMU-Amtsmeinung geworden ist und die die damalige Bundesumweltministerin ja vertreten hat?

Sie fordern diesen abgestimmten Bericht an, sei es jetzt auf dem nachrichtlichen oder dem nachrichtlich doppelten Weg per Fax. Ich würde einmal sagen, per Fax. Sie fordern den von Herrn Thomauske an, der Bericht kommt von Herrn Thomauske und wird weitergeleitet an die Ministerin. Aber Sie haben jetzt die Situation, dass es auch Widersprüche gibt, und zwar erhebliche. Sie haben den Begriff „befriedet“ verwendet. Aber von Dr. Röthemeyer, von der bergfachlichen Person Herrn Wosnik, die Herrn Thomauske zur Seite gestellt worden ist, da er anerkanntermaßen bergfachlich nicht so versiert war - das hat er auch selber bei seiner Vernehmung hier eingeräumt - - Und jetzt frage ich Sie einmal: Sie sind, wenn ich vorhin diesen Wortwechsel richtig verstanden habe, Physiker, Kernphysiker.

Zeuge Dr. Manfred Blosler: Ich bin Physiker mit speziell-

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie sind Physiker. Herr Thomauske ist ebenfalls Physiker. Die bergfachlichen Kenntnisse lagen bei Herrn Dr. Röthemeyer und insbesondere bei der bergfachlich beigeordneten Person, Herrn Wosnik. Was ist Ihre Grundlage, dass Sie die Meinung der Fachleute, die Kritikpunkte der Fachleute genau zu dieser Übertragbarkeit der Erkundungsergebnisse übergehen und die bergfachlich nicht so versierte Person als Ausgangspunkt nehmen und darauf das Ministerium festnageln? Ich muss doch annehmen, dass Sie das waren.

Zeuge Dr. Manfred Blosler: Jetzt weiß ich nicht, was Sie mit „das“ meinen - „dass Sie das waren“. Also, ich habe natürlich, klar die Fachaufsicht über das BfS geführt, im Rahmen meiner Zuständigkeit. Ist doch ganz klar. Und es war ja jetzt nicht nur - Sie heben immer ab auf Herrn Thomauske - die alleinige Auffassung von Herrn Thomauske, möglicherweise, sondern auch die der DBE, der Deutschen Gesellschaft für die - was weiß ich - Endlagerung der Bergleute, es war die Auffassung der BGR, des - ich sage es jetzt zum dritten oder vierten Mal - geowissenschaftlichen Sachverständs der Bundesregierung, und es war die Auffassung, im Ergebnis, des BfS. Ich habe hier ein Schreiben, ein offizielles Schreiben des BfS bekommen, und darauf habe ich rekurriert, als ich sagte: Wenn es da Unfrieden im BfS gab, dann war der befriedet worden hinsichtlich dieser Entscheidung. Das ist doch logisch. Und, wenn Sie sagen, ich hätte keine geowissenschaftlichen Fachkenntnisse -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur gesagt: Sie sind Kernphysiker.

Zeuge Dr. Manfred Blosler: - das musste man aber daraus schließen; ich meine, ich bin ja nicht blöd -, dann ist das - sagen wir so - einfach auch nicht ganz richtig. Ich habe ja gesagt, die Geowissenschaften, die Erdwissenschaften bestehen aus vielen Fachbereichen. Und, wenn Sie mich examinieren wollen hinsichtlich der Geophysik, dann können Sie das gerne tun.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. Das wäre dann noch einmal eine neue Komponente oder Variante in unserer Untersuchungsarbeit und lässt sich

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das wissen wir! - Gegenruf der Abg. Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben doch nicht die Fragen von Frau Vogt zu zensieren!)

- Wollen wir eine Lesepause kurz geben?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir haben den Wosnik rauf- und runtergefragt! Sie wissen das! - Weitere Zurufe)

Also, Sie sehen wahrscheinlich schon am Anfang des Vermerks, worauf ich raus will, nämlich dass Herr Wosnik hier deutlich macht, dass er weder gefragt worden ist noch in der vorliegenden Form das inhaltlich teilen könnte. Ist Ihnen das in Erinnerung, dass er danach praktisch diesen Vermerk noch mal, quasi im Nachgang dazu, angefertigt hat oder dass er so seine Meinung geäußert hat?

Zeuge Dr. Manfred Blosler: Also, mir ist dieser Vermerk, so wie er hier vorliegt, auf diesem Papier oder fotokopiert, nicht bekannt. Ich weiß aber, dass es durchaus Diskussionen im BfS gab. Und entscheidend war letztlich, dass das im BfS vonseiten des Präsidenten gebilligt wurde, was dort geregelt worden ist. Und ich hatte keine Notwendigkeit gesehen und auch keinen Anlass, das infrage zu stellen. Es ist nämlich nicht so gewesen, dass man unbedingt die Herren Thomauske oder Röthemeyer entmachten wollte. Es ging einfach um eine praktische, organisatorische Frage.

Damals gab es diese Management-Buy-usw. Da gab es also viele neue Organisationsformen, wie man effektiv ein Projektmanagement organisiert. Und dann hat man da eine Matrixorganisation geschaffen. Diese Matrixorganisation besagt, dass der für ein Projekt Verantwortliche durchaus auf die Fachleute zurückgreifen kann, ohne den Umweg zu machen über deren Vorgesetzte. Und das ist deshalb wichtig, weil natürlich der Projektleiter auch verantwortlich ist für die Termine.

Das heißt, wenn er immer praktisch über den Vorgesetzten des jeweiligen Fachmanns gehen muss, hat er dann natürlich in der Tat so einen Bottleneck, also so eine Engstelle, wo er nicht durch kann, und das verzögert das Ganze ja und hat insbesondere - das aber nicht im Zusammenhang mit Gorleben, sondern mit anderen Arbeiten, die das BfS

zu erledigen hatte - besorgt gemacht, weil dort, ich sage mal, dauernd Reibungsverluste. Es klappte nicht, es ging nicht vorwärts, und die Frage war: Woran liegt es dann? Und dann hat das BfS entschieden in Zusammenarbeit mit einem Berater, dass eben eine Matrixorganisation geschaffen wurde, die dann zu den Konsequenzen führte, die Herr Röthemeyer und Herr Wosnik dann bedauerten.

→ gab.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, es war Ihnen schon bekannt, dass die beiden gar nicht mehr im Informationsstrang waren?

Zeuge Dr. Manfred Blosler: Nein, nein. Mir war bekannt, dass es Schwierigkeiten gab, Fortschritte zu vermerken. Es gab - - Ich habe Ihnen doch erzählt, dass es eben wichtig war, auch für den Weiterbestand von Genehmigungen von Kernkraftwerken, Fortschritte in der Entsorgung zu haben.

Ute Vogt (SPD): Das ist klar.

Zeuge Dr. Manfred Blosler: Und es gab da durchaus eben die Fragestellungen, wenn beispielsweise - - Und es ging im Wesentlichen um andere Dinge, um andere Projekte, gar nicht so sehr um Gorleben, sondern um andere Dinge.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, es ging dann um Beschleunigung?

Zeuge Dr. Manfred Blosler: Nein, nein. Es ging darum, dass beispielsweise Planfeststellungsunterlagen zu erstellen waren und Unterlagen, die die Planfeststellungsbehörde im Zusammenhang mit einem anderen Projekt angefordert hatte, nicht zügig kamen.

Ute Vogt (SPD): Aber wenn es fachliche Probleme gibt - - Also, in dem Fall geht es ja um ein fachliches Bedenken von Herrn Wosnik und Herrn Röthemeyer. Herr Röthemeyer hat bei uns im Untersuchungsausschuss ausgesagt am 15.12.2011. In dem Protokoll auf Seite 55 sagt er auf meine Frage - - Ich habe ihn gefragt: Hätte Herr Thomauske auf Herrn Wosnik zurückgreifen können? - Und da hat mir Herr Röthemeyer geantwortet: Er hätte es sogar müssen. Herr Wosnik war der bergbaufachliche Vertreter des BfS, und er hatte noch die ganzen Verantwortungen

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, ich widerspreche doch gar nicht, und das deckt sich auch mit dem, was ich gesagt habe. Ich habe doch nicht gesagt, dass es vorteilhaft ist, wenn das Deckgebirge nicht wirksam ist. Ich habe nur gesagt: Entscheidende Barriere ist das Salz. Wenn man natürlich die Wahl hat zwischen verschiedenen Standorten und man dann eben die Wahl zwischen einem funktionierenden Deckgebirge und einem möglicherweise nicht funktionierenden hat, dann ist ja auch klar: Dann nehme ich erst einmal das andere, wo das Deckgebirge da ist. Aber ich habe nicht die Sicherheit, dass, wenn ich dann weiter, tiefer bohre, alles wirklich so positiv ist, wie es bei dem anderen war. Das ist doch gerade das Dilemma, in dem man ist, wenn man jetzt versucht, andere Standorte zu vergleichen oder zu untersuchen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Sie sagten, das entscheidende Kriterium sei das Salz. Aber das ist eben gerade in der BGR-Studie nicht das entscheidende Kriterium, sondern da wird vom Deckgebirge gesprochen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist einfach Quatsch!)

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Noch einmal: Ich meine - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Ich will Ihnen das noch einmal klarmachen: Gorleben wäre in dieser Studie herausgestrichen worden.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist doch Quatsch! Polemisieren Sie hier nicht! Das können Sie im Bundestag erzählen!)

Es hat kein ausreichendes, überhaupt kein Deckgebirge, keine abschirmenden Ton-schichten. Es hat stattdessen einen steilen Zahn, der nach oben reicht, und es hat die Gorleben-Rinne. Das sind alles Kriterien, die hier abgeprüft worden sind - bei all den Standorten. Dann ist darüber hinaus noch eine genügend große Mächtigkeit von Salz.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir brauchen hier nicht zu agitieren!)

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich habe Ihnen doch erzählt, dass diese Entschei-

dung, Gorleben zu nehmen, lange vor meiner Zeit war.

(Kirsten Lüthmann (SPD): Darum geht es doch gar nicht! Es geht um die Studie von 1995!)

Da habe ich gar keinen Einfluss drauf genommen. Diese Dinge, die Sie genannt haben, sind mir durchaus bekannt; aber die Bewertung, die von der Fachwelt vorgenommen wird, ist eine andere als die, die Sie jetzt gerade vorgetragen haben. Und insofern: Wenn es so ist, dass Herr Appel und Herr Kreusch sagen, Gorleben ist ungeeignet, dann stehen sie im Widerspruch zu der anderen Fachwelt. Was soll ich dazu sagen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht nun an Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Bloser, Sie hatten ja die Fachaufsicht über das BfS damals, und Sie waren auch an der Neuorganisation des Fachbereichs ET im BfS beteiligt. Davon gehe ich aus.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein, ich war nicht daran beteiligt, jedenfalls nicht direkt. Ich habe keinen Einfluss genommen auf den Präsidenten, und der war der Einzige, der hätte entscheiden können, das zu machen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Bloser, bevor Sie sich jetzt in wirklich schwierige Widersprüche verstricken, zitiere ich Ihnen etwas aus einem Schreiben von Ihnen selbst, von Ihnen unterschrieben. Das ist - ja, Sie bekommen es auch gleich vorgelegt - MAT A 201, Band 6, Seite 192.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Das ist ein Schreiben von Ihnen, und da geht es um die Neuorganisation des Fachbereichs ET. Unter Punkt 1 steht:

Dem Wunsch von Herrn Prof. Kaul, die Neuorganisation des Fachbereichs ET mit RS zu bereden, sollte gefolgt und hierfür ein gesonderter Termin ins Auge gefasst werden.

Zweitens. Im Einzelnen ist zu bemerken, beziehungsweise zu hinterfragen: Mit der Gliederung des

Fachbereichs ET in zwei Leitungsbereiche ...

- das sind jetzt Ihre Bemerkungen -

wobei u. a. die Abteilung „Sicherheit der Endlagerung“ bei Herrn Röthemeier ressortiert, die „Projekte“ und der „Endlagerbetrieb“ bei Herrn Thomauske, wird faktisch der Fachbereiche ... zweigeteilt, allerdings der Anlass nicht beseitigt, der zu den Überlegungen einer Neuorganisation des Fachbereichs ET führte. Häufig unterschiedliche Auffassungen zwischen Herrn Röthemeier und Herrn Thomauske

- die also dazu führten -

wären trotz Neuorganisation nach wie vor von der Amtsleitung ... zu entscheiden.

Und dann kommt eine weitere wichtige Bemerkung von Ihnen:

Auch derzeitige Probleme mit ET-B werden nicht dadurch beseitigt, daß eine Organisationseinheit „Bergtechnische Betriebsüberwachung“ (Leiter: Wosnik) geschaffen wird. Solange hier nach wie vor die bergrechtliche Verantwortung liegt, ist diese Organisationseinheit maßgeblich für die Zulassungs- und Genehmigungsanträge sowie für wesentliche betriebliche Entscheidungen.

Das heißt, dass dieser Vermerk, von dem wir vorhin geredet haben, dieses Protestschreiben von Herrn Wosnik zu dem Schreiben von Herrn Thomauske, das Sie bestellt hatten und das auch an Sie wieder ging und das Sie sich ja auch später zu eigen gemacht haben -- Dieser Protest von Herrn Wosnik ist relevant für Genehmigungsanträge und betriebliche Entscheidungen. Und unter anderem deshalb wurde diese Neuorganisation geplant, und Sie waren daran sehr wohl beteiligt. Möchten Sie dazu Stellung nehmen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Also, ich habe ja gesagt, dass ich daran nicht insoweit beteiligt worden bin, dass ich auf das BfS eingewirkt hätte, auf den Präsidenten, habe ich gesagt. Das Schreiben beginnt ja auch:

Dem Wunsch von Herrn Prof. Kaul, die Neuorganisation des Fachbereichs ET mit RS zu bereden, sollte gefolgt und hierfür ein gesonderter Termin ins Auge gefasst werden.

Und ganz zum Schluss schreibe ich ja auch, ich wäre dankbar für eine Rücksprache mit dem Präsidenten. Das heißt, dass ich diese Dinge wohl auch ernst genommen habe; sonst hätte ich das ja nicht getan. Das wurde dann auch beredet, und es wurde dann einmal so entschieden, wie entschieden worden ist.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also diese Bemerkungen haben Sie so für sich, zur Freude, aufgeschrieben?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein, ich habe ja gesagt:

3. Zusammenfassend ergibt sich eher der Eindruck, daß der Vorschlag der Neuorganisation des Fachbereiches ET in der vorliegenden Form die bestehenden Probleme nicht löst. Die o. g. Kritikpunkte --

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie bewerten den Vorschlag und benennen die Probleme, die weiterhin bleiben.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, ^{Teher}der Eindruck ^FDas heißt, ich war in der Abwägungsphase, wobei bei der Abwägung eher der Eindruck entstand. Und dann ist mein Vorschlag: Sollten wir mit BfS besprechen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn die Fachaufsicht jetzt an eine nachgeordnete Behörde ihren Eindruck einer Sache schreibt und das bewertet: Was macht die Behörde damit? Sagt sie: „Ach, interessiert uns doch nicht“?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein. Entschuldigung, das geht ja an den Abteilungsleiter hier im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und nicht an das BfS. Entschuldigen Sie, jetzt verstehe ich Sie nicht.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie haben doch Ihre Meinung da festgeschrieben, damit sie für die Entscheidung auch einbezogen wird.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, ^{Teher}den Eindruck ^Fdass es das nicht löst. Das muss diskutiert werden. Das ist das Ergebnis.

Herrn Thomauske benutzt und sich zu eigen gemacht, und das identisch mit dem gleichen Wortlaut? Und Sie haben es sich zu eigen gemacht; denn in Ihrem eigenen Schreiben schreiben Sie zum Schluss, nachdem Sie wörtlich die Argumente von Herrn Thomauske wiederholen:

Zusammengefasst halte ich daher fest: Erstens. Die derzeitige Erkundung allein des nordöstlichen Teils ist vor dem Hintergrund der derzeitigen Lagebeurteilung zweckmäßig. Zweitens. Die geologische Beschaffenheit des gesamten Salzstocks lässt erwarten, dass die durch die Erkundung des Nordostteils gewonnenen Erkenntnisse auf den Südwestteil übertragen werden können.

Warum haben Sie sich, wenn Sie mit allen gesprochen haben, nicht die kritischen Argumente zu eigen gemacht oder zumindest einmal abgewogen, sondern identisch das von Herrn Thomauske übernommen?

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich habe das ja gar nicht identisch von Herrn Thomauske übernommen - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, das habe ich zitiert.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Lassen Sie mich doch jetzt bitte auch mal ausreden.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sollen nicht die Unwahrheit sagen. Es ist wörtlich zitiert.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Jetzt ist aber Schluss! Das ist unglaublich! Das ist der faire Stil, den Sie einfordern! - Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Sie haben die Antwort noch gar nicht gehört und unterstellen schon Unwahrheit!)

- Ich möchte den Zeugen nur davor bewahren, dass er sich in Widersprüche verstrickt, die durch die Akten belegbar sind.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich glaube, der Zeuge weiß ganz genau, was er hier sagt! Das, was Sie hier vortragen, ist doch Pipifax, ohne Bedeutung!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Lassen Sie den Zeugen bitte sprechen!

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Nein, es ist ja auch nicht zutreffend, was Sie sagen, dass nur der Herr Thomauske der Meinung gewesen war. In dem Schreiben, das Herr Thomauske an das BMU geschickt hat, steht ja: Nach gemeinsamer Bewertung von BfS, BGR und DBE ist eine Erkundung des nordöstlichen Teils des Salzstockes durchführbar und so weiter. Das heißt, es war nicht eine rein persönliche Meinung von Herrn Thomauske, sondern es war eine Meinung der für uns zugänglichen Fachwelt.

(Kirsten Lühmann (SPD): Aber nicht die von Röthemeyer und Wosnik!)

- Aber die herrschende Meinung, wie die Juristen sagen. Dass es abweichende Meinungen geben kann, ist doch klar.

(Kirsten Lühmann (SPD): Der zuständige Abteilungsleiter - -)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte keine Zwiesgespräche!

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Entschuldigen Sie bitte: Was hätten Sie denn gesagt, wenn ich mich jetzt beispielsweise gegen die herrschende Meinung der Fachwelt gewendet hätte?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir sind jetzt am Ende der dritten Berliner Runde, und ich gucke, wie ich das immer in so einer Situation mache, einmal in die Runde. Herr Dr. Grindel, die Union - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ohne Doktor, bitte. - Wir haben einen Beschluss.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, wir haben einen Beschluss. - Die Union hat keine Fragen mehr. Das ist wunderbar. Die SPD?

Kirsten Lühmann (SPD): Wir hätten, aber wir dürfen nicht.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Der Beschluss heißt doch klar: zwei Runden noch für die Kleinen!)

- Die Frage ist, ob wir dem Zeugen Herrn Dr. Bloser ein erneutes Erscheinen hier so-

wicklung. Das, was dann geschrieben wurde, kann ich nur wieder sagen, das war nicht die persönliche Meinung von Herrn Thomauske. Jedenfalls bin ich davon nicht ausgegangen, weil es eben ein ganz formal korrektes Schreiben des BfS war und in dem Schreiben nun auch drinsteht: Nach gemeinsamer Abstimmung mit dem BfS, BGR und DBE wollen wir dieses und jenes machen. Da hatte ich - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hatten wir ja schon, Herr Bloser.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ja, aber das ist in diesem Zusammenhang ja wichtig. Sie vermischen nämlich immer die fachlichen Entscheidungen mit den organisatorischen. Das ist aus meiner Sicht unzulässig.

(Zurufe von der CDU/CSU: Ja!)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, das habe ich gerade nicht vermischt.

Dann zitiere ich Sie noch mal, was durchaus fachlich und organisatorisch zusammenbringt. Sie sagten vorhin als Antwort auf die Frage eines Kollegen: Wir brauchten die Umorganisation, damit wir endlich Entscheidungen bekamen. Und Herr Thomauske stand ja wohl für die Entscheidungen.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Ich glaube, das habe ich nicht so gesagt.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja wirklich?)

Uns hat bekümmert, dass wir in anderen Bereichen als in Gorleben nicht die Fortschritte in der Entsorgung sahen, die wir eigentlich haben wollten. Nicht Entscheidungen, sondern Fortschritte. Es ging um praktisch managementmäßige Abwicklung dieser Dinge. Deshalb ja auch die Organisation mit Projektleitung und dann Matrixorganisation, weil der Projektleiter ja auch darauf zu achten hat, dass Termine eingehalten werden.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Ihre Formulierung war schon „Entscheidungen“ vorhin; das ist mitgeschrieben worden. Wir können das ja später im Protokoll noch mal kontrollieren;

aber Sie sagten „Entscheidungen“. Und Herr Thomauske wurde ja auch klassifiziert - das hatten wir hier schon im Untersuchungsausschuss - als der Macher. Herr Röthemeyer wäre der Bedenkenträger. Sie brauchten einen Macher, damit Sie endlich die Entscheidungen bekommen, und Sie hatten den engen Kontakt zu Herrn Thomauske.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Das ist jetzt Ihre Interpretation. Aber wenn ich das Wort „Entscheidungen“ gebraucht habe, dann meinte ich jetzt nicht fachliche Entscheidungen, sondern Entscheidungen, wie weit ^{Per} ₁₈ vorgegangen werden soll im Hinblick auf die Durchführung des Projekts. Die fachliche Beurteilung im Einzelnen lag ja immer noch im Bereich von Herrn Röthemeyer, und insofern waren die beiden ja gleichgestellt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es ging vorhin bei den Entscheidungen um den Zusammenhang mit den Genehmigungen weiterer geplanter AKW. Sie brauchten Entscheidungen. Sie brauchten einen Fortschritt im Entsorgungsvorsorgenachweis, weil der ja ein bisschen im Raum stand, wenn man nicht weiterkommt mit Gorleben. Und Sie brauchten diese Entscheidungen. Und da mit Herrn Röthemeyer die Entscheidungen nicht zu machen waren, weil er Fachzweifel hatte an Gorleben und nicht einverstanden war zum Beispiel mit dem Schreiben von Herrn Thomauske, brauchten Sie einen Macher, damit Sie endlich diese Entscheidungen treffen können.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Wenn Sie das so sehen, dann sehen Sie das so.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ergibt sich aus den Zusammenhängen.

Zeuge Dr. Manfred Bloser: Das mögen Sie so schlussfolgern. Es ist natürlich klar, dass wir Fortschritte sehen wollten, insbesondere dann, wenn eben nach unserer Meinung Zeit genug vergangen war, dass diese Entscheidungen getroffen werden mussten. Wir standen ja unter dem Druck der Politik: Entsorgungsvorsorge, Entsorgungsbeschluss seit 79, quer durch alle Parteien, quer durch alle Regierungen, gültig bis - ja, wenn Sie so wollen - fast bis heute.